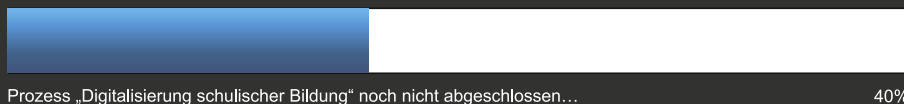


Bilanz: Digitalisierung lässt Wünsche offen



Fortfahren



Fachkongress: Stehen wir vor einem Bildungsexit?

Fachoberschule: Optionserweiterung

„Bring Your Own Device“: Rechtssicherheit schaffen!

Bildungsministerin Hubig: Bildungspolitik ist kein Spaziergang

Bildungstrends: Leistungsniveau im Sinkflug?

Finanzministerin Ahnen: Besoldungssituation im Blick

Nach der Wahl: Personalräteseminare

KlarText: Selbstverantwortlich – Sich selbst überlassen

Inhalt

Ausgabe Februar 2018

Titelthema

- **Bilanz: Digitalisierung lässt Wünsche offen** 6

Bildungspolitik

VRB im Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion: Die Ausstattung der Schularten muss in der Grundstruktur vergleichbar sein" 10

VRB im Gespräch mit der SPD-Fraktion: Realschule plus stärken! Entlastungen müssen an der Basis ankommen! 12

Haiku 13

VRB-Verbandsarbeit

dbb-rheinland-pfalz: Rückstand umgehend aufholen! 14

dbb-Beamtenbund und Tarifunion: VDR- und blrv-Vorsitzender Jürgen Böhm zum stellvertretenden dbb-Bundesvorsitzenden gewählt 15

Deutscher Lehrerverband: Heinz-Peter Meidinger übernimmt Präsidentschaft von Josef Kraus 15

Positionen definieren und besetzen: Strategieseminar der VDR-Frauenvertretung 16

Pensionäre: VRB im dbb Arbeitskreis „Seniorenpolitik“ vertreten 17

VRB-Pressemitteilung: VRB setzt auf gezielte Schullaufbahnberatung 18

IGS-Forum in Trier: Philologenverband und VRB fordern bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen 19

Bundesweite Initiative: „Schule gegen sexuelle Gewalt“ 19

- **RBiRP-Gespräch:** räch mit dem TV-Journalisten Udo van Kampen (Teil I) 20

Schule in Rheinland-Pfalz

Neuwahlen beim Philologenverband: Cornelia Schwartz wiedergewählt 22

Neuwahlen beim Verband Bildung und Erziehung: Gerhard Bold bleibt Vorsitzender 22

Personalnotiz: Rosemarie Höh-Eymael koordiniert Schulabteilung der ADD-Außenstelle Neustadt 23

Jahrestagung SCHULEWIRTSCHAFT: „Ich kann – Du kannst – Wir können – Selbstwirksamkeit in Schule und Betrieb“ 23

- **VRB-Gespräch mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig:** „Bildungspolitik ist kein Spaziergang“ 24

- **VRB-Pressemitteilung:** Fachoberschule: VRB begrüßt Chancenzuwachs durch Optionserweiterung 26

- **IQB-Bildungstrend an Grundschulen:** Leistungsniveau im Sinkflug 27

Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU): Ein Fünftel der Grundschüler kann nicht richtig lesen 29

Auf ein Wort, Frau Fischer! 30

Informationsschrift mit Bild und Ton: Bildungsministerium geht neue Wege 32



20
Interview
Udo van Kampen



24
„Bildungspolitik ist kein Spaziergang“



27
IQB-Bildungstrend an Grundschulen:
Leistungsniveau im
Sinkflug



30
Auf ein
WORT,
... Frau Fischer!

BYOD

34

Antonia Defeu:
Beim Einsatz mobiler Endgeräte Rechtssicherheit schaffen!

41

Doris Ahnen:
„Ich konnte viel mitnehmen!“

Foto: VRB-Archiv

Schülerzeitung „Kaleidoskop“

45

belegt Siegerplatz. Saskia Zimmermann und Katharina Bitz gratulierten vor Ort.

www.fotolia.de

KlarText!

65

Michael Eich spricht KlarText:
Selbstverantwortliche Schule in Rheinland-Pfalz!

Schule und Recht	
Pinnwand	33
„Bring Your Own Device!": Beim Einsatz privater mobiler Endgeräte Rechtssicherheit schaffen!	34 ◀
VRB-Stellungnahme: Übergreifende Schulordnung – Änderungsentwurf überzeugt noch nicht	37
VRB-Handbuch: 57. Ergänzung erschienen	38
VRB-Pressemitteilung: Gute Vorsätze für 2018 auch in der Schulpolitik?	39
Beruf Lehrer	
Pinnwand	40
VRB-Interview: Im Gespräch mit Finanzministerin Doris Ahnen: „Ich konnte viel mitnehmen!“	41 ◀
Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik	
Pinnwand	43
Buchbesprechung von Karl-Heinz Sundheimer: Der Franziskus-Code ...	44
Schülerzeitungs-Wettbewerb Rheinland-Pfalz: Erster Platz für „Kaleidoskop“ der St.-Katharina-Realschule in Landstuhl	45
Ziel einer schulischen Projektfahrt: Insel des ewigen Frühlings	46
Demografiewoche 2017: Wir sind dabei – Unser Weg in die virtuelle Welt	48
VRB-Bezirke	
BEZIRK KOBLENZ Bezirksversammlung: Rechtssicherheit im Schulalltag	50
VRB im Gespräch mit Beate Voigtländer (Teil I): „Der Lehrberuf war schon immer mein Traumberuf“	51
„Lord of the Board“: Erfolgreiche Smartboard-Schulung speziell für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter	52
BEZIRK NEUSTADT VRB-Fortbildung für neugewählte Personalräte: Beteiligungsrechte, Pflichten und Geschäftsführung	53 ◀
VRB vor Ort: Studienseminar Wallertheim hat Arbeit aufgenommen ...	54
Hinauf, hinauf zum Dom: VRB auf Spurensuche: Die Zahlensymbolik im Dom zu Speyer	55
VRB im Historischen Museum: Mythos Löwenherz: König – Ritter – Gefangener	56
BEZIRK TRIER Bezirksversammlung: „Nie aufgeben und motiviert bleiben	57
Erste VRB-Personalrätefortbildung nach den Neuwahlen: Grundlagen der Personalratsarbeit	58 ◀
Adventskaffee der Pensionäre: Es fehlen Ressourcen und Unterstützungsangebot	60
Termine, Service und Internes	
Nachrufe: Karl-Heinz Dahlke und Gerhard Weuthen	61
Geburtstagswünsche	62
Vorschau auf das nächste Heft und Impressum	63
dbb-Seniorenvertretung: Aktualisierung des Ratgebers „Leitfaden rund um den Pflegefall	64
Feedback an die Redaktion	66
KlarText!	
Selbstverantwortliche Schule in Rheinland-Pfalz	65 ◀

2018: Bewegung fordern



Den Schulen kommt – das meint die Mehrheit der Deutschen – die Aufgabe zu, die junge Generation auf die technologischen Herausforderungen vorzubereiten. Die Schulen können dieser Aufgabe aber nicht gerecht werden, solange die Rahmenbedingungen unzureichend sind. Dennoch zeigen sich Lehrkräfte und Schulleitungen grundsätzlich offen, sich mit einem pädagogisch sinnvollen Einsatz der digitalen Medien in der Schule zu beschäftigen. Im letzten Herbst haben sich drei namhafte Stiftungen – Bertelsmann, Telekom und Vodafone – der Thematik angenommen. Die Auswertung haben wir zur Titelgeschichte gemacht.

Gespräche mit Doris Ahnen, Udo van Kampen und Brigitte Fischer

Doris Ahnen wechselte nach 23 Jahren Bildung und Kultur ins Finanzressort. Im Interview macht sie deutlich: „Ich konnte viel mitnehmen aus meiner Erfahrung im Bildungsministerium.“

Udo van Kampen wird der Hauptredner unseres nächsten Fachkongresses sein. Im Gespräch mit Bernd Karst blickt er auf die Höhepunkte seiner journalistischen Arbeit beim ZDF zurück. Er äußert sich auch zum Thema Schule. Schließlich wollte er selbst einmal Lehrer werden.

Brigitte Fischer leitet seit 2015 die Schulabteilung bei der ADD Trier. Wilfried Rausch traf sie „Auf ein Wort“ zum Stichwortinterview. Aus ihrer Sicht dürfen sich Schularten nicht vorrangig als Wettbewerber definieren.

Die Digitalisierung bietet viele Chancen, auch zur Gestaltung des demografischen Wandels und für ein gutes Leben im Alter. Wir waren bei der Abschlussveranstaltung der Demografiwoche 2017 und haben dort interessante Gesprächspartner getroffen.

Forderungen an die Bildungspolitik

Der Landesvorstand traf Ministerin Dr. Hubig. Timo Lichtenthäler fordert Anstrengungen zur Weiterentwicklung der Realschule plus. Die Informationskampagne benötige Nachhaltigkeit. Das Ministerium will sich hierzu noch einiges einfallen lassen.

In einem Gespräch mit der CDU-Fraktion betonte der Landesvorstand, dass die Ausstattung der Schularten in der Grundstruktur vergleichbar sein müsse.

Gegenüber der SPD-Fraktion forderte der VRB zugunsten der Lehrkräfte eine bessere Mittelausstattung, um Belastungen vorzubeugen und Entlastungen zu schaffen.

Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken:

Stellungnahme. Kritisch auseinandergesetzt haben wir uns mit dem Entwurf einer neuen übergreifenden Schulordnung.

„Bring Your Own Device“. Der Einsatz eigener digitaler Medien erfordert von Lehrkräften und Schulleitungen, sich mit der Rechtslage vertraut zu machen. Wir tragen im Austausch mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu über konkrete Fälle aus der Schulwirklichkeit zur Klärung im Umgang mit privaten digitalen Medien im Schulalltag bei.

Studien. Es gibt zwei aktuelle Grundschulstudien. Wolfgang Häring beschreibt sie und die öffentliche Resonanz unter der Überschrift „Leistungsniveau im Sinkflug“.

Buchbesprechung. „Der Franziskus-Code“. Karl-Heinz Sundheimer bespricht das Buch von Wolfgang Redwanz.

Fortbildungen. Die neugewählten Personalräte haben VRB-Schulungsangebote besucht. Auch die Bezirksversammlungen hatten Seminar- und Fortbildungscharakter.

Klartext. Michael Eich sieht beim Projekt „Selbstverantwortliche Schule“ viele Fragen offen. Die „selbstverantwortliche“ Schule führe zu Fehlentwicklungen und Mehrbelastungen. Sie bringe nicht den behaupteten Nutzen.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Jahreswechsel bietet Anlass, den Blick nach vorne und kritisch auf die Arbeit der Landesregierung zu richten.

Die Bundespolitik schenkt der Bildung wieder mehr Aufmerksamkeit. Im Raum steht, dass der Bund Geld für Bildungsausgaben der Länder und Kommunen aufbringen soll. Der Preis wäre die Aufhebung des sogenannten Kooperationsverbots. Die Landesregierung fordert ein Ende des Kooperationsverbotes, überspielt damit jedoch aber auch, eigene Versäumnisse zu benennen und einzugestehen, notwendige Bildungsinvestitionen auf der Landesebene finanziell nicht stemmen zu können. Bei der Beamtenbesoldung belegt Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich den vorletzten Platz. Man darf gespannt sein, ob die Landesregierung auch anstoßen wird, die Besoldung – wie vor der Föderalismusreform – wieder bundeseinheitlich zu regeln.

Die Stärkung der Realschule plus ist erklärtes Ziel der Koalitionsparteien. Wir werden die Maßnahmen zur äußeren und inneren Weiterentwicklung der Realschulen plus kritisch begleiten. Vor einem Jahr wurde – wir haben darüber berichtet – in Mainz eine „Woche der Realschule plus“ initiiert, um den öffentlichen Fokus auf diese Schulart zu lenken. In diesem Jahr soll die Informationskampagne, die durch zahlreiche Broschüren und Testimonials flankierend begleitet wird, auf andere rheinland-pfälzische Regionen ausgeweitet werden. Wir anerkennen das Bemühen der Landesregierung, fordern aber zugleich weitere spürbare Unterstützungsmaßnahmen, damit bei den Kolleginnen und Kollegen an den Schulen Entlastungen ankommen. Dies haben wir in unserem letzten Gespräch mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig klar zum Ausdruck gebracht.

Das Ministerium hat einer langjährigen Verbandsforderung Rechnung getragen und mit der Stelle des Didaktischen Koordinators eine weitere Funktionsstelle für die Realschule plus geschaffen. Diese ist zunächst an die Schülerzahl 540 gekoppelt. Wir beharren auf der Forderung, diese Funktionsstelle auch an allen anderen Realschulen plus zu installieren. Es

gibt bereits Signale, dass wir das erreichen können. Dies wird eine erste Entlastung darstellen, die aufgrund der Aufgabenfülle von Schulleitungen mehr als überfällig ist. Auch die Schulleitungsanrechnung muss perspektivisch deutlich erhöht werden.

Es spricht nichts dagegen, dass den Schulen mehr Selbstverantwortung übertragen wird. Die dafür erforderlichen zusätzlichen Verwaltungskräfte sind nach unserer Auffassung vom Land zu finanzieren. Wer Selbstverantwortung will, muss alle notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Das erwarten wir von der Politik!

Wir fordern für die Realschule plus analog zu den Rahmenbedingungen anderer Schularten Verbesserungen ein. Die Ausstattungen, gerade im Bereich der digitalen Medien, sind vielerorts noch mangelhaft. Die Pauschale zur Anwendungsbetreuung ist an unseren Schulen nicht mehr zeitgemäß. Oft fehlt eine angemessene technische Infrastruktur und Ausstattung.

Ein weiteres Ungleichgewicht besteht bei der sogenannten „Drittelpauschale“. Diese Entlastungsstunden, die für zusätzliche Belastungen innerhalb eines Kollegiums verteilt werden können, werden schon lange nicht mehr dem gestiegenen Bedarf gerecht. Auch hier kämpft der VRB für eine Gleichbehandlung und fordert die Aufstockung auf eine Vollpauschale.

Diese und viele andere Themen stehen auf unserer Agenda für das gerade begonnene Jahr. Sie können sicher sein, dass wir in jedem Gespräch und auf allen Ebenen unsere Verbandsforderungen mit Nachdruck vertreten werden.

Timo Liekenthälte



Bilanz: Digitalisierung lässt Wünsche offen



The image shows a screenshot of a web browser displaying the 'Suchmal' website. The browser's address bar shows 'suchmal.de'. The website has a navigation bar with 'Bilder' and 'Anmelden' buttons. The main content area features the 'Suchmal' logo and a list of digitalization challenges in schools.

Suchmal

Digitalisierung schulischer Bildung

- Digitalisierung **Digitale Bildung ohne Strategie und Konzept**
- Digitalisierung **Offenheit und Kompetenzen der Lehrkräfte sind vorhanden**
- Digitalisierung **Kooperation der Lehrkräfte unzureichend**
- Digitalisierung **Skepsis gegenüber pädagogischen Potenzialen überwiegt**
- Digitalisierung **Unsicheres WLAN und technische Ausstattung sind Hauptärgernis**
- Digitalisierung **Schulen benötigen professionellen IT-Support und pädagogische Unterstützung**
- Digitalisierung **„Bring Your Own Device“ (BYOD): Aus der Not eine Tugend machen**
- Digitalisierung **Komplexe Schülerkompetenzen werden zu wenig gefördert**

Im Herbst 2017 haben drei Stiftungen, die Bertelsmann Stiftung, die Deutsche Telekom Stiftung und die Vodafone Stiftung, drei Studien herausgegeben, die anhand von repräsentativen Befragungen einen guten Einblick in die Digitalisierung schulischer Bildung an deutschen Schulen vermitteln. Die mit der Befragung beauftragten Wissenschaftler haben dabei unterschiedliche Ansätze gewählt, so dass sich mit den Ergebnissen eine Bilanz 2017 erschließen lässt, aus der sich vor allem die noch zu bewältigenden Herausforderungen ablesen lassen. Im folgenden Beitrag sollen wesentliche Erkenntnisse und Forderungen der drei Stiftungen zusammengetragen werden, die eine Information und auch eine Orientierungshilfe zur Bilanzierung an der eigenen Schule geben wollen.

Digitale Bildung ohne Strategie und Konzept

Den Schulen kommt nach der überwiegenden Mehrheit der Deutschen die verpflichtende Aufgabe zu, die junge Generation auf die technologischen Herausforderungen vorzubereiten¹⁾. Alle drei Studien belegen, dass die Schulen dieser Aufgabe noch nicht ausreichend gerecht werden. Erstaunlich ist, dass bei der Befragung der Vodafone Stiftung nahezu die Hälfte der Jugendlichen die Ansicht äußert, dass die Schulen sie überhaupt nicht auf die technischen Anforderungen vorbereiten²⁾. Allerdings lassen die Befunde der Telekom Stiftung durchaus erkennen, dass es „einen verhaltenen Trend zu häufigerer Nutzung von digitalen Medien im Unterricht“ gibt³⁾. Dafür sind in erster Linie die Lehrkräfte verantwortlich, die sich nahezu ohne Unterstützung von außen quasi aus eigenem Antrieb um die digitale Bildung an ihren Schulen kümmern⁴⁾. Allerdings wird nach den Befunden der Bertelsmann Stiftung an den Schulen die digitale Bildung ohne Strategie und Konzept betrieben. „Die meisten Schulen haben weder ein Konzept für den Einsatz digitaler Lernmittel noch reflektieren sie den digitalen Wandel als Bestandteil ihrer systematischen Schul- und Unterrichtsentwicklung.“⁵⁾

Offenheit und Kompetenzen der Lehrkräfte sind vorhanden

Grundsätzlich zeigen sich Lehrkräfte und Schulleitungen offen, sich mit einem pädagogisch sinnvollen Einsatz der digitalen Medien in den Schulen zu beschäftigen⁶⁾. Diese Offenheit korreliert mit der Selbst-

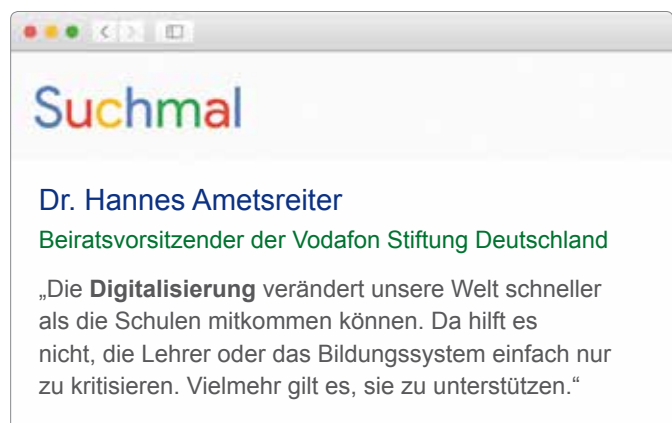
einschätzung der Lehrkräfte, über die notwendigen Kompetenzen zu verfügen, digitale Medien sinnvoll in ihren Unterricht zu integrieren⁷⁾. Die Telekom Stiftung hat in ihren Studien die Selbsteinschätzung anhand von fünf Indikatoren genauer untersucht. Die Indikatoren beziehen sich auf die Selbsteinschätzungen zur Unterrichtsgestaltung, auf die Verfügung von Strategien zur Berücksichtigung digitaler Medien, auf die Fähigkeit, digitale Medien für den Unterricht auszuwählen, und auf die Fähigkeit, andere Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Medien anzuleiten⁸⁾.

Kooperation der Lehrkräfte unzureichend

Die Nutzung digitaler Medien fällt je nach Alter der Lehrkräfte unterschiedlich aus. Sie richtet sich im privaten Bereich nach den Bedürfnissen und Interessen. Vielfach erfahren Lehrkräfte Unterstützung und Hilfestellung innerhalb der Familien oder des Freundes- und Bekanntenkreises. Im schulischen Bereich müsste die Unterstützung für die digitale Bildung eigentlich aus dem Kollegenkreis kommen. Nach den Ergebnissen der Telekom Stiftung ist dies kaum der Fall. „Komplexe Formen der Zusammenarbeit im Kollegium werden demnach kaum praktiziert, um

medienbezogene Themen vertiefend zu erarbeiten“.⁹⁾

Dass dieser Zustand die Lehrkräfte nicht zufrieden stimmt, zeigt der Bericht der Vodafone Stiftung „Zehn Punkte für bessere Bildungschancen“ aus 2017, der zentrale Studienerkenntnisse darstellt und daraus Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis ableitet. Grundsätzlich bekundet die überwiegende Mehrheit der Lehrkräfte Freude, sich mit neuen Themen wie beispielsweise Digitalisierung auseinanderzusetzen. Sie zeigen auch die Einsicht, dass sie in ihrem Beruf zusätzlich Neues lernen müssen. Es verwundert nicht, dass sie mit der kollegialen Lernkultur an der Schule unzufrieden sind. Die befragten Lehrkräfte bekunden aber auch, dass sie beim Lernen neuer Themen an organisatorische Grenzen stoßen. So fällt es den Lehrkräften schwer, das Lernen neuer Themenbereiche oder Techniken in die Arbeitszeit zu integrieren¹⁰⁾.



Suchmal

Dr. Hannes Ametsreiter
Beiratsvorsitzender der Vodafone Stiftung Deutschland

„Die **Digitalisierung** verändert unsere Welt schneller als die Schulen mitkommen können. Da hilft es nicht, die Lehrer oder das Bildungssystem einfach nur zu kritisieren. Vielmehr gilt es, sie zu unterstützen.“



Skepsis gegenüber pädagogischen Potenzialen überwiegt

Lehrkräfte schätzen die Möglichkeiten und den Nutzen digitaler Medien vor allem bei der Verwaltungsarbeit hoch ein. Entsprechend ist die Anzahl der Nutzer in diesem Bereich sehr hoch¹¹⁾. Dagegen zeigt sich nur eine Minderheit von Lehrkräften und Schulleitern überzeugt, dass digitale Medien den Lernerfolg ihrer Schüler verbessern helfen¹²⁾. Sie sind sich über die Chancen für ihr Fach kaum bewusst¹³⁾. So erkennen „nur wenige das volle didaktisch-methodische Potenzial von Digitalisierung im Unterricht – zum Beispiel mit Blick auf Inklusion, individuelle Förderung oder Ganztagsgestaltung.“¹⁴⁾

Positiver bewerten Lehrkräfte, die auf Erfahrungen im Einsatz von digitalen Lernformen im Unterricht zurückgreifen können, den Lernerfolg. Sie glauben, dass vor allem sozial benachteiligten Schülern

der Zugang zum Lernen hierdurch erleichtert werden kann¹⁵⁾.

Nun hätte man erwarten können, dass Lehrkräfte eines MINT-Faches stärker als ihre übrigen Kolleginnen und Kollegen vom pädagogischen Potenzial digitaler Medien überzeugt

wären. Dies trifft nur eingeschränkt zu¹⁶⁾. In der Unterrichtspraxis zeigt sich, dass Lehrkräfte eines MINT-Faches nur in wenigen Anwendungsbereichen digitale Medien häufiger als ihre übrigen Fachkolleginnen und -kollegen einsetzen. „Der schulische MINT-Bereich nimmt also keine eindeutige Vorreiterrolle ein – trotz vieler innovativer Anwendungsbeispiele aus den MINT-Fächern.“¹⁷⁾

Unsicheres WLAN und technische Ausstattung sind Hauptärgernisse

Ein Grund für die Skepsis der Lehrkräfte dürfte in der technischen Ausstattung der Schulen liegen. Wer ständig im Ungewissen ist, ob die Internetleitung im Unterricht steht oder die Hardware einsatzfähig ist, wird sich nicht so leicht überzeugen lassen, dass digitale Medien Potenzial zur Verbesserung der Unterrichtsarbeit besitzen. Wenn die Rahmenbedingungen

nicht stimmen, werden Änderungen nicht zu erwarten sein. „Wer im Unterricht die Medienkompetenzen der Schüler fördern und digitale Lernumgebungen nutzen will, braucht funktionierende Computer und einen ausreichenden Internetzugang“.¹⁸⁾ Nach dem Urteil der Lehrkräfte und Schulleitungen ist die unzuverlässige technische Ausstattung die größte Hürde beim Einsatz digitaler Medien¹⁹⁾.

Bemerkenswert ist, dass in den vergangenen drei Jahren bei der IT-Ausstattung der Schulen kaum Verbesserungen zu verzeichnen sind²⁰⁾, obwohl die Problemlage bekannt ist und durch einen Digitalpakt Veränderungen versprochen worden sind. Hinzu kommt, dass die Schulen selbst Schwierigkeiten haben, die hohen Kosten für die technische Ausstattung (Hard- und Software) zu stemmen²¹⁾. Das erklärt auch, dass es massive Unterschiede in der technischen Ausstattung zwischen einzelnen Schulformen und Schulen gibt²²⁾.

Schulen benötigen professionellen IT-Support und pädagogische Unterstützung

Schulen wie auch Experten sehen in der unzureichenden Finanzierung und dem fehlenden bzw. unzureichenden IT-Support Hindernisse, das Nutzungsverhalten der Lehrkräfte zu verbessern²³⁾. Insbesondere Lehrkräfte mit einer geringen Nutzungserfahrung sehen für sich große Probleme²⁴⁾. Im Vergleich zum herkömmlichen Unterricht erfordert der Einsatz

Die Studien im Überblick

Die Bertelsmann Stiftung hat mit ihrem „Monitor Digitale Bildung“ in drei Berichten repräsentatives empirisches Datenmaterial zum Stand des digitalisierten Lernens in den verschiedenen Bildungssektoren in Deutschland – Schule, Ausbildung, Hochschule und Weiterbildung – geliefert. Die dritte Ausgabe in 2017 ist den Schulen gewidmet und unter dem Titel „Die Schulen im digitalen Zeitalter“ veröffentlicht. Für diese Studie wurden neben Schülern, Lehrern und Schulleitungen auch Experten aus Politik und Verwaltung befragt. Die quantitativen Befragungen wurden durch zahlreiche qualitative Interviews mit bildungspolitischen Entscheidern ergänzt.

Mit ihren Studien „Schule digital – Der Länderindikator“ liefert die Telekom-Stiftung seit dem Herbst 2015 mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen länderbezogene Informationen zur Situation der digitalen Bildung in Deutschland. Der Schwerpunkt 2017 war den „Digitalen Medien in den MINT-Fächern“ gewidmet. Grundlage für die Studien sind repräsentative Befragungen von Lehrkräften weiterführender Schulen aus allen 16 Bundesländern.

Mit einer von der Vodafone-Stiftung beauftragten repräsentativen Befragung von Eltern mit Kindern im Alter zwischen 3 und 25 Jahren und von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren sollte allgemein untersucht werden, welche Kompetenzen die Deutschen als die wichtigsten für die digitale Zukunft betrachten. Die wichtigsten Erkenntnisse wurden in der Studie „Coding & Charakter“ zusammengetragen.

digitaler Medien im technischen Bereich einen Mehraufwand, der nicht honoriert und daher bemängelt wird²⁵⁾. Weitere Ausstattungen der Schulen mit Lern-Management-System oder Schul-Clouds²⁶⁾ in den kommenden Jahren erhöhen den Bedarf an Unterstützung im technischen Bereich und die Notwendigkeit, in Form von wirksamen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen pädagogische Unterstützung zu bieten. „Die Pflege und Verwaltung der digitalen Infrastruktur darf nicht länger die ehrenamtliche Aufgabe einzelner Lehrer sein. Sie gehört in die Hände ausgebildeter IT-Fachleute, die regelmäßig und bei Bedarf auch kurzfristig zur Verfügung stehen“.²⁷⁾

„Bring Your Own Device“ (BYOD): Aus der Not eine Tugend machen

Die an vielen Schulen unzureichende und oft anfällige digitale Ausstattung kann als Herausforderung begriffen werden, nach anderen Lösungsansätzen zu suchen. „Bring Your Own Device“ ist ein Ansatz, der in der Berufs- und Arbeitswelt Anwendung findet und folglich auch für den Bildungsbereich Möglichkeiten bietet. Der besondere Anreiz dieses Ansatzes besteht darin, dass die Arbeit mit den eigenen mobilen Endgeräten unabhängig von der vorhandenen Hardware flexibler und nachhaltiger gestaltet werden kann.

Besonders für Lehrkräfte ist die Nutzung der privaten digitalen Medien (Smartphones, Tablets) von Schülern und Lehrkräften

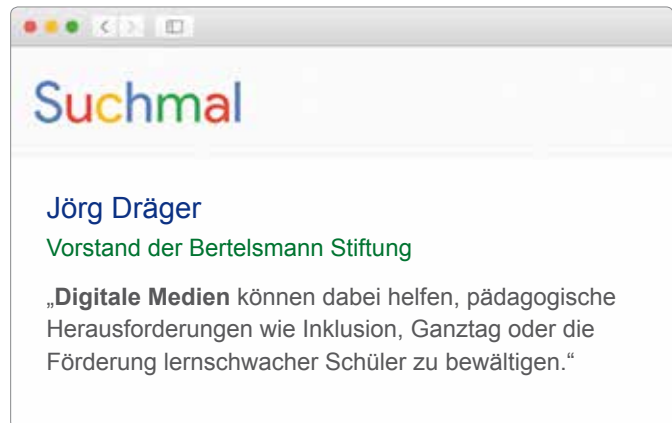
im Schulalltag eine aus ihrer Sicht sinnvolle und effektive Alternative zu den vorhandenen digitalen Medien in der Schule²⁸⁾. Allerdings ist nach den Studienergebnissen der Bertelsmann Stiftung die Nutzung der Smartphones durch Schüler im Unterricht fast gänzlich verboten. Stark ist auf Seiten der Lehrkräfte die Befürchtung vorhanden, dass der Einsatz von Schüler-Smartphones zu vermehrten Störungen im Unterricht führe und eine Zunahme von Cybermobbing bewirke.

Komplexe Schülerkompetenzen werden zu wenig gefördert

Bei der Nutzung digitaler Medien überwiegt bei einer deutlichen Mehrheit der Lehrkräfte eine einseitige Förderung der Medienkompetenz²⁹⁾. Computer- und informationsbezogene Kompetenzen werden insgesamt noch zu wenig gefördert³⁰⁾. Ergebnisse von ICILS (International Computer and Information Literacy Study) aus 2013 belegen für Deutschland dieses Missverhältnis³¹⁾. „Angesichts der zunehmenden Relevanz, kompetent mit digitalen Medien und darüber gewonnenen Informationen umgehen zu können, ist dies eine bedenkliche Entwicklung“³²⁾. Schulen

dürfen den Schüleralltag nicht ausblenden. Die sozialen Medien haben einen hohen Stellenwert und bestimmen wesentlich die Freizeit der Jugendlichen. Eine kritische Medienreflexion bei den sozialen Medien wie auch bei den im Internet gewonnenen Informationen muss in der schulischen Erziehung Eingang finden³³⁾.

Ausblick: Die Digitalisierung durchdringt immer mehr unsere gesamte Lebens- und Arbeitswelt. Die daraus erwachsenden technischen Herausforderungen fordern die Menschen auch in besonderer Weise emotional und sozial heraus. Nur ein umfassendes Zusammenspiel technischer, emotionaler und sozialer Kompetenzen ermöglicht³⁴⁾ den erfolgreichen Umgang mit den Herausforderungen des digitalen Wandels. Dieses Zusammenspiel muss insbesondere in der schulischen Bildungs- und Erziehungsarbeit Berücksichtigung finden.



Quellen:

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Monitor Digitale Bildung Die Schulen im digitalen Zeitalter*, September 2017
- Deutsche Telekom Stiftung (Hrsg.): *Schule digital Der Länderindikator 2017 Digitale Medien in den MINT-Fächern*, November 2017
- Vodafone Stiftung Deutschland (Hrsg.): *Coding & Charakter*, November 2017
- Vodafone Stiftung Deutschland (Hrsg.): *ZEHN PUNKTE FÜR BESSERE BILDUNGSSCHANCEN*, Juni 2017

Anmerkungen:

- | | | |
|--|---------------------------------------|---|
| 1) Studie Coding&Charakter Seite 5 | 12) Monitor Digitale Bildung Seite 6 | 24) Monitor Digitale Bildung Seite 24 |
| 2) Studie Coding&Charakter Seite 5 | 13) Studie Schule digital Seite 5 | 25) Monitor Digitale Bildung Seite 22 |
| 3) Studie Schule digital Seite 5 | 14) Monitor Digitale Bildung Seite 6 | 26) Studie Schule digital Seite 11 |
| 4) Monitor Digitale Bildung Seite 6 | 15) Monitor Digitale Bildung Seite 17 | 27) Monitor Digitale Bildung Seite 48 |
| 5) Monitor Digitale Bildung Seite 6 | 16) Studie Schule digital Seite 28 | 28) Monitor Digitale Bildung Seite 38ff |
| 6) Monitor Digitale Bildung Seite 6 | 17) Studie Schule digital Seite 5 | 29) Monitor Digitale Bildung Seite 20 |
| 7) Studie Schule digital Seite 5 | 18) Studie Schule digital Seite 10 | 30) Studie Schule digital Seite 21ff |
| 8) Studie Schule digital Seite 23 | 19) Monitor Digitale Bildung Seite 22 | 31) Studie Schule digital Seite 18 |
| 9) Studie Schule digital Seite 15 | 20) Studie Schule digital Seite 13 | 32) Studie Schule digital Seite 20 |
| 10) Studie ZEHN PUNKTE FÜR BESSERE BILDUNGSSCHANCEN Seite 12 | 21) Monitor Digitale Bildung Seite 21 | 33) Monitor Digitale Bildung Seite 20 |
| 11) Monitor Digitale Bildung Seite 15 | 22) Monitor Digitale Bildung Seite 48 | 34) Studie Coding&Charakter Seite 5 |
| | 23) Monitor Digitale Bildung Seite 23 | |



Die Ausstattung der Schularten muss in der Grundstruktur vergleichbar sein!



Im November trafen sich Vorstandsmitglieder des Verbandes mit Mitgliedern des Arbeitskreises Bildung der CDU-Landtagsfraktion zum jährlichen Gedankenaustausch. Von Seiten der CDU nahmen am Gespräch teil: die Landtagsabgeordnete Anke Beilstein, Vorsitzende des Arbeitskreises (3. v. li.), Guido Ernst, Vorsitzender des Landtagsausschusses Bildung (re.), Marion Schneid (2. v. li.), Simone Huth-Haage (3. v. re.), Thomas Barth (2. v. re.) und der wissenschaftliche Referent für Bildung Gereon Geissler. Der Verband Reale Bildung war vertreten durch die Vorstandsmitglieder Michael Eich (4. v. li.), Saskia Zimmermann (4. v. re.) und Wilfried Rausch (li.).

» Digitale Bildung gewinnt immer mehr an Bedeutung in der Schule

CDU-Landtagsabgeordnete und Verbandsvertreter stimmen darin überein, dass die Digitale Bildung die Schulen und die politisch Verantwortlichen vor große Herausforderungen stellen wird. Beide Seiten würdigen die durch das Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ erzielten Fortschritte bei den Ausstattungen der Schulen und bei der Fortbildung der Lehrkräfte. Allerdings dürfe die Feier einer zehnjährigen Erfolgsgeschichte nicht die Augen davor verschließen, dass neue Herausforderungen neue Maßnahmen und kreative Lösungen erfordern, von denen alle Schulen profitieren müssen. Die Bertelsmann Stiftung mache die Schwachstellen deutlich.

» Schwachstellen „Internet-Infrastruktur“ und technischer Fortschritt

Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass die gegenwärtige digitale Welt an den Schulen unbefriedigend sei. Die Bereitstel-

lung von Hardware und hochwertiger Bildungssoftware sowie die Schulung von Lehrkräften brächten kaum einen Gewinn, wenn den Schulen keine gute Internet-Infrastruktur zur Verfügung stünde. Die Internet-Infrastruktur böte erst die Grundlage für die Digitalisierung. Der Ausbau von schnellen Breitband-Netzen vor allem auch im ländlichen Raum sei in den letzten Jahren nur schleppend vorangekommen. Hinzu komme, dass die Hardware sehr schnell veralte und Schulen sich damit über Jahre arrangieren müssten. Da die professionelle Wartung nicht gewährleistet sei, kämen weitere Probleme in der Nutzung hinzu.

» Digitale Bildung erfordert zusätzliche Investitionen

Michael Eich verdeutlichte, was die Schulen jetzt benötigen, um die Erwartungen bezüglich der Vermittlung digitaler Kompetenzen erfüllen zu können. Dabei gelte es, die schulischen Erfahrungen zu berücksichtigen. Die Schulen benötigten in jedem Klassen- und Fachraum einen gesicherten WLAN-Zugang. Die Anfälligkeit der Technik erfordere eine professionelle

Wartung durch Fachkräfte. Lehrkräfte könnten die Wartung nicht sicherstellen. Der Verband fordert deshalb die Einstellung von technischen Assistenten an allen Schulen. Die Ausstattung der Schulen mit Hardware müsse neu konzipiert werden. Der Ansatz, dass jeder Schüler ein eigenes Tablet oder ein eigenes Laptop in die schulische Arbeit einbringt, müsse ernsthaft geprüft werden. Schließlich müsse gewährleistet sein, welche Software und Programme an den Schulen zum Einsatz kommen könnten und wie die Finanzierung gesichert werden könne.

» *Realschule plus ist im Bereich der informatischen Bildung stark*

Die CDU-Bildungspolitiker bemängeln, dass in Rheinland-Pfalz der Schwerpunkt zu sehr auf die informatorische Bildung gelegt werde. Die Inhalte der digitalen Bildung kämen in den Schulen zu kurz. Die Arbeitswelt habe sich derart verändert, dass es nicht ausreiche, den Schülerinnen und Schülern nur die Medienkompetenz zu vermitteln. Zu denken geben müsse, dass laut einer Studie nur 10 % der 18-jährigen Schülerinnen und Schüler ein kleines Programm oder eine kleine Internetseite konzipieren könne. Auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Anke Beilstein, so die Bildungspolitiker, habe das Bildungsministerium im Juli Zahlen zum Informatikunterricht und zur informatischen Bildung an den Schulen geliefert. Es sei erschreckend, wie wenig in den Schulen der Sekundarstufe I verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler im Bereich der Digitalen Bildung angeboten werde. Hier fordere die CDU-Landtagsfraktion mehr Verbindlichkeit von der Landesregierung ein. Erfreulich gut sei allerdings die Realschule plus aufgestellt. Die Realschule plus erreiche mit der informatorischen Bildung als verpflichtendes Unterrichtsprinzip in allen Wahlpflichtfächer 80 % der Schülerinnen und Schüler. Hinzu käme, dass an 128 Realschulen plus ein schuleigenes Wahlpflichtfach Informatik/Informationstechnologie eingerichtet sei.

» *Selbstverantwortliche Schule darf die Schulart Realschule plus nicht benachteiligen*

Die Verbandsvertreter lehnen eine selbstverantwortliche Schule nicht grundsätzlich ab. Auch der VRB, so Michael Eich, wolle den Schulen mehr Freiheit durch mehr Selbstverantwortung ermöglichen. Für den Verband müsse eine Selbstverantwortung allerdings den Schulen die Möglichkeiten bieten, ihre Qualitätsarbeit und Profilbildung eigenverantwortlich zu gestalten und dabei auf Ressourcen in der Lehrerversorgung zurückgreifen zu können, die Gestaltungsräume schaffen. Die Personalausstattung könne nicht allein durch einen Zahlenwert vorgegeben werden.

Die Verbandsvertreter kritisieren, dass in der gegenwärtigen Diskussion der unterschiedlichen Vorlagen der Fokus auf die Personalisierung gelegt werde. Natürlich sei es gut, wenn die Schulen bei der Personalauswahl entscheidend mitwirken könnten. Es sei richtig, Schulen in der Verwaltung durch zusätzliche Kräfte zu verstärken und zu entlasten. Aber der Preis für die Schulart Realschule plus sei zu hoch. Es sei nicht hinnehmbar, dass die zusätzliche Verwaltungskraft aus dem Topf der Schulleitungs-

pauschale finanziert werden soll. Diese Kompensierung schaffe nicht die Entlastung, um zusätzliche Aufgaben in Personalgewinnung und in der Qualitätsarbeit managen zu können, sondern erhöhe die Unterrichtsverpflichtung der Schulleitungsmitglieder. Gleichzeitig spare hierdurch das Land eine beachtenswerte Zahl an Lehrerstellen ein. Die Schulleiterentlastung an den Realschulen plus sei schon jetzt zu niedrig.

Für die CDU-Bildungspolitiker darf das Modell „Selbstverantwortliche Schule“ nicht als Instrument der Mangelverwaltung gesehen werden. Dieser Ansatz der Regierungsparteien fände kaum Zuspruch in rheinland-pfälzischen Schulen. Die CDU-Landtagsfraktion verstehe Selbstverantwortung umfassender. Die Schulen sollten in die Lage versetzt werden, ihren pädagogischen Schwerpunkt praxisgerecht weiterzuentwickeln. Dies sei nur möglich, wenn ein Budget zur Verfügung stünde, das sich aus unterschiedlichen Mitteln zusammensetze. Da die ADD im Personalgeschäft entlastet werde, müssten diese und andere Entlastungen den Schulen zugute geschrieben werden. Die CDU rechnet, dass durch diese und andere Entlastungen den Schulen eine zusätzliche Lehrerversorgung in der Größenordnung von 2 %, die auf der Grundlage der derzeit gültigen Formel der Bedarfsermittlung zu bestimmen sei, zugestanden werden müsste.

» *Wir brauchen substanzielle Unterstützung in der Realschule plus*

Die Diskussion um neue Schulstrukturen in der Sekundarstufe I ist nach Ansicht aller Gesprächsteilnehmer nicht zielführend. Die Verbandsvertreter warben bei den CDU-Bildungspolitikern um Unterstützung, die Realschule plus als Schulart zu stärken. Die Kolleginnen und Kollegen hätten mit großem Engagement die Realschule plus konstruktiv weiterentwickelt. Die Realschulen plus könnten beachtliche Leistungen beispielsweise bei der Integration von Flüchtlingskindern oder bei der Begabtenförderung aufweisen. In der Öffentlichkeit würde diese Leistung zu wenig gewürdigt. Daher sei eine Informationskampagne gut und richtig. Aber es reiche nicht aus. Die Realschulen plus benötigten zudem eine wirksame substantielle Unterstützung. Der Wechsel der Klassenmesszahlen nach der Klassenstufe 6 sei dem Fördergedanken nicht zuträglich und erweise sich als willkürliche Setzung, die die in der Orientierungsstufe entwickelte und bewährte pädagogische Förderung in den nachfolgenden Klassenstufen 7 bis 10 hemme. Michael Eich machte deutlich: „Wir wollen keine gleichgeschaltete Schulart sein, wir wollen aber gleich versorgt werden. Wir sind inhaltlich zu den anderen Schularten different, aber in der Grundstruktur müssen wir gleich ausgestattet werden“.



► GESPRÄCH MIT DER SPD-FRAKTION

Realschule plus stärken! Entlastungen müssen an der Basis ankommen!



Teilnehmer (von links): Astrid Schmitt (SPD), Saskia Zimmermann (VRB), Timo Lichtenthäler (VRB), Bettina Brück (SPD), Johannes Klomann (SPD), Giorgina Kazungu-Haß (SPD) und Christoph Krier (VRB)

Foto: VRB

VRB-Vertreter trafen sich mit dem Arbeitskreis Bildung der SPD-Fraktion, um über Themen wie Selbstverantwortliche Schulen, die Lehrerversorgung, die mögliche Lockerung des Kooperationsverbots und die Stärkung der Realschulen plus mit und ohne Fachoberschule zu sprechen.

Nachdem die Pilotphase des Schulversuchs „Mehr Selbstverantwortung an rheinland-pfälzischen Schulen“ (SVS) in Rheinland-Pfalz abgeschlossen ist, stellte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Bettina Brück fest, dass seitens der Pilotschulen durchweg positive Rückmeldungen gegeben wurden und man eine Ausweitung des Projekts im Land voranbringen möchte. Mit Blick auf die Akquise von Verwaltungskräften durch die Schulen gäbe es rechtliche Forderungen zu prüfen, u. a. die Mitbestimmung der Personalvertretungen. Mit Blick auf die Finanzierung gab VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler zu verstehen, dass diese nicht zu Lasten der Anrechnungsstunden für Schulleitungsaufgaben führen dürfe: „Wir begrüßen das Projekt der Selbstverantwortlichen Schulen, aber die Finanzierung muss durch das Land getragen werden!“

Den Hinweis von Giorgina Kazungu-Haß, dass man durch personelle Unterstützung der Schulleitung in Form des Didaktischen Koordinators die Belastungen der Schulleitungen auf mehrere Schultern verteilen wolle, nahm Lichtenthäler auf und begrüßte

auch die Ankündigung, dass alle Realschulen plus in naher Zukunft einen Didaktischen Koordinator erhalten sollen.

Vollpauschale für alle Schularten

Im Gespräch führte Lichtenthäler aus, dass für die Herausforderungen, denen sich Lehrerinnen und Lehrer im Schulalltag stellen müssten, nicht ausreichend Mittel zur Verfügung stünden, um Belastungen vorzubeugen und Entlastungen zu schaffen: „Die Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen plus leisten Unglaubliches. Dabei stellen wir fest, dass es zu einer Verschiebung zu Ungunsten der eigentlichen Kernaufgabe der Schulen kommt. Die Verpflichtungen in vielen außerunterrichtlichen Bereichen nehmen beständig zu. Demnach ist die Drittelpauschale für besondere unterrichtliche Aufgaben – auch im Schulartenvergleich – nicht mehr zeitgemäß.“

Sprachförderung wichtiger denn je

In diesem Zusammenhang thematisierten die Gesprächsteilnehmer die Lehrerversorgung im kommenden Schuljahr. Bettina Brück hob hervor, dass man das angestrebte Ziel von 100 Prozent bei der Lehrerversorgung weiter anstrebe und verwies auf den Koalitionsvertrag. An dieser Stelle verwiesen die VRB-Gesprächsteilnehmer mit Blick auf die Zuwanderung und die Anforderungen bei der Sprachförderung auf das Problem, dass zurzeit eingestellte Sprachförderlehrer teils in befristeten Arbeitsverhältnissen stünden, die zum großen Teil auslaufen und nicht verlängert werden sollen. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Astrid Schmitt räumte ein, dass bei der Organisation des Lehrereinsatzes mehr

Flexibilität herzustellen sei, um die möglichen Herausforderungen bewältigen zu können.

Lockerung des Kooperationsverbots

Das Land Rheinland-Pfalz hat – von der SPD befürwortet – in der Vergangenheit stets auf die Landeshoheit in der Schulpolitik gepocht und das Kooperationsverbot begrüßt. „Nun gibt es neue

Herausforderungen und auf diese müssen wir reagieren“, so Bettina Brück. Es müsse mehr Geld in die Schulen fließen und dies setze eine Lockerung des Kooperationsverbots voraus.



Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 12. DEZEMBER 2017

Unterschiedliche Auffassungen von „guter Unterrichtsversorgung“

Das Bildungsministerium stellte am 12. Dezember unter der Überschrift **Unterrichtsversorgung erneut verbessert: Gute Lehr- und Lernbedingungen in Rheinland-Pfalz** die Schulstatistik 2017/18 vor. In einer Pressemitteilung wird u.a. ausgeführt: „Die Unterrichtsversorgung an den Realschulen plus konnte noch einmal verbessert werden, hier wurde mit 99,1 Prozent ein sehr guter Wert erzielt. Auch die Integrierten Gesamtschulen und die Gymnasien haben sich bei der strukturellen Unterrichtsversorgung deutlich verbessert. Die Gymnasien des Landes erreichen in diesem Jahr einen Versorgungsgrad von 98,9 Prozent, die Integrierten Gesamtschulen von 98,6 Prozent. Leider hat sich die Unterrichtsversorgung an den Förderschulen im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert.“

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig dankte den Lehrkräften für ihr großes Engagement, hob den konstruktiven Dialog mit den Schulen, den Eltern sowie den Verbänden hervor und versprach, auch weiterhin die hundertprozentige Unterrichtsversorgung anzustreben.

Weitaus weniger zufrieden zeigte sich der Verband Reale Bildung in seiner Pressemitteilung vom gleichen Tag. Wir drucken Sie nachfolgend ab.

Die Schulstatistiken kaschieren den tatsächlichen Lehrerbedarf

Verband Reale Bildung (VRB) beklagt mangelnde Investitionsbereitschaft

„Die offizielle Schulstatistik des Bildungsministeriums besitzt nur eine eingeschränkte Aussagekraft, die Praxis an den Schulen sieht anders aus“, erklärt Timo Lichtenthäler, Landesvorsitzender des Verbandes Reale Bildung (VRB). „Das Zahlenwerk beschreibt eine einseitig positive Unterrichtsversorgung. Diese Imagekampagne wiederholt sich gebetsmühlenhaft alljährlich“, so der Verbandschef.

Vor dem Hintergrund des im internationalen Vergleich nachhinkenden Bildungsstandards bei gleichzeitig vollen Kassen gebe es einen massiven Investitionsdruck. „Wann, wenn nicht jetzt, will die Landesregierung die notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen?“, fragt Lichtenthäler. „Enttäuschend ist, dass die Landesregierung die zurückgehenden Schülerzahlen nicht dazu nutzt, die unaufschiebbaren Bildungsaufgaben anzupacken. Die hohen Klassengrößen an den Realschulen plus und an den Integrierten Gesamtschulen erschweren eine moderne und zeitgemäße Unterrichtsgestaltung. Kinder und Jugendliche brauchen mehr Förderung, die Schulen brauchen mehr Planstellen für Lehrkräfte.“

Der Verband Reale Bildung fordert wiederholt als Sofortmaßnahme eine schulinterne Lehrerversorgung von 100+5 Prozent. Bestandserhebungen am Schuljahresanfang, die Faktoren wie Erkrankungen, Klassenfahrten, Wandertage sowie Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte nicht in Betracht ziehen, vernebeln den tatsächlichen Unterrichtsausfall. Der tatsächliche Unterrichtsausfall an den Realschulen plus und an den Integrierten Gesamtschulen liegt erfahrungsgemäß durchschnittlich bei etwa acht Prozent, mancherorts weit darüber.

„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung

俳句
Haiku

Cloud

Schönfärbend
deckt das Wolkenwort
den Moloch

Rückstand umgehend aufholen!



Unter Leitung der Vorsitzenden Lilli Lenz (vorne Mitte) bereiteten sich dbb-Landes- und Hauptvorstand auf die Tarifrunde 2018 vor. Seitens des VRB nahmen Michael Eich und Wolfgang Wünschel (rechts) teil. Foto: Malte Hestermann

Malte Hestermann berichtete aus dem Bereich Rechtsschutz über die Sachstände in den Musterverfahren „5x1%“ (Berufung gegen erstinstanzliche Abweisung beschlossen) und „Altersdiskriminierende Besoldung“. Diese Verfahren stehen vor dem Abschluss. Erwartet werden kann eine pauschale Entschädigung für ca. 11.000 Beamtinnen und Beamte, die Widerspruch eingelegt hatten.

Die BVerfG-Entscheidung vom Juli 2017 zum Tarifeinheitsgesetz hat dem Gesetzgeber Nachbesserungen aufgegeben. Der dbb wird das Gesetz voraussichtlich vor dem EuGH angreifen.

Verabschiedet wurde eine EntschlieÙung zum Thema Besoldung und Versorgung:

„Rückstand umgehend aufholen“

„Im Bund-Länder-Besoldungsvergleich rangiert Rheinland-Pfalz mit der landesrechtlich geregelten Alimentation der Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger ... auf dem unrühmlichen vorletzten (sechzehnten!) Platz im Besoldungsranking des Bundes und aller 16 Bundesländer.“

Gerade in den Laufbahnebenen, in denen sich die meisten Beamtinnen und Beamten befinden, wirken sich insbesondere die 1%-Mini-Anpassungen bei Besoldung und Versorgung in den Jahren 2012, 2013 und 2014 damit fortgesetzt nachteilig aus.

Aus dieser Besoldungsdelle wird das Land Rheinland-Pfalz allein mit der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung der TV-L Tarifergebnisse auf das Besoldungs- und Versorgungsrecht nicht herauskommen – mit massiven Nachteilen für die Gewinnung von Nachwuchskräften. (...)

Zweifellos ist der schlechte Rangplatz des Landes im Besoldungsvergleich Bund-Länder das genaue Gegenteil von Wertschätzung, Fairness und beamtenrechtlicher Fürsorgepflicht im Interesse des öffentlichen Dienstes.

Sehenden Auges riskieren Landesregierung und Besoldungsgesetzgeber das hohe Qualitätsniveau öffentlicher Dienst-

leistung in Rheinland-Pfalz, indem sie das Personal verprellen und benötigten Nachwuchses und dringend gesuchte Fachkräfte abschrecken.

Das ist ein grober Fehler. (...)

Wir fordern ... ein Aufholen des Besoldungs- und Versorgungsrückstandes in Höhe von insgesamt sechs Prozent zusätzlich zu linearen Tarifergebnisübertragungen. Dies kann gestaffelt geschehen, der Einstieg in die Aufstockung muss aber umgehend erfolgen.

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Deshalb fordern wir Landtag und Landesregierung auf, schnell zu handeln!“

Text: Wolfgang Wünschel

► **DBB-BEAMTENBUND UND TARIFUNION**

VDR- und brlv-Vorsitzender Jürgen Böhm zum stellvertretenden dbb-Bundesvorsitzenden gewählt

Jürgen Böhm, Vorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR) wurde in Berlin von der Bundesversammlung des dbb beamtenbund und tarifunion 2017 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.

Der Verband Reale Bildung Rheinland-Pfalz (VRB) und die weiteren Landesverbände des VDR sehen in der Wahl von Jürgen Böhm über die persönliche Anerkennung hinaus einen großen Erfolg für die Realschule und die mittleren Bildungswege.

„Ich bedanke mich herzlich bei allen Beteiligten für das mir entgegengebrachte Vertrauen und für die großartige Unterstützung. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir einen starken öffentlichen Dienst brauchen mit hervorragend ausgebildeten Fachkräften, klaren Einstellungs- und Entwicklungschancen sowie Perspektiven. Der öffentliche Dienst ist unverzichtbar für ein modernes, demokratisches und zukunftsfähiges Land. Ich stehe für die Vielfalt der Meinungen und die Vielfalt der Positionen – es geht um die Freiheit der gewerkschaftlichen Arbeit und gegen Einschränkungen und Zwangsmaßnahmen. Deutschland braucht gerade aktuell einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst und ein starkes Beamten-tum“, äußert sich Böhm zu seiner Wahl.

Stimmen zur Wahl von Jürgen Böhm

„Ich freue mich für Jürgen Böhm. Seine Wahl bedeutet eine persönliche Würdigung seines politischen Engagements. Zugleich spiegelt diese Anerkennung auch eine Wertschätzung wider, die unser Lehrerverband im dbb und in der Öffentlichkeit erfährt. Ich wünsche Jürgen Böhm viel Erfolg bei der Bewältigung seiner zusätzlichen Aufgaben.“ (Persönliche Würdigung in Berlin durch Bernd Karst, Stv. VDR-Bundesvorsitzender)

„Mit Jürgen Böhm haben die Lehrerinnen und Lehrer eine starke Stimme im dbb-Bundesvorstand. Unser Verband erfährt mit ihm als Bundesvorsitzenden ein zusätzliches Gewicht. Mit der Wahl zum Bundesvorsitzenden wird zugleich sein Engagement für die Reale Bildung ausgezeichnet.“ (Persönliche Würdigung durch Timo Lichenthäler, Landesvorsitzender des VRB Rheinland-Pfalz)

Text und Foto: Bernd Karst



► **STABWECHSEL BEIM DEUTSCHEN LEHRERVERBAND (DL)**

Heinz-Peter Meidinger übernimmt Präsidentschaft von Josef Kraus

Neuer Präsident des Deutschen Lehrerverbandes DL ist seit dem 1. Juli 2017 Heinz-Peter Meidinger. Der Deutsche Lehrerverband vertritt rund 160 000 Lehrkräfte über seine Mitgliedsverbände, das sind u.a. Deutscher Philologenverband (DPHV), Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) und Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Beruflichen Schulen (BLBS).

Wolfgang Wünschel traf Heinz-Peter Meidinger (li.) kürzlich bei einer Veranstaltung des rheinland-pfälzischen Philologenverbandes. Dort wandte sich Meidinger – er ist Schulleiter des Robert-Koch-Gymnasiums im bayrischen Deggendorf – gegen einen an Zahlen fixierten bildungspolitischen Aktionismus und plädierte für eine Rückbesinnung auf das Humboldt'sche Bildungsverständnis, das auf die „innere Freiheit des Individuums ziele“.

Verabredet wurde ein Interview für die nächste Ausgabe unserer Zeitschrift. Themen sind u. a. der Schulbau, die Ergebnisse der IQB-Studie und die Frage, ob eine hochwertige Internetausstattung in den Schulen ausreicht, das Lernen zu revolutionieren.

Text: Wolfgang Wünschel · Foto: Carsten Costard



► POSITIONEN DEFINIEREN UND BESETZEN

Strategieseminar der VDR-Frauenvertretung

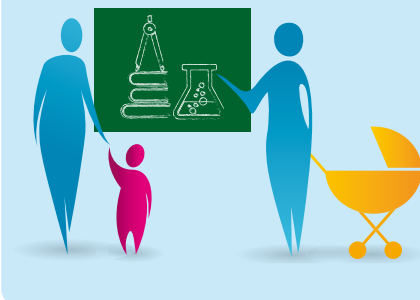


Eine starke Frauenvertretung ist gerade im Bildungssektor besonders wichtig, da der Anteil an Lehrerinnen deutlich größer ist als der der männlichen Lehrkräfte. Um die Frauenvertretung für den VRB in Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln, nahmen Nicole Weiß-Urbach und Saskia Zimmermann an einem mehrtägigen Strategieseminar des VDR-Bund in Königswinter teil. Es wurde geleitet von Marlies Tasser, der Bundesfrauenbeauftragten des VDR.

Neben wichtigen Tipps zum Aufbau und zur Vernetzung einer erfolgreichen Frauenvertretung und praktischen Hilfen zur Gestaltung der medialen Präsenz wurden inhaltliche Schwerpunktthemen gesetzt.

In einer Frage- und Diskussionsrunde wurde auf die zahlreichen Defizite aufmerksam gemacht, gegen die Frauen in ihrem beruflichen und sozialen Umfeld anzukämpfen haben. Beispielsweise wird die soziale Verantwortung gegenüber Kindern oder pflege- und unterstützungsbedürftigen Angehörigen gern an Frauen übertragen. Vor diesem Hintergrund greifen Frauen häufig auf die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung zurück. Dabei

Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichern!



ist es keine Seltenheit, dass Teilzeit nicht Teilzeit bleibt. Oft sind die Stundenpläne mit Freistunden gespickt, die dann gerne für Vertretungstunden genutzt werden. Auch die Besetzung von Funktionsstellen ist vielen Frauen aufgrund der familiären Verantwortung nicht so leicht möglich. „Wir brauchen Rahmenbedingungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich machen“, bilanzierte Saskia Zimmermann für den rheinland-pfälzischen VRB.

Sollten Sie Fragen oder Unterstützungsbedarf haben, wenden Sie sich gerne an Saskia Zimmermann oder Nicole Weiß-Urbach.



Foto: Karlheinz Kaden

VRB im dbb Arbeitskreis „Seniorenpolitik“ vertreten



Der VRB ist sich angesichts der demographischen Entwicklung bewusst, dass die Gruppe der Ruheständler weiter wachsen wird. Für den Verband gewinnt daher die Gruppe der Pensionäre an Bedeutung. Der VRB weiß um die Kompetenzen und die Erfahrungen seiner Pensionäre und will darauf zurückgreifen können. Ihm ist aber auch klar, dass die besonderen Interessen der Pensionäre in den Blick der Verbandsarbeit gerückt werden müssen und die Interessenvertretung verstärkt wahrgenommen werden muss. Daher ist der VRB seit 2016 aktiv in der Seniorenvertretung VDR-Bund tätig. Seit 2017 hat sich der Verband für die Teilnahme am Arbeitskreis „Seniorenpolitik“ des dbb-Landesverbandes Rheinland-Pfalz entschieden.

Arbeitskreis „Seniorenpolitik“: Interessenbündelung über Seniorennetzwerk

Der dbb rheinland-pfalz hat einen Arbeitskreis „Seniorenpolitik“ eingerichtet. Der Arbeitskreis hat sich zum Ziel gesetzt, die Interessen der Mitgliedsverbände über ein dbb-internes Seniorennetzwerk zu bündeln. Ein entsprechender Arbeitskreis ist auch auf Bundesebene eingerichtet worden.

Zum Arbeitskreis sind zumeist die Seniorenvertreter der dbb-Mitgliedsgewerkschaften und -verbände gemeldet. In den Sitzungen

tauschen sie sich über alle Themen aus dem gewerkschaftlichen Spektrum mit Bezug zur älteren Generation aus.

Ausbau des Leistungsspektrums für Pensionäre erforderlich

Auf seiner Jahrestagung am 6. September 2017, an der von Seiten des VRB Wolfgang Seebach (links) teilnahm, hat sich der Arbeitskreis von Malte Hestermann über die Arbeit des Landesbundes Rheinland-Pfalz informieren lassen. Ein weiterer Schwerpunkt bildete der Bericht über die Arbeit der dbb-Bundesseniorenvertretung. Die Bundesseniorenvertretung hat ihr Vorhaben, die Publikation „Leitfaden rund um den Pflegefall“ aktualisiert neu herauszugeben, zum Abschluss bringen können. Ein gesonderter Hinweis auf die Bezugsmöglichkeit der Publikation findet sich auf Seite 62 in dieser Zeitschrift.

Der Landesarbeitskreis hat einen eigenen Antrag zur Seniorenbetreuung für den Bundesgewerkschaftstag 2017, der in Berlin vom 19. bis 21. November 2017 stattfand, formuliert. Der Arbeitskreis beantragt den Ausbau des Serviceangebots für die Zielgruppe der älteren Mitglieder. Demnach soll bei jedem Dienstleistungszentrum eine Fachkraft eingestellt werden, die als Beihilfeassistent vermehrte Servicefragen im Bereich der Beihilfe bearbeiten kann. Es hat sich in der Praxis gezeigt, dass weniger versierte Berechtigte, Hinterbliebene oder Betreuer bei der Regelung von Beihilfeangelegenheiten erhebliche Schwierigkeiten haben.

Text: Wilfried Rausch/Wolfgang Seebach · Foto: Malte Hestermann

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 3. NOVEMBER 2017

VRB setzt auf gezielte Schullaufbahnberatung

Grundschulen besitzen Schlüsselfunktion

Die schulpolitischen Herausforderungen sind nicht geringer geworden. Im Gegenteil. Die Unzufriedenheit mit den schulischen Rahmenbedingungen wächst spürbar, demzufolge verstärken sich die Erwartungen und Forderungen an die Politik.

„Die Weiterentwicklung der Realschule plus ist die Grundbedingung für eine erfolgreiche Schulpolitik insgesamt,“ erklärt der VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. Im Gespräch des Verbandes Reale Bildung (VRB) mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig unterstrich der Verbandschef die Bedeutung der Informationskampagne und forderte eine noch stärkere Beratungseinbindung der Grundschulen, um den Eltern die Attraktivität der Realschule plus aufzuzeigen. Ministerin Dr. Hubig sicherte eine Fortsetzung der in Mainz begonnenen Informationstage zu. Anvisiert seien Schulstandorte in den Regionen Südpfalz und Trier. Die Informationskampagne benötige Nachhaltigkeit. „Wir planen eine Reihe von Maßnahmen, um die Realschulen plus zu stärken. Dazu gehören unter anderem Informationsmaterialien für Lehrerinnen und Lehrer, eine noch stärkere Einbindung der Grundschulen ebenso wie ein umfassender Informationsfilm zu den Vorteilen der Realschulen plus“, kündigte die Ministerin vielversprechend an.

Der VRB unterstrich, dass die Grundschulen eine Schlüsselfunktion hinsichtlich der Schullaufbahnberatung besitzen. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, dass das Ministerium realschulspezifisches Informationsmaterial auch den Grundschulen zur Verfügung stelle. Hilfreich seien auch gemeinsame regionale Dienstbesprechungen von Schulleitungen aus dem Bereich der Grundschule sowie der Realschule plus. Der VRB erklärte, dass Lehramtsstudierende bereits in der ersten Phase ihrer Ausbildung einen umfassenden Einblick in das Profil der Realschule plus gewinnen müssten. Der immer noch vergleichsweise geringere Bekanntheitsgrad dieser

Schulart fördere falsche Vorstellungen und schulische und berufliche Fehlentscheidungen. Ministerin Dr. Hubig sicherte zu, die diesbezüglichen VRB-Anregungen aufzunehmen.

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler resümierte, dass der schulpolitische Status quo zahlreiche Herausforderungen aufzeige. Der Verband Reale Bildung erwarte daher, dass das Ministerium die Situation der Lehrkräfte im Blick behält, Belastungen abbaut und Entlastungen schafft, damit die Qualität schulischer Arbeit auch perspektivisch gewährleistet sei.

HINTERGRUND

Der Verband Reale Bildung ist die Interessenvertretung der Lehrkräfte an Realschulen, Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen. Er gehört dem Dachverband des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) und dem Deutschen Lehrerverband (DL) an.

Reale Bildung ist attraktiv, denn sie öffnet zahlreiche Wege und Alternativen. Die schulische und berufliche Laufbahn ist daher nicht einseitig festgelegt, sondern abhängig von Begabung, Interessen, Leistung und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler. Das Schulsystem in Rheinland-Pfalz muss diese Durchlässigkeit gewährleisten und erhöhen. Die Erfahrungen zeigen, dass die Reale Bildung sowohl für die Realschule und Realschule plus als auch für die Integrierte Gesamtschule weiter ausgebaut werden muss. Hier setzt der VRB als Interessenverband seinen schul- und verbandspolitischen Schwerpunkt.

► IGS-FORUM IN TRIER

Philologenverband und VRB fordern bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen

Anlässlich des IGS-Forums lud der Philologenverband (PhV) in Kooperation mit dem Verband Reale Bildung (VRB) Kolleginnen und Kollegen der Gesamtschulen im November an die IGS Trier ein.

Horst Wittig (PhV) referierte zum Thema „Arbeitsbelastung reduzieren: Entlastung von Teilzeitkräften ohne Mehrbelastung von Vollzeitkräften.“ Er zeigte Möglichkeiten auf, wie die Lehrkräfte zumindest bei teilbaren Aufgaben entlastet werden können. Die Teilnehmer tauschten sich rege über verschiedene Modelle an ihren Schulen aus und schilderten in Beispielen aus der Praxis die Brisanz des Themas. Einig war man sich, dass eine Lösung dieses Problems nicht nur den einzelnen Schulen überlassen werden kann. Die veränderten Arbeits- und Rahmenbedingungen an den Schulen erfordern mehr Ressourcen, aber auch eine angemessene Entlastung für

Kollegium und Schulleitung. Nur so kann eine erfolgreiche Weiterentwicklung gewährleistet werden.

Der Umgang mit der Heterogenität der Schülerschaft bildete einen weiteren Schwerpunkt der Veranstaltung. Vorgelegt wurden Möglichkeiten der inneren und äußeren Differenzierung. Es entwickelte sich eine lebhaft Diskussion. Während des Austauschs mit den Teilnehmern wurde deutlich, dass u. a. zu große Lerngruppen und fehlende Förderlehrer an den Schulen als belastend empfunden werden und die Umsetzung von Differenzierungskonzepten erschweren.

Robert Tophofen (Stellvertretender Vorsitzender PhV) gab einen Überblick über die organisatorische Neuordnung der Wahlpflichtfächer und fasste die Veränderungen in diesem Bereich anschaulich zusammen.

Die Teilnehmer schätzten die Möglichkeit zum Austausch und signalisierten großes Interesse an einem weiteren Treffen.



► BUNDESWEITE INITIATIVE

„Schule gegen sexuelle Gewalt“

„Schule gegen sexuelle Gewalt“ ist eine bundesweite Initiative des Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs. Im Rahmen der Kultusministerkonferenz haben sich 2016 alle 16 Bundesländer dazu bereit erklärt, die Initiative in ihren Ländern umzusetzen. Ende Oktober startete die Initiative in Rheinland-Pfalz.

Bildungsministerin Dr. Hubig erklärte in diesem Zusammenhang: „Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche (...) kommt häufiger vor als gemeinhin angenommen. Die Prävention von sexueller Gewalt ist deshalb ein wichtiges Thema gerade in Schulen. Lehrerinnen und Lehrer kennen ihre Schülerinnen und Schüler gut und sehen Veränderungen oft frühzeitig. Wir wollen unsere Lehrkräfte deshalb noch stärker sensibilisieren. Sie sollen wissen, an wen sie sich im Verdachtsfall wenden und wie sie behutsam und professionell mit ihren Schülerinnen und Schülern und deren Angehörigen umgehen können.“

Zum Start der Initiative erhalten alle Schulen eine ausführliche Informationsmappe. Zudem finden sich auf dem neuen Fachportal www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de weitere auch landesspezifische Informationen. Diese unterstützenden Materialien, können



die Lehrerinnen und Lehrer in ihre bereits bestehende Präventionsarbeit integrieren.

Anmerkung: Das Ministerium nimmt sich hier eines wichtigen Themas an. Der nächste Schritt muss sein, mehr Schulpsychologen und -psychologinnen einzustellen, damit im Bedarfsfall Schulen und Kinder schnell professionelle Hilfe erhalten können.

Wü/Quelle: Newsletter Bildungsministerium
v. 25.10.2017

Gespräch mit dem TV-Journalisten Udo van Kampen

Der Hauptredner des Ingelheimer Fachkongresses 2018
wollte zunächst Lehrer werden, wechselte aber zum ZDF



Udo van Kampen berichtete zwei Jahrzehnte lang für das ZDF in Brüssel, er leitete das ZDF-Studio in New York, kommentierte dort rund um die Uhr den 11. September, interviewte mehrmals Donald Trump, kehrte nach Brüssel zurück und lebt heute in Berlin. Dort traf er sich mit Bernd Karst zu einem Gespräch anlässlich der Vorbereitung des Ingelheimer Fachkongresses 2018, auf dem Udo van Kampen als Hauptredner auftreten wird. Im Mittelpunkt des hier als Interview zusammengefassten Dialogs stehen die journalistischen Stationen von Udo van Kampen im Kontext der politischen Hintergründe. „UvK“ und „Mister Europa“, wie er in Brüssel und New York schlicht genannt wird, äußert sich auch zum Thema Schule. Schließlich wollte er selbst einmal Lehrer werden.

Das Interview erscheint in zwei Teilen. Im ersten Teil beschreibt Udo van Kampen, warum er nicht Lehrer, sondern ZDF-Korrespondent geworden ist.

Van Kampens erste wichtige Station war Brüssel. Hier erlebte er, wie der Euro aus der Taufe gehoben wurde und wie Europa innen- und außenpolitisch rasant an Bedeutung gewann. Die enge deutsch-französische Zusammenarbeit hält er für einen entscheidenden Faktor für die Zukunft Europas. Und wir erfahren, warum der „11. September“ das einschneidende Ereignis seiner journalistischen Karriere war.

RBIRP: Herr van Kampen, eigentlich wollten Sie Lehrer werden...

Udo van Kampen: Ich habe in Mainz Wirtschaftspädagogik studiert mit dem Ziel, Berufsschullehrer zu werden. Aber ich habe kein Referendariat gemacht. Durch den Kontakt mit dem ZDF während meines Studiums – ich habe dort jede Semesterferien gearbeitet – erhielt ich eine Joboption. Die nahm ich dann an. Ich arbeitete in der Wirtschaftsredaktion, die hieß damals „Bilanz“, die erste Wirtschaftssendung im Fernsehen, und daraus wurde dann „WISO“, zu deren Redaktionsgründern ich gehörte.

1987 wurde Ihnen die Wirtschaftsredaktion zu eng.

Ich bin viel um die Welt gereist, ich war häufig in Japan. Ich hatte das Angebot, Japankorrespondent zu werden, habe auch ein halbes Jahr in Japan gelebt und gearbeitet. Dann kam das überraschende Angebot, nach Brüssel zu gehen. Brüssel war 1987 relativ bedeutungslos. Das Europaparlament hatte zu dieser Zeit keine Rechte, und in Bonn und in den anderen europäischen Hauptstädten hatten die führenden Politiker gesagt: „Es ist völlig egal, was die dort beschließen, wir ma-

chen das sowieso alles national.“ Und dann hat sich alles geradezu sensationell entwickelt. Ich kam nach Brüssel in einer Zeit der Eurosklaverei. Dann aber wurde der Binnenmarkt von Jacques Delors, Helmut Kohl und Francois Mitterrand initiiert, anschließend wurde die Währungsunion, also der Euro, angestoßen. Ich konnte 1991 vom Maastrichtgipfel berichten, wo der Euro aus der Taufe gehoben wurde. Schließlich hatte Europa sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch immer mehr an Bedeutung gewonnen.

Heute ist nichts mehr ohne Brüssel machbar, sei es in agrarpolitischen Fragen oder Wettbewerbsfragen, oder wie jetzt in der heißen Diskussion um die Migration.

Und spannend für Sie war sicherlich die Zeit im Herbst und Winter 1989?

Im Dezember 1989 war ein Gipfel in Luxemburg, wo keine besonderen Themen anstanden, und er dauerte und dauerte. Wir Journalisten fragten uns, was ist da los? Im Nachhinein hatte mir Helmut Kohl erzählt, dass sich nicht nur die Briten, sondern auch andere Länder, die Niederländer und auch sein Freund François Mitterrand, sehr reserviert verhielten. Sie alle wollten im Abschlusskommuniqué nicht eindeu-

tig den Fall der Mauer begrüßen. Allein um diese Formulierung wurde heftig gerungen. Und hinsichtlich einer schnellen Wiedervereinigung war die Mehrheit eher dagegen.

Die Europäer hatten verständlicherweise Angst vor einem starken Deutschland.

Die Vorbehalte haben Helmut Kohl sehr getroffen. Man darf nicht vergessen, dass Francois Mitterand der damaligen DDR noch einen offiziellen Staatsbesuch abstattete. Thomas de Maizière war damals Ministerpräsident, Egon Krenz Staatsratsvorsitzender. Helmut Kohl empfand es wie ein Schlag ins Gesicht, dass Mitterand der DDR, die nach dem Fall der Mauer noch eine eigenständige Regierung hatte, seine Aufwartung machte. Helmut Kohl hat mir später berichtet, wie er und Mitterand nach dieser Enttäuschung doch wieder zusammenfanden und dann eine ganz enge deutsch-französische Partnerschaft im Sinne Europas kreierte.

Die enge deutsch-französische Zusammenarbeit ist ein entscheidender Faktor für die Zukunft Europas. Das zeigt sich an der engen Beziehung zwischen der Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron.

Trotz der Krisen war für mich immer klar, dass Europa voranschreiten will. Denn die Menschen, ob in Deutschland oder in den anderen europäischen Ländern, suchen Schutz und Halt – innenpolitisch wie außenpolitisch. Die Verunsicherung der Bürger ist riesengroß. Jetzt ist zum ersten Mal wieder ein Hoffnungsschimmer entstanden. Mit Blick auf Amerika und auf den Brexit spüren die Menschen, dass Europa doch mehr ist als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Europa muss sich zusammenschließen, um wirtschaftlich gegen China, Indien und Amerika bestehen zu können. Europa muss sich auch politisch stärker positionieren. Wir werden irgendwann ein Kerneuropa bekommen. Ich setze diesbezüglich große Hoffnungen auf das Einlenken von Angela Merkel und Emmanuel Macron.

1995 bis 2003 leiteten Sie das ZDF-Studio in New York. Viele erinnern sich noch heute an Ihre Liveberichterstat-

tung über die Anschläge am 11. September.

Ich habe in New York das ZDF-Studio gegründet und eröffnet. Das einschneidende Ereignis in meiner journalistischen Karriere war der 11. September, an dem wir ununterbrochen live berichteten – ich unter anderem zusätzlich auch für die ARD, weil ich der einzige vor Ort war. Der Korrespondent der ARD war auf Reisen in Kanada. Damals waren ja die Flughäfen, die U-Bahn, die Brücken, die Tunnel gesperrt. New York war paralytisch, keiner kam mehr raus und rein. Wir hatten praktisch im Studio campiert. Unser Hochhaus wurde geräumt, wir waren die einzigen, die drin bleiben durften. Vom 34. Stockwerk aus hatten wir einen Direktblick auf die Twintowers und konnten also das ganze Drama mitverfolgen. Damals hieß es, dieser Tag würde die Welt verändern.

Diese Aussage hat sich bis heute bestätigt.

Diese Vorstellung hatte ich damals für sehr pathetisch gehalten. Heute wissen wir, dass sie leider, leider richtig war. Ich nenne nur die Stichworte Irak, Afghanistankrieg, IS und internationaler Terrorismus.

Inwieweit sind Sie subjektiv betroffen, wenn Sie als Journalist über etwas berichten, was menschlich hochproblematisch ist? Auf der einen Seite wird von Ihnen eine sachliche Berichterstattung gefordert, auf der anderen Seite schwingt doch eine persönliche Emotionalität bei der Wahrnehmung mit?

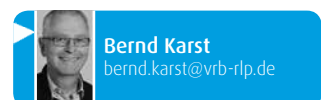
Ich werde oft gefragt, wie hast Du das erlebt? Ich war damals mit meiner Frau und meinen drei Töchtern in New York. Als die Kinder zuhause waren, konnte ich kurz mit ihnen telefonieren, was auch sehr schwierig war, weil das gesamte Telefonnetz zusammengebrochen war. In solch einer Situation entwickelt man eine Professionalität, die Arbeit fordert einen unablässigen Einsatz. Es kommen dauernd Anfragen, kannst Du dies oder jenes recherchieren und darüber berichten. Es war das erste Mal in der deutschen Fernsehgeschichte, dass die Öffentlich-Rechtlichen praktisch live sendeten. Ich war so lange damit beschäftigt, Informationen zu sammeln, zu ordnen, zu gewichten, dass ich für Emotionen keine Zeit hatte. Die ganze

Dimension des Leidens, die ist mir erst viel später sichtbar und spürbar geworden, als ich mit betroffenen Familien – Mutter tot, Kind tot – gesprochen hatte. Ich hatte viele Beispiele journalistisch verfolgt, und dann – erst zwei, drei Wochen später – wurde die ganze Emotion für mich erlebbar.

Das Interview wird fortgesetzt. Im nächsten Heft begründet Udo van Kampen, warum wir ein starkes Europa brauchen. Darüber hinaus erinnert er sich an seine Interviews mit Donald Trump und gibt zum Schluss den Blick frei auf seine persönlichen Erfahrungen mit Schule.



Fotos: VRB



Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de

► NEUWAHLEN BEIM PHILOLOGENVERBAND

Cornelia Schwartz wiedergewählt

Der Philologenverband befasste sich in seiner jüngsten Vertreterversammlung mit aktuellen schul- und bildungspolitischen Themen: Unterrichtsversorgung, Einstellungssituation, Lehrkräftebildung, Inklusion und Herausforderungen durch die Digitalisierung.

Für guten Unterricht braucht es die Begeisterung

Die Festveranstaltung stand unter dem Motto „Lernen ist Beziehung“. Festredner Dr. Matthias Burchardt (Uni Köln) wandte sich gegen eine Bildungsideologie, die ökonomische Prinzipien pädagogischen Grundsätzen überordnet und auf Vereinzelung statt auf Klassengemeinschaft beziehungsweise gesellschaftlichen Zusammenhalt setzt. Er machte Mut zur Rückbesinnung auf traditionellen Unterricht, auf das Vermitteln, das gemeinsame Entdecken, Erleben und Diskutieren. „Für guten Unterricht braucht es auch die Begeisterung, die sich entzündet, wenn man gemeinsam als Klasse an etwas arbeitet.“

Schwartz: Mehr Zeit für das Kerngeschäft Unterricht

Cornelia Schwartz wandte sich gegen „eine Schule für alle“ und plädierte für ein vielfältig gegliedertes Schulwesen als Garant für soziale Leistungsgerechtigkeit. Sie sprach sich insbesondere für den Erhalt der Förderschulen aus. Für die Lehrkräfte forderte sie wieder mehr Zeit für das „Kerngeschäft Unterricht“ und die pädagogische Arbeit. „Die unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Anforderungen an die Lehrkräfte sind in den letzten



Die Vertreterversammlung bestätigte Cornelia Schwartz (zweite von links) und die übrigen Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes. VRB Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler (links), Ministerin Dr. Hubig (2. v. re) und Ehrenvorsitzender Bernd Karst (rechts) gratulierten vor Ort.

Jahren immer weiter gestiegen. Damit wir auch in Zukunft in den Schulen qualitativ hochwertige Arbeit leisten können, müssen die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen dringend reduziert werden.“

Hubig: Wir müssen und wollen besser werden

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig bot konstruktiven und offenen Dialog an über den bestehenden Änderungs- und Verbesserungsbedarf. Sie unterstrich das Bemühen der Landesregierung, Schülerinnen und Schülern den höchsten Bildungsabschluss zu ermöglichen, der ihren Begabungen und Fähigkeiten entspricht. Dazu gehöre der Fortbestand der Förderschulen und die Beibehaltung des Abschlusses der

Berufsreife. Zur IQB Studie meinte sie: „Wir sind mit den Ergebnissen nicht zufrieden. Wir müssen und wollen besser werden.“

Jürgen Kettner, stellvertretender Vorsitzender des dbb Rheinland-Pfalz, erntete Beifall für die Aussage, dass Lehrer keine Leiharbeiter seien.

Text und Foto: Wolfgang Wünschel

► NEUWAHLEN BEIM VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG

Gerhard Bold bleibt Vorsitzender

Unter dem Leitmotiv „Für starke Schulen in einer gerechten Gesellschaft“ tagte die Delegiertenversammlung des VBE Anfang November, um einerseits verbandspolitische Leitanträge zu beschließen und andererseits einen neuen Landesvorstand zu wählen.

Gerhard Bold forderte in seiner Eröffnungsrede von der Bildungspolitik gerechte Bedingungen in den Schulen ein. Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig hob in ihren Ausführungen die Realschule plus hervor, deren Stärkung das erklärte Ziel im gemeinsamen Koalitionsvertrag der Regierungsparteien sei. Starke Schulen und eine gerechte Gesellschaft seien dabei auch für sie ein großes Anliegen. Die dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz betonte in ihrem Grußwort das Engagement der dbb-Ver-

bände und dankte für deren gute Zusammenarbeit. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch den Festvortrag von Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli (Uni Koblenz-Landau), der in seinem kurzweiligen Vortrag auf unterschiedliche politische Kommunikationsformen im Zeitalter des Postfaktischen einging.

Text: Timo Lichtenthäler
Foto: Hjalmar Brandt



Die Versammlung bestätigte den langjährigen Landesvorsitzenden Gerhard Bold (re.) im Amt. Mit Lars Lamowski, Sabine Mages, Oliver Pick, Alexander Stepp und Barbara Mich wurden neue Vertreterinnen und Vertreter für den Landesvorstand gewählt. VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler (li.) gratulierte vor Ort.

► PERSONALNOTIZ

Rosemarie Höh-Eymael koordiniert Schulabteilung der ADD-Außenstelle Neustadt



Rosemarie Höh-Eymael, Leiterin des Referates Schulaufsicht, Schulberatung und Schulentwicklung Realschulen Plus in Neustadt, übernimmt die Funktion der Koordinierenden Referentin bei der Außenstelle der ADD in Neustadt an der Weinstraße.

Sie löst damit den Leiter des Referats Gymnasien, Gesamt-

schulen und Kollegs Michael Mosbach ab, der in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Rosemarie Höh-Eymael studierte an der Universität Mainz Germanistik und Anglistik und begann ihre berufliche Tätigkeit bei der Realschule Haßloch. Danach war sie an der Realschule in Rockenhausen tätig und wurde 1997 zur Kon-

rektorin der Realschule Grünstadt ernannt. 1999 wurde sie Rektorin an der Carl-Orff-Realschule in Bad Dürkheim und wechselte 2002 zur Schulaufsicht.

Hr/Quelle: Pressemitteilung der ADD vom 22.12.17 (Archivfoto Berneburg; VRB-Fachkongress 2017)

► JAHRESTAGUNG SCHULEWIRTSCHAFT

„Ich kann – Du kannst – Wir können – Selbstwirksamkeit in Schule und Betrieb“

Die Jahrestagung SCHULEWIRTSCHAFT stand in diesem Jahr unter dem Motto „Ich kann – Du kannst – Wir können – Selbstwirksamkeit in Schule und Betrieb“. Ganz verschiedene Sichtweisen zu diesem Thema wurden präsentiert und diskutiert.

Die Landesvorsitzende Doris John machte in ihrem Grußwort deutlich, dass Selbstwirksamkeit ein ständiger Begleiter im schulischen Alltag ist.

Der Präsident der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU), Dr. Gerhard F. Braun stellte die Sicht der Wirtschaft in den Vordergrund. Er erörterte die Frage, wie Selbstwirksamkeit in Betrieben greifen kann, um z. B. eine hohe Abbrecherquote bei den Auszubildenden zu vermeiden, hohen Anforderungen gerecht zu werden oder auch Mitarbeiter langfristig an ein Unternehmen zu binden.

Selbstwirksamkeit im Schulgesetz verankert

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig stellte dar, dass das Prinzip der Selbstwirksamkeit im rheinland-pfälzischen Schulgesetz verankert ist und dass die Schulen in vielen Bereichen an der Stärkung von Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schülerinnen und Schüler arbeiten.

Durch vielfältige Beispiele machte sie deutlich, wie Persönlichkeit gestärkt und dadurch Selbstbewusstsein geschaffen wird. Dr. Hubig verwies hier z. B. auf die Potenzialanalyse, das Konzept der Berufs- und Studienorientierung, die MINT-Initiative und auch die vielen Präventionsprogramme, die an den Schulen umgesetzt werden.



Dem Vortrag folgte eine Diskussion, u. a. mit Dr. Gerdamarie S. Schmitz (links) und Michael Steuler (SCHULEWIRTSCHAFT Rheinland-Pfalz – rechts) über die Möglichkeiten der Umsetzung von Selbstwirksamkeit in Schule und Betrieb. Beispiele aus der Praxis wurden vorgestellt und diskutiert.

Hauptreferentin der Tagung war die Psychologin Dr. Gerdamarie S. Schmitz, die das Publikum mitnahm auf eine „Bildungsreise“ und aus psychologischer Sicht die Entstehung von Selbstwirksamkeit anschaulich erklärte.

Text und Foto: Heidi Becker

► VRB IM GESPRÄCH MIT BILDUNGSMINISTERIN DR. STEFANIE HUBIG

„Bildungspolitik ist kein Spaziergang“



Gesprächsteilnehmer Bildungsministerium: Ministerin Dr. Stefanie Hubig (4. v. li.), MR'in Christiane Schönauer-Gragg (4. v. re.), Ltd. MR Bernd Weirauch (3. v. re.), Ltd. MR Johannes Jung (2. v. re.); VRB-Vorstand: Timo Lichtenthäler (3. v. li.), Michael Eich (2. v. li.), Bernd Karst (li.), Wilfried Rausch, Erwin Schneider (re.)

Die schulpolitischen Herausforderungen sind nicht geringer geworden. Im Gegenteil. Die Unzufriedenheit mit den schulischen Rahmenbedingungen wächst spürbar, demzufolge verstärken sich die Erwartungen und Forderungen an die Politik – insbesondere die unseres Verbandes. Im „Oktober-Gespräch“ mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig konzentrierte sich der VRB auf die Themen „Weiterentwicklung der Realschule plus“, „Arbeitsbedingungen“ und „Besoldung“. Auf der Tagesordnung standen des Weiteren die im Nachgang noch detailliert zu erörternden „Dauerbrenner“: „Lehrerversorgung“, „Integrierte Gesamtschule“, „Fachoberschule“, „Inklusion“ und „Digitalisierung“.



Informationskampagne: Ministerin will sich „noch einiges Neues“ einfallen lassen
„Die Weiterentwicklung der Realschule plus sehen wir als unverzichtbare Prämiss-

se für eine erfolgreiche Schulpolitik insgesamt,“ so der VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. Im Gespräch des VRB mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig unterstrich der Verbandschef die Bedeutung der Informationskampagne und forderte eine noch stärkere Beratungseinbindung der Grundschulen, um den Eltern die Attraktivität der Realschule plus aufzuzeigen. Ministerin Dr. Hubig sicherte eine Fortsetzung der in Mainz begonnenen Informationstage zu. Anvisiert seien Schulstandorte in den Regionen Südpfalz und Trier. Die Informationskampagne benötige Nachhaltigkeit. „Wir werden uns noch einiges Neues einfallen lassen!“, kündigte die Ministerin vielversprechend an.

Der VRB unterstrich, dass die Grundschulen eine Schlüsselfunktion hinsichtlich der Schullaufbahnberatung besitzen. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, dass das Ministerium realschulrelevantes Informationsmaterial auch den Grundschulen zur Verfügung stelle. Hilfreich seien auch gemeinsame regionale Dienstbesprechungen von Schulleitungen aus dem Bereich der Grundschule sowie der Realschule plus. Der VRB erklärte, dass Lehramtsstudierende bereits in der ersten Phase ihrer Ausbildung einen umfassenden Einblick in das Profil der Realschule plus gewinnen müssten. Der vergleichsweise geringere Bekanntheitsgrad dieser Schulart fördere falsche Vorstellungen und schulische und berufliche Fehlentscheidungen. Ministerin Dr. Hubig sicherte zu, die diesbezüglichen VRB-Anregungen aufzunehmen.

Sprachförderlehrkräfte mit befristeten Verträgen

Der VRB beanstandete, dass die Verträge mit Sprachförderlehrkräften lediglich auf zwei Jahre befristet sind. Viele Verträge laufen zum 31.01.2018 aus. Dies sei hinsichtlich der Bedarfssituation kontraproduktiv. Zu befürchten sei, dass den Schulen massive Probleme bevorstünden,

wenn die für den Sprachunterricht der „Migrantenkinder“ eingesetzten Lehrkräfte ausfallen würden. Dr. Hubig erklärte, dass solche befristete Verträge sachgrundlose Beschäftigungen für solche Personen ermöglichen, die aufgrund bestimmter, fehlender beruflicher Qualifikationen nicht dauerhaft in den Schuldienst eingestellt werden können. Die Höchstbefristungsdauer von zwei Jahren dürfe aus rechtlichen Gründen nicht überschritten werden, da andernfalls ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis entstünde. Eine Karenzzeit von einem halben Jahr bis zur Wiederbeschäftigung sei daher einzuhalten. Der VRB forderte geeignete Lösungen zur Überbrückung dieser unterrichtlichen Vakanz und zur sozialen Absicherung des betroffenen Personenkreises.

Angebotsvielfalt der Schulen muss erhalten bleiben

Der VRB monierte, dass die ursprünglich zur Profilbildung vorgesehenen „Poolstunden“ zweckentfremdet eingesetzt würden. Bestätigt wurde seitens des Ministeriums, dass mehr als die Hälfte der Gesamtsumme der Poolstunden für die Sprachförderung verwendet würden. Der VRB wies darauf hin, dass Schulen ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten zur Schärfung des schuleigenen Profils benötigten. Die Verlagerung der Poolstunden in Richtung Sprachförderung schränke den Handlungsspielraum der Schulen ein und reduziere die Angebotsvielfalt der Schule.

Unzureichende Rahmenbedingungen

Der VRB forderte neben einer konsequen-



ten Weiterentwicklung der Realschule plus eine Verbesserung der personellen und sächlichen Rahmenbedingungen.

Beispielhaft sei erforderlich: eine Erhöhung der Anrechnungspauschale von 1/3 auf 3/3, die Reduzierung der Wochenarbeitszeit vor dem Hintergrund der zunehmenden „ungebundenen Arbeitszeit“ sowie die Reduzierung der Klassenmessenzen nach der Klassenstufe 6.

Die Ministerin verwies auf die unlängst getätigten Investitionen der Landesregierung: die Schaffung der Funktion des didaktischen Koordinators/ der didaktischen Koordinatorin, die Anhebung von jeweils 600 Planstellen in den beiden Haushaltsjahren von der Besoldungsgruppe A12 auf A13 (Einweisung von Lehrkräften nach erfolgreich abgelegter Lehrkräfte-Wechselprüfung II) sowie die Reduzierung der Klassenmessenzen in den Klassenstufen 5 und 6 der Realschule plus.

Der VRB räumte die positive Wirkung dieser Maßnahmen ein, verwies jedoch wiederholt auf die spezifische Ausgangslage



der Realschule plus als Schulart mit der vergleichsweise am stärksten ausgeprägten Heterogenität der Schülerschaft.

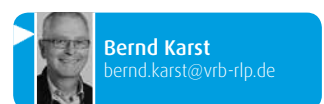
Besoldung der Lehrkräfte und Schulleitungen

Der VRB erinnerte, dass Rheinland-Pfalz länderspezifisch das Schlusslicht bei der Besoldung seiner Beamten bilde. Die Erwartungen und Anforderungen des Dienstherrn seien kontinuierlich gestiegen, die Besoldung hingegen werde dem daraus erwachsenen Anspruch nicht mehr gerecht. Ministerin Dr. Hubig verwies auf die hohen Haushaltsbelastungen infolge der Besoldungsanhebung für 1.200 Lehrkräfte von A12 auf A13. Darüber hinaus böte das Land Rheinland-Pfalz gegenüber anderen Bundesländern Vorzüge, die sich auch in der Lebensqualität widerspiegeln.

Der VRB bekräftigte seine Forderung mit dem Hinweis, dass im Wettbewerb um die Akquise qualifizierter Lehrkräfte für den Schuldienst in RLP auch die Besoldung ein zentraler Entscheidungsfaktor darstelle. Dies gelte gleichermaßen mit Blick auf die Berufszufriedenheit der Lehrkräfte und Schulleitungen.

Ministerin Dr. Hubig betonte, dass „Bildungspolitik kein Spaziergang“ sei. Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler resümierte, dass der schulpolitische Status quo zahlreiche Herausforderungen aufzeige. Der Verband Reale Bildung erwarte daher, dass das Ministerium die Situation der Lehrkräfte im Blick behält, Belastungen abbaut und Entlastungen schafft, damit die Qualität schulischer Arbeit auch perspektivisch gewährleistet sei.

Fotos: Wilfried Rausch



► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 17. NOVEMBER 2017

Fachoberschule: VRB begrüßt Chancenzuwachs durch Optionserweiterung

Der Verband Reale Bildung (VRB) begrüßt die Einrichtung zusätzlicher Fachrichtungen für die Fachoberschulen an Realschulen plus.

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig entspricht damit einer langjährigen Forderung des VRB. Die Erweiterung um die bisher zugelassenen Fachrichtungen an vier Realschulen plus mit Fachoberschule in Altenkirchen, Bad Bergzabern, Landau und Pirmasens eröffnet Schülerinnen und Schülern nicht nur an diesen Schulstandorten, sondern auch an den Schulen im jeweiligen regionalen Einzugsbereich neue Perspektiven.

„Gestaltung, Agrarwirtschaft sowie Bio- und Umwelttechnologie sind Fachbereiche von größter Bedeutung mit Blick auf den Arbeitsmarkt sowie vor dem Hintergrund der spezifischen schulischen und beruflichen Interessen Jugendlicher“, erklärt der VRB-Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler. Der Verband Reale Bildung fordert daher die Einbeziehung weiterer Realschulen plus mit Fachoberschulen bei der Weiterentwicklung der Fachrichtungen. In Rheinland-Pfalz gibt es aktuell 32 Realschulen plus mit Fachoberschulen. Die Attraktivität und die Optionserweiterung der Fachoberschulen an den Realschulen plus wer-

den zusätzliche Anträge durch die Schulträger hervorrufen, so die Prognose des VRB. Auch die Wirtschaft sei auf eine Stärkung der Realschulen plus angewiesen.

Gleichzeitig bemängelt der Verband Reale Bildung, dass die bei anderen Oberstufenangeboten üblichen besonderen Arbeitszeit- und Besoldungsbedingungen für Lehrkräfte und Schulleitungen an den Realschulen plus mit FOS immer noch nicht umgesetzt worden sind. Hier bestehe für das Ministerium ein Handlungsbedarf.

HINTERGRUND

Die Fachoberschule (FOS) ist in Rheinland-Pfalz organisatorisch den Realschulen plus angegliedert. An landesweit 32 Standorten können Schülerinnen und Schüler in einem zweijährigen, berufsorientierten Bildungsgang die Fachhochschulreife erwerben.

Mit dem Erwerb der Fachhochschulreife nach der 12. Klasse können Schülerinnen und Schüler entweder ein Studium an einer Fachhochschule beginnen oder eine Berufsausbildung aufnehmen. Weiterhin gibt es die Möglichkeit, an die Berufsoberschule II zu wechseln und dort in einem weiteren Schuljahr die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife zu erwerben. In 13 Jahren gelangt man so zum Abitur, das dem des Gymnasiums gleichwertig ist.

Damit bietet die Realschule plus ein großes Plus an Aufstiegsmöglichkeiten. Für die Eltern und ihre Kinder bedeutet dies auch verbesserte Zugänge zu höheren Abschlüssen.

Das Bildungsministerium hat eine FOS-Weiterentwicklung auf den Weg gebracht. Ziele sind unter anderem eine stärkere Profilbildung bereits bestehender Angebote und eine Ausweitung der Fachrichtungen. Die Umsetzung startet zum Schuljahr 2018/2019.

Als Fachrichtungen werden in der FOS derzeit Wirtschaft und Verwaltung, Gesundheit und Soziales mit dem Schwerpunkt Gesundheit sowie Technik mit den Schwerpunkten Metalltechnik oder Technische Informatik angeboten. Durch eine stärkere Profilbildung in den bestehenden Fachrichtungen wird eine Vertiefung und Spezialisierung ermöglicht. Für die Fachrichtung Wirtschaft und Gesellschaft beispielsweise sieht das Konzept unter anderem eine Profilbildung in den Bereichen Internationale Wirtschaft, Tourismus oder E-Commerce vor.

Eine vertiefende Profilbildung bildet die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt ab und erlaubt den Schulen die individuelle Anpassung an regionale Strukturen. Das steigert die Attraktivität der Fachoberschule.

Als Angebot für kreative und künstlerisch begabte Schülerinnen und Schüler soll die Fachrichtung „Gestaltung“ eingeführt werden. Die neue Fachrichtung „Bio- und Umwelttechnologie“ bereitet auf Berufsfelder wie die chemische Industrie, die Pharmaindustrie oder Berufe im Kontext erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft vor. Die beiden neuen Schwerpunkte sollen zunächst im Rahmen von Schulversuchen erprobt werden.

Quelle: BM-Newsletter vom 14.09.2017



IQB-Bildungstrend an Grundschulen: Leistungsniveau im **Sinkflug**

Das Berliner Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) hat im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) in einer Leistungsstudie untersucht, inwieweit Grundschüler Mindeststandards erreichen. An den Tests aus dem Jahr 2016 waren 29.259 Viertklässler aus 1.508 Grund- und Förderschulen beteiligt.

Der im Herbst 2017 veröffentlichte Vergleich mit Ergebnissen aus dem Jahr 2011 zeigte eine signifikante Senkung des Leistungsniveaus. Der Anteil der Kinder, die die Regelstandards im Bereich Orthografie erreichen oder übertreffen, sank laut KMK zwischen 2011 und 2016 von 65 auf 55 Prozent. In Mathematik fiel dieser Anteil von 68 auf 62 Prozent. Auch im Bereich Zuhören, der in das Fach Deutsch fällt, gab es eine negative Entwicklung. Außerdem wurden beachtliche Unterschiede zwischen den Bundesländern offenbar (siehe Grafik auf der nächsten Seite).

Schule als pädagogisches Experimentierfeld

Seit Jahrzehnten ist die Grundschule ein pädagogisches Experimentierfeld: mathematische Mengenlehre statt Rechnen, Abschaffung der Ziffernnoten in den ersten drei Klassen, flexibles Einschulungsalter, Reduzierung des Grundwortschatzes, Schreiben nach Gehör, Druckschrift statt Schreibschrift, Reduzierung der Wochenstundenzahl, Kuschelecken im Klassenzimmer, „spielerischer“ Fremdsprachenunterricht usw. Bildungsrealisten haben stets vor übertriebenem Reformeifer gewarnt und gefordert, dass als Grundlage für die weiterführenden Schulen solides Lesen, Schreiben und Rechnen im Vordergrund stehen müssen.

Reaktionen aus Politik und Medien

Die Studie hat unter Bildungstheoretikern sowie in der Politik und in den Medien Entsetzen und Betroffenheit ausgelöst, vor allem auch in unserem Bundesland Rheinland-Pfalz. Die gewohnte Reaktion: „Hier muss ‚etwas‘ geschehen!“. Einige Beispiele:

- „Ein hochtechnisiertes Industrieland und ein Kulturstaat wie Deutschland darf sich nicht damit abfinden, dass innerhalb von 5 Jahren ... derart massive Leistungsabfälle zu beobachten sind.“ Hans-Peter Meidinger, Deutscher Lehrerverband (DL), 13.10.17
- „Die Länder haben die Grundschulen vernachlässigt.“ GEW-Pressemitteilung vom 13.10.17
- „Tatsache ist, dass die IQB-Bildungsstudie den rheinland-pfälzischen Grundschulkindern in den getesteten Bereichen Zuhören, Lesen, Orthografie und Mathematik unterdurchschnittliche Leistungen bescheinigt.“ Cornelia Schwartz, Philologenverband RLP, 18.10.17
- „In Zeiten voller Staatskassen gibt es keine Begründung für schlecht ausgestattete Schulen. Der Bildungstest an Grundschulen ist beschämend.“ Wilfried Folz, DIE RHEINPFALZ, 14.10.17
- „Schreiben und Rechnen: Note 6! Das Bildungsniveau unserer Schüler ist massiv gesunken! Wir haben bundesweit Handlungsbedarf!“ BILD, 13.10.17
- „Ausgerechnet in Berlin, das sich noch immer eine sechsjährige Grundschule leistet, sind die Ergebnisse ähnlich wie in Bremen besonders schlecht.“ Heike Schmall, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.10.17
- „Das ist ein Alarmsignal. Rheinland-Pfalz ist nicht ganz so stark

KOMPETENZEN VON GRUNDSCHÜLERN			
Schüler der vierten Klasse/Mittelwerte	Lesekompetenz	Mathematische Kompetenz	
Bayern	514	508	
Sachsen	509	507	
Schleswig-Holstein	501	486	
Hessen	499	484	
Saarland	498	493	
Sachsen-Anhalt	497	496	
Thüringen	493	487	
Baden-Württemberg	492	486	
Brandenburg	492	484	
Mecklenburg-Vorpommern	490	477	
Niedersachsen	490	473	
Hamburg	487	469	
Rheinland-Pfalz	485	478	
Nordrhein-Westfalen	480	471	
Berlin	475	446	
Bremen	444	418	
Deutschland (Durchschnitt) 2011: 500, 2016: 493		2011: 550, 2016: 483	

wie Baden-Württemberg abgerutscht, aber zeigt sich im Bundesstrend auch nicht als Ausreißer nach oben.“ Armin Himmelrath, Bildungsexperte, SWR, 13.10.17

- „Genau die Schwierigkeiten, die von den Schulen bereits jetzt nicht mehr hinreichend bewältigt werden, vermehren sich mit Flüchtlingskindern dramatisch.“ Boris Palmer, Oberbürgermeister von Tübingen, The European, 25.10.17
- „Mit einem solchen Ergebnis kann man nicht zufrieden sein. Wir werden nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.“ Stefanie Hubig, Pressemitteilung des Bildungsministeriums, 24.10.17
- „Manchmal kommt die Wahrheit über die desaströsen Folgen ‚progressiver‘ Schulpolitik, pädagogischer Schwärmerei und rot-grüner Ideologie doch noch ans Licht.“ Josef Kraus, ehem. DL-Präsident, 14.10.17
- „Gerade in den Bundesländern, in denen in den vergangenen Jahren bildungspolitische Experimente auf Kosten von Qualität und Leistungsanforderungen gemacht wurden, müssen nun die Weichen dringend wieder realistisch gestellt werden.“ Jürgen Böhm, VDR-Bund, 13.10.17

Ursachenanalyse

Leider begnügen sich die meisten Veröffentlichungen mit der Schilderung der Misere. Wenig ist über die Gründe zu lesen. Neben der oben beschriebenen pädagogischen Experimentierfreude hängen die schlechten Ergebnisse auch mit der veränderten Schülerschaft zusammen. Da ist zunächst der gewachsene Anteil der Migrantenkinder und der Kinder aus sozial schwachen Milieus.

Die große Heterogenität überfordert die Lehrkräfte mehr und mehr. Dazu kommt, dass die Inklusion das Durchschnittsniveau beeinflusst. Bedenkt man, dass die Erhebung 2016 stattgefunden hat, also bevor die Flüchtlingskinder in großer Zahl die Regelklassen erreichten, und dass die Inklusion weiter fortschreitet wird deutlich, dass die nächste Untersuchung eine weitere Niveausenkung offenbaren wird.

Der Kinderpsychiater Michael Winterhoff macht in einem Interview mit der WELT Eltern und Politik verantwortlich. Unser „Laissez-faire-Bildungssystem“ und „Helikoptereltern“ würden bei den Kindern zu einer fehlenden Frustrationstoleranz und zu gravierenden Reifeverzögerungen führen.

Dazu kommt die Ghettoisierung mancher Stadtteile in Großstädten, wie sie von der Schulleiterin der Berthold-Otto-Grundschule im Frankfurter Stadtteil Griesheim in der WELT (5.11.17) beschrieben wird: „Zu den Sprachschwierigkeiten kommen schlimmste soziale Verhältnisse, Eltern mit psychischen Störungen, Alkoholiker, Leute die morgens einfach nicht aufstehen. Menschen mit Migrationshintergrund hat es hier immer gegeben, zuerst Gastarbeiter aus der Türkei und aus Jugoslawien, dann Aussiedler aus Polen, Rumänien und Russland. Jetzt sind auch noch Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan dazugekommen. Jede Zuwanderergeneration hatte ihre Schwierigkeiten, aber damit konnte man schon fertig werden. Meine Kollegen und ich beobachten allerdings, wie Lern- und Leistungsbereitschaft stetig abnehmen: Was ich vor 20 Jahren mit Zweitklässlern machen konnte, das schaffen heute die Viertklässler kaum.“

Konsequenzen

Es ist nicht damit zu rechnen, dass die 2016 vermessenen Viertklässler ihre erheblichen Kompetenzrückstände in den nächsten Jahren aufholen werden. So wird sich die Niveausenkung in den weiterführenden Schulen mit ähnlicher Dynamik fortsetzen. Es ist also dringend gegenzusteuern.

Parteien und Gewerkschaften fordern die Reduzierung des Unterrichtsausfalls und die Einstellung neuer und qualifizierter Lehrkräfte. Heike Schmoll fordert in der FAZ (26.10.17): „Grundschule muss den Leistungsgedanken wiederentdecken und sich ihrer Verantwortung für die Bildungsbiographie der Schüler bewusst werden. Der Unterricht wird also anspruchsvoller und die Lehrer werden besser ausgebildet sein müssen. Doch wer wird inzwischen noch Grundschullehrer? Und wer will schon die Schulleitung übernehmen?“

Das Bildungsministerium in Rheinland-Pfalz hat sich in seiner Pressemitteilung vom 24.10.17 zum Ziel gesetzt, „die Ergebnisse mit allen an Schule Beteiligten zu analysieren und gemeinsam Wege zu finden, um besser zu werden. Wo notwendig und sinnvoll werden wir gemeinsam mit den Lehrkräften nachjustieren und neue Maßnahmen in Angriff nehmen. In einem ersten Schritt diskutieren und bewerten wir die Ergebnisse mit Vertreterinnen und Vertretern der Lehrerverbände, der Elternschaft, der Schulbehörde, des Hauptpersonalrats und des Pädagogischen Landesinstituts – dabei wird es keine Denkverbote geben. Beispielsweise haben wir uns im Ministerium bereits Gedanken über Einführung eines einheitlichen Grundwortschatzes gemacht und darüber, wie man mehr Verbindlichkeit und Stringenz beim Üben herstellen kann.“

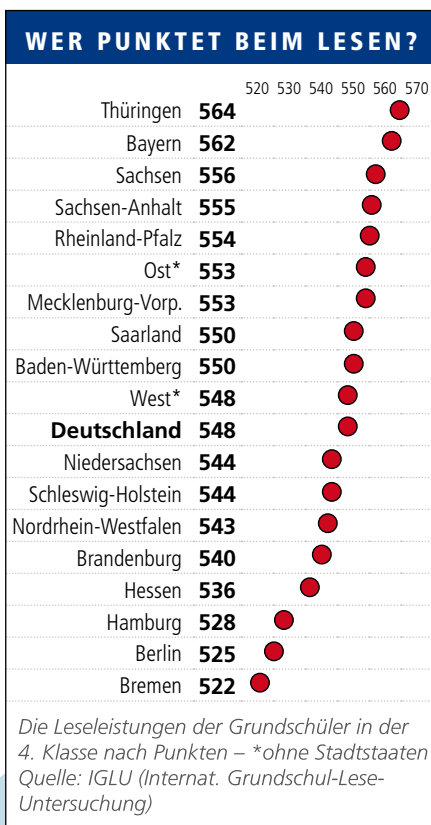
Man darf gespannt sein, ob dem Schock wirksame Maßnahmen folgen werden.



Ein Fünftel der Grundschüler kann nicht richtig lesen

Nach den wenig erfreulichen Ergebnissen der IQB-Untersuchung weist nun die IGLU-Studie nach, dass es in Deutschland bezüglich der Lesekompetenz der Grundschüler keine Verbesserungen im Vergleich zu 2001 gegeben hat.

Dadurch, dass andere Länder die Leseleistung der Zehnjährigen verbessern konnten, fällt Deutschland trotz zahlreicher Förderprogramme im internationalen Vergleich vom fünften auf den 15. Rang zurück. Das stellt die im Herbst 2017 veröffentlichte IGLU-Studie für 2016 fest. „Eine Bankrotterklärung für viele deutsche Grundschulen“ konstatiert die FAZ am 5.12.17. Sie beklagt fehlende verpflichtende Sprachstandtests und Sprachförderprogramme schon vor Schulbeginn, um herkunftsbedingte Unterschiede aufzufangen.



Große Heterogenität

Der Anteil der Grundschüler, von denen entweder ein Elternteil oder beide aus dem Ausland kommen, ist von 2001 bis 2016 um die Hälfte gestiegen, was sich auf die Durchschnittsergebnisse der Studie auswirkt. Diese Kinder können im Schnitt schlechter lesen als Klassenkameraden mit deutschen Eltern. Einige haben noch Schwierigkeiten mit den Verben, andere mit den Artikeln. Manche haben vielleicht im Kindergarten mühsam Deutsch gelernt, zu Hause wird aber nur Türkisch, Arabisch oder Russisch gesprochen.

Elterneinfluss

Zunehmend wird klar, dass auch Eltern in die Pflicht genommen und dabei gegebenenfalls unterstützt werden müssen. Wer Kindern keine lesefreundliche Umgebung schafft, ihnen nie vorliest, nicht mit ihnen redet, in den ständig laufenden Fernseher starrt oder am Handy spielt, der kann auch nicht erwarten, dass sich die Kinder für Bücher begeistern. Wen wundert es da, dass immer weniger Kinder freiwillig täglich lesen.

Auswirkungen auf weiterführende Schulen

Die WELT vom 5.12.17 bemerkt: „Für die Grundschulen interessierte sich lange keiner. Sie taugten nicht als Feld für bildungspolitische Schlachten.“ Die Debatte um die Zweigliedrigkeit, um G8 oder G9-Gymnasium bestimmte die Diskussion der vergangenen 15 Jahre. Diese Vernachlässigung der Primarstufe rächt sich nun .

In einer Pressemitteilung des rheinland-pfälzischen Philologenverbandes vom 7.12.17 warnt Cornelia Schwartz vor den Auswirkungen auf die Sekundarstufe: „Die weiterführenden Schulen können schlicht nicht aufarbeiten, wozu Grundschulen aufgrund der vielfältigen Probleme vor Ort nicht in der Lage sind. Wir müssen verlässlich auf den Grundlagen aus der Grundschule aufbauen können, sonst werden wir unseren eigentlichen Aufgaben am Gymnasium, an der Integrierten Gesamtschule oder an der Realschule plus nicht mehr gerecht.“

Alle Ergebnisse der Studie finden sich im Internet unter www.ifs.tu-dortmund.de/cms/de/Forschung/Gesamtliste-Laufende-Projekte/IGLU-PIRLS-2016.html

Fundsache: „Das ist eine irre Zahl“

„...Ich habe vergangene Woche eine Zahl gelesen, die mir keine Ruhe lässt. Bildungsforscher haben den Stand der Leseleistung weltweit verglichen, das machen sie alle fünf Jahre. Das Ergebnis für Deutschland ist desaströs, anders lässt es sich nicht sagen...“

Ein Fünftel partielle Analphabeten unter den Zehnjährigen, das ist eine irre Zahl. Ich hatte erwartet, dass ein Aufschrei durchs Land gehen würde. Eigenartigerweise wurde der Befund, der für die Zukunft unseres Landes bedeutsamer ist als jede andere Debatte, eher achselzuckend zur Kenntnis genommen...“

Quelle: Jan Fleischhauer: Neue Klassengesellschaft (Spiegel online 14.12.2017)
Gefunden von Rolf Monnerjahn, Emmelshausen



Auf ein WORT,



... Frau Fischer!

Immer mal wieder trifft man bei Veranstaltungen auf Menschen, deren Tätigkeiten, deren Haltung, deren Ideen oder Visionen wir als interessant, hilfreich und weiterführend empfinden. Zeit für ausführliche und vertiefende Gespräche bleibt in der Regel nicht. Die Lösung ist das knappe Stichwortinterview unter dem Titel „Auf ein Wort...“. Das letzte führte Wilfried Rausch kurz vor dessen Verabschiedung mit Herbert Petri, dem Leiter der Stabsstelle Berufs- und Studienorientierung und Fachkräftesicherung.

Brigitte Fischer nimmt seit 1. Juni 2015 die Aufgaben der Leiterin der Schulabteilung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion wahr. In der Ausübung ihrer Tätigkeit profitiert sie von den vielfältigen Erfahrungen, die sie in ihrem beruflichen Werdegang sammeln durfte. Sie kennt als ehemalige Lehrerin an Berufsbildenden Schulen, Personalratsmitglied und Leiterin einer Berufsbildenden Schule das Innenleben einer Schule sehr genau.

Als Leiterin des Referates Berufsbildende Schule und als Koordinierende Referentin der Außenstelle Schulaufsicht Koblenz hat sie über viele Jahre die Schulen als Schulaufsichtsbeamtin begleitet und sich das notwendige Verwaltungswissen angeeignet. Sie übt ihre Leitungsaufgaben am Ende ihrer beruflichen Laufbahn engagiert und mit großer Zufriedenheit aus.

Aufgabenbereich der Leiterin der Schulabteilung

Zu meinem Aufgabenbereich gehören fünfzehn schulische Fachreferate und drei landesweite Referate, die jeweils an den drei Standorten angesiedelt sind. Die besondere Herausforderung der Leitung der Schulabteilung besteht darin, die Zusammenarbeit zwischen den Referaten zu fördern, so dass an allen drei Standorten ein abgestimmtes und einheitliches Verwaltungshandeln realisiert wird.

Entwicklung der Realschule plus

Die Realschule plus ist für mich eine wichtige Schulart, die mit den Schülerinnen und Schülern praxisorientiert arbeitet und sie indivi-

duell fördert. Die Arbeit der Realschule plus hebt sehr stark darauf ab, die Stärken einer jeden Schülerin und eines jeden Schülers zu entwickeln. Zudem garantiert diese Schulart die Durchlässigkeit innerhalb unseres Bildungssystems.

Für die weitere Entwicklung ist es wichtig, in der Außendarstellung noch mehr die Stärken der Schulart herauszustellen und vor allem deutlich zu machen, welchen Beitrag die Realschule plus in unserer heutigen Gesellschaft leistet. Aus meiner Sicht ist hier jede Realschule plus gefordert, eine kontinuierliche Pressearbeit vor Ort zu leisten. Dabei empfehle ich, die Schülerinnen und Schüler in die verschiedenen Aktivitäten miteinzubeziehen. Ich habe an einem „Tag der Berufsorientierung“ erleben dürfen, wie Schülerinnen und Schüler sich und ihre Schulart präsentierten und damit die Anwesenden begeistern konnten.

Schularten im Wettstreit um Schülerinnen und Schüler

Die Schularten dürfen sich aus meiner Sicht nicht vorrangig als Wettbewerber definieren. Die Schulen müssen sich stärker auf die jeweilige Schülerpersönlichkeit einlassen und dabei mitwirken, dass die Schülerinnen und Schüler die Schule besuchen, wo sie am besten gefördert werden können. Dies kann gelingen, wenn die Schulen vor Ort kooperieren.

Leitlinien „Wohnortnahes Schulangebot: Hilfe oder Last“

Die Leitlinien geben einen transparenten Handlungsrahmen für den Fall vor, dass die Schülerzahlen an einer Schule nicht erreicht werden. Sie bieten von allen akzeptierte Regelungen, die den Pro-

zess eines Prüfverfahrens zur Schulschließung steuern. Aus meiner Sicht sind die Leitlinien für alle Beteiligten in erster Linie eine Hilfe. Dass in diesem Prozess ab und zu Schwierigkeiten auftreten können, ist verständlich. Allerdings möchte ich betonen, dass wir diesen Prozess gemeinsam mit den Schulträgern und Schulen gehen und Entwicklungen an den Schulen auch nach der Einleitung des Prozesses noch berücksichtigen.

Ganztagsschulen

Wir sind im Bereich der Ganztagschulen gut aufgestellt. Wir haben das Angebot der verpflichtenden Ganztagschule und das Angebot der betreuenden Ganztagschule. Diese Angebote werden von den Eltern gerne gewählt. Unser Ganztagschulkonzept setzt gezielt auf Kooperation mit den Vereinen und schafft somit Motivation, sich am Vereinsleben zu beteiligen.

Fachoberschulen

Für mich sind Fachoberschulen zunächst Schulen der Region. Der Schulträger ist für mich in der Verantwortung, bildungspolitische Entscheidungen zu treffen, die die Gewinnung von Fachkräften für die Region sichern. Die Fachoberschule kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Die Akzeptanz der Fachoberschulen ist dann hoch, wenn sie mit ihren Fachrichtungen Angebote macht, die in der Region noch nicht vorhanden sind.

Wir haben viele Global Player, die sich in kleinen Gemeinden angesiedelt haben. Diese benötigen Nachwuchskräfte, die aus den Realschulen plus wie auch aus Fachoberschulen gewonnen werden können.

Die Realschulen plus, die keine Fachoberschule haben, sollten mit den Fachoberschulen in ihrer Region eng kooperieren, weil diese die Übergänge sehr gut gestalten können. Die Realschulen plus müssen stärker verinnerlichen, dass die Fachoberschule, die an einer Realschule plus in ihrer Region angedockt ist, auch ihre Fachoberschule ist.

Die Zukunft der Dualen Ausbildung

Die Duale Ausbildung ist für mich ein wichtiger Standortfaktor von Deutschland. Sie ist für mich der Dreh- und Angelpunkt des Mittelstandes, der hauptsächlich in der Region tätig ist. Die Frage nach der Zukunft stellt sich, weil wir in manchen Ausbildungsberufen nicht mehr genügend Bewerber finden. Hier müssen wir ansetzen und analysieren, warum wir immer weniger Interessenten finden. Sicherlich müssen auch die Ausbildungsbetriebe ihre bisherige Praxis bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen überdenken. Früher waren die schulischen Leistungen und der Schulabschluss wichtige Kriterien bei der Auswahl. Heute sollten die Bereitschaft, das Engagement und die Durchsetzungskraft eines Jugendlichen, eine Ausbildung zu beginnen und abzuschließen, stärker gewichtet werden.

Die Duale Ausbildung wird von den Absolventen keineswegs gering geschätzt. Bei der Überreichung der Gesellenbriefe habe ich immer wieder erleben dürfen, wie stolz die jungen Menschen auf ihre Leistung waren und dass sie selbstbewusst ihren neuen Berufsabschnitt antreten.

Schulleitung: Personalgewinnung

Wir benötigen professionelle Schulleitung. Schulen und Schulaufsicht müssen bestrebt sein, Lehrerinnen und Lehrer auf dem Weg zur Schulleitung zu unterstützen und durch gezielte Förderung zu motivieren, eine Schulleitungsaufgabe zu übernehmen. Es ist möglich, die Lehrkräfte an den Schulen langsam mit überschaubaren Aufgaben und Projekten an Führungsaufgaben heranzuführen und ihnen Mut zu machen, sich dieser Aufgabe zu stellen. Insbesondere möchte ich den Lehrerinnen Mut machen, sich auf eine Funktionsstelle zu bewerben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist machbar. Das kann ich aus eigener Erfahrung so beurteilen.

Qualitätsentwicklung und -sicherung nach Auflösung der AQS

Die Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten sind auch verantwortlich für die Qualitätsentwicklung und -sicherung an den Schulen. Von daher haben sie Kenntnis über die Entwicklungen an ihren Schulen. Sie sorgen weiter dafür, dass sich Schulen miteinander vernetzen und sich stützen und unterstützen. Die Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten würden allerdings gerne die Schulen noch stärker in der Qualitätsarbeit begleiten. Dies ist ein Thema der Ressourcen. Bei den Schwerpunktsetzungen der Aufgabenbereiche der Schulaufsicht kann die Qualitätsentwicklung leider nicht immer die oberste Priorität haben.

Visionen und Ziele der Pädagogin Fischer

Als Pädagogin wünsche ich mir, dass jedes Kind eine Schule besuchen kann, die seine Stärken fördert, die aber auch seine Schwächen wahrnimmt und die Kinder dabei unterstützt, die Schwächen abzubauen. Für mich ist wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler der Mittelpunkt unserer pädagogischen Arbeit sind.

Fotos: Wilfried Rausch, Karin Berneburg

*Stich*WORTGEBER

war Wilfried Rausch, der Frau Fischer im November traf.



Bildungsministerium geht neue Wege

Informationsschrift Realschule plus mit Bild und Ton

Das Bildungsministerium hat eine Broschüre auf den Markt gebracht, die den klassischen Rahmen von Druckwerken sprengt. Sie ist informativ und pfiffig aufgemacht.

Mit "Die Realschule plus – Unser Plus an Bildung" möchte das Ministerium dazu beitragen, dass sich Schülerinnen und Schüler, Eltern und alle Interessierten noch besser über die Realschule plus informieren können.

Hierbei geht man neue Wege: Neben den ausführlichen Sachinformationen enthält die Broschüre Zitate von ehemaligen Schülerinnen und Schülern der Realschule plus, Lehrkräften sowie Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, Universitäten und Kammern. Die Statements dieser Personen kann man sich über einen QR-Code auch in voller Länge als Filmbeitrag herunterladen. Diese Filmbeiträge und weitergehende Informationen zu den einzelnen Themen finden sich auch auf der Webseite der Realschule plus (www.realschuleplus.bildung-rp.de).



Ihre Anmerkungen und Anregungen leiten wir gerne – auf Wunsch auch ohne Namensnennung – dem Ministerium zu.

► URTEIL

Lärm von Sportanlage ist von Nachbarn hinzunehmen

Der von der Sportanlage des Leibniz-Gymnasiums in Neustadt/Wstr. ausgehende Lärm ist von Nachbarn hinzunehmen. Dies hat das Verwaltungsgericht Neustadt in einem Urteil vom 18. September 2017 unter dem Aktenzeichen 5 K 60/17.NW entschieden.

Der Kläger und seine Ehefrau bewohnen ein Anwesen in der Nähe der Sportanlage des Leibniz-Gymnasiums in Neustadt/Wstr. Nachdem die Sportfläche mehrere Jahre brach gelegen hatte, entschied die Stadt, dort einen Allwetterplatz herzustellen. Im Juli 2014 wurde die aus einem Tartanboden bestehende Sportanlage, auf der zwei Handballtore mit Basketballkorbausatz sowie ein 5 Meter hoher Ballfangzaun installiert wurden, eröffnet.

Ab Oktober 2014 beanstandete der Kläger gegenüber der beklagten Stadt den von der Sportanlage ausgehenden Lärm. Nach weiterem

Schriftverkehr erhob der Kläger im Januar 2017 Klage und machte geltend, die Lärmbelästigungen durch die Tore und die Ballfangzäune müssten von ihm nicht geduldet werden, weil das nach der Sportanlagenlärmschutzverordnung zulässige Höchstmaß überschritten werde. Sie stellten schädliche Umwelteinwirkungen dar, gegen die ihm, dem Kläger, ein Unterlassungsanspruch zustehe.

Die 5. Kammer des Gerichts hat die Klage mit folgender Begründung abgewiesen: Da eine außerschulische Nutzung der Sportanlage nicht stattfindet, komme es allein auf die Zumutbarkeit der mit der schulischen Nutzung der Sportanlage verbundenen Lärmbelästigungen gegenüber dem Kläger an. Eine Unzumutbarkeit könne indessen nicht angenommen werden.

Die für Sportanlagen geltenden Immissionsrichtwerte der Sportanlagenlärmschutzverordnung,



www.foto12.de

die konkrete normative Vorgaben zur rechtlichen Beurteilung des Nutzungskonflikts zwischen der Sportanlage und Wohnen enthalte, könnten hier nicht herangezogen werden. Der Schulsport werde nach § 5 Abs. 3 Satz 1 der Verordnung lärmschutzrechtlich privilegiert behandelt. Es komme dabei nicht darauf an, ob es sich um regulären Unterricht im Fach Sport handele, um Arbeitsgemeinschaften etwa für bestimmte Sportarten oder um Angebote im Rahmen der Ganztagsbetreuung. Im vorliegenden Verfahren seien die Lärmbelästigungen insgesamt betrachtet als hinnehmbar zu bewerten.

Hr/Quelle: Pressemitteilung des VG Neustadt vom 23.10.17

► JUBILÄUM

20 Jahre jugendschutz.net

Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Ministerin Anne Spiegel haben jugendschutz.net, das seit 1997 seinen Sitz in Mainz hat, zu seinem 20-jährigen Bestehen gratuliert.

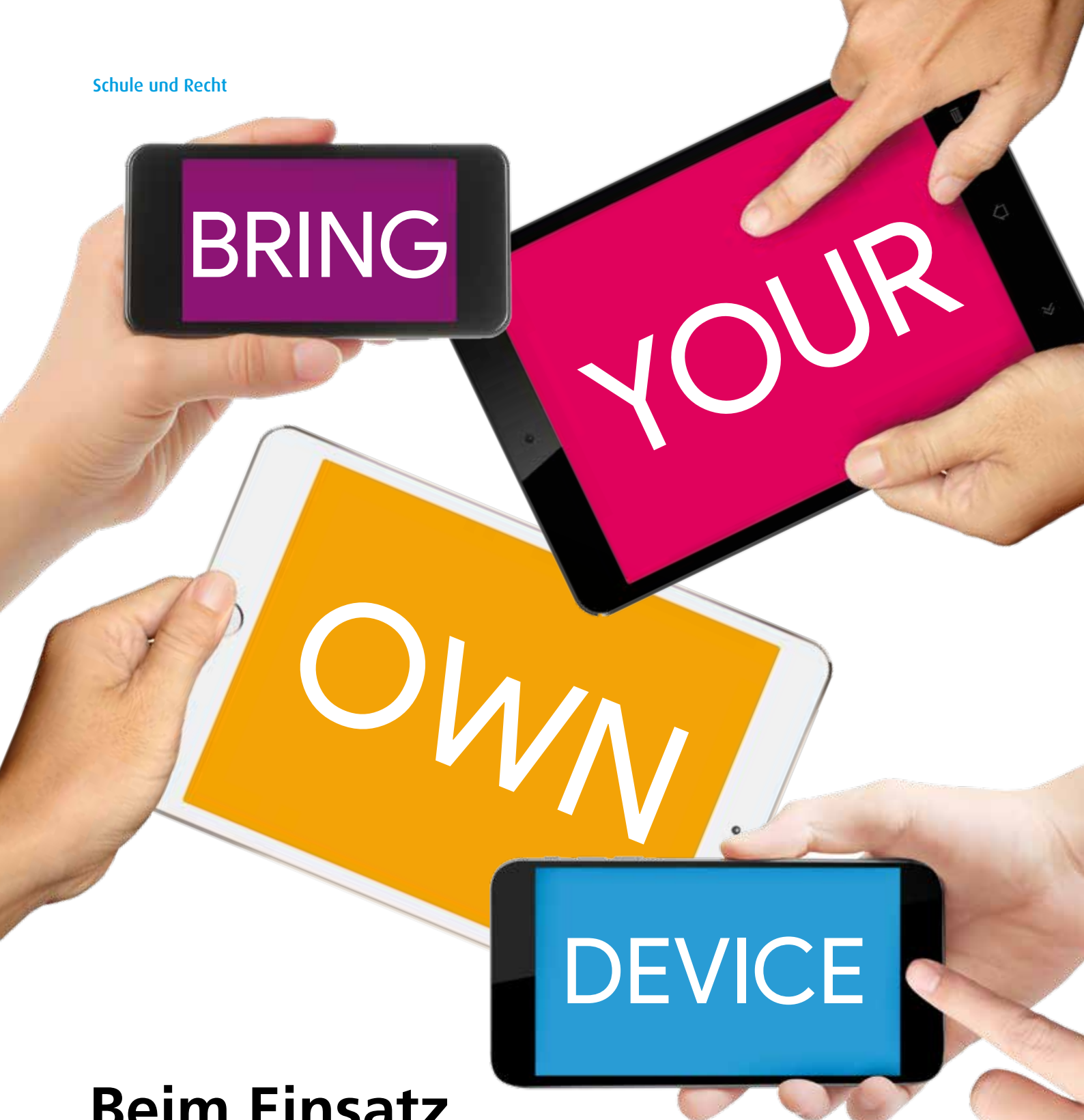
Ministerpräsidentin Malu Dreyer: „Seit 20 Jahren sorgt jugendschutz.net dafür, dass unsere Kinder und Jugendlichen sicherer im Netz unterwegs sein können.“

Ministerin Spiegel: „Unser Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche medienkompetent das Netz nutzen und vor jugendgefährdenden und verstörenden Inhalten, wie sie zum Beispiel der IS verbreitet, geschützt werden. Hier arbeiten die Politik und jugendschutz.net Hand in Hand.“

Der Jahresbericht 2016 von jugendschutz.net hatte neben Hassbotschaften und Fake-News das Thema der Gewaltdarstellungen im Internet als die größte Herausforderung der Jugendschützer im Internet im vergangenen Jahr genannt.

Wü/Quelle: „20 Jahre jugendschutz.net“ – NL Staatskanzlei v. 3.11.2017





Beim Einsatz privater mobiler Endgeräte Rechtssicherheit schaffen!

„Bring Your Own Device“ ist ein Ansatz, die digitale Bildung in der Schule unabhängig von der vorhandenen Hardware flexibler und nachhaltiger gestalten zu können. So kommen im Unterricht die digitalen Endgeräte der Schüler¹⁾ wie auch der Lehrkräfte zum Einsatz.

Eigene digitale Medien nutzen hat einige Vorteile

Besonders für Lehrkräfte ist die Nutzung ihrer privaten digitalen Medien (Smartphones, Tablets) im Schulalltag eine aus ihrer Sicht sinnvolle und effektive Alternative zu den vorhandenen digitalen Medien in der Schule.

Die Verwendung der eigenen mobilen Endgeräte bietet einige Vorteile. Der größte Vorteil besteht darin, dass die Lehrkräfte mit ihren Endgeräten vertraut sind. Vor allem bereitet ihnen der Umgang mit der auf den Endgeräten aufgespielten Software keine großen Schwierigkeiten, sodass die vorbereiteten Medien ohne Zeitverlust im Unterricht oder im schulischen Verwaltungshandeln zum Einsatz kommen können.

Mit der Rechtslage vertraut machen

Das Angebot an digitalen Medien für Unterrichtsgestaltung und Verwaltungsarbeiten ist sehr beachtlich. Wie im privaten Bereich können die angebotenen Apps auch die schulische Arbeit bereichern. Viele Lehrkräfte nutzen die privaten digitalen Medien auch dazu, um ihre administrativen Aufgaben besser bewältigen zu können. In der Tat versprechen Apps, die speziell für Lehrer entwickelt wurden, Entlastungen in der Kommunikation mit Eltern, beim Classroom-Management oder bei der Dokumentation der Leistungsbeurteilungen.

Der Einsatz der digitalen Medien erfordert allerdings von Lehrkräften und Schulleitern, sich mit der Rechtslage vertraut zu machen und sich das notwendige Wissen im Umgang anzueignen.

Wir wollen im Austausch mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu über konkrete Fälle aus der Schulwirklichkeit zur Klärung im Umgang mit privaten digitalen Medien im Schulalltag beitragen.

Digitale Kontaktlisten von Schülern und Eltern?

BYOD **Darf ein Lehrer die Kontaktdaten der Eltern und Schüler auf seinem Smartphone oder Tablet in seine Kontaktlisten eintragen, um im Laufe des Schulalltags oder in der Freizeit Kontakt mit den Eltern aufzunehmen?**

Ja, aber er muss sich an folgende Grundsätze halten:

Lehrer dürfen Kontaktdaten von Eltern und Schülern nur dann verwenden, wenn dies zur Erfüllung ihrer pädagogischen und erzieherischen Aufgaben erforderlich ist (§ 67 SchulG). Dies wird in der Regel während der Freizeit nicht der Fall sein. Außerdem muss der Lehrer den Datenschutz und die Persönlichkeitsrechte der Eltern und Schüler beachten und darf Kontaktdaten nur mit deren Einwilligung auf seinem privaten Smartphone oder Tablet speichern. Die Kontaktlisten, die häufig bei Elternabenden ausgegeben werden, dienen als Einverständnis der Eltern für eine Kontaktaufnahme. Darüber hinaus muss der Lehrer sicher stellen, dass die Daten nicht unbefugt an Dritte (z. B. WhatsApp oder andere Messenger) weitergegeben werden.

Verwendet er beispielsweise WhatsApp oder eine amerikanische Cloud (z. B. iCloud oder Google Drive), um Daten zu speichern, benötigt er auch hierzu die Einwilligung der Eltern und Schüler. Ohne diese darf er die Daten nicht auf seinem privaten Endgerät speichern. Es wird allerdings davon ausgegangen, dass eine Ein-

willigung vorliegt, wenn Eltern oder Schüler von sich aus Kontakt zum Lehrer aufnehmen. Es ist daher empfehlenswert, sich kontaktieren zu lassen und nicht aktiv den Kontakt über WhatsApp zu suchen.

Gesprächsnotizen auf privaten Geräten?

BYOD **Darf ein Lehrer die Gesprächsnotizen von Telefongesprächen mit Eltern oder von Beratungsgesprächen, Protokollnotizen auf sein privates Tablet/auf seinem Laptop speichern? Wenn ja, was muss er dabei beachten?**

Auch hier gilt das oben Gesagte: Soweit er personenbezogene Daten zu dienstlichen Zwecken auf seinen privaten Geräten verarbeitet, muss dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich und die Daten müssen vor dem Zugriff Dritter geschützt sein. Darüber hinaus benötigt er die Einwilligung der Schulleitung.

Ein Lehrer hat aber auch die Möglichkeit, die Daten zu pseudonymisieren, beispielsweise indem er jedem Schüler eine Nummer oder einen anderen Namen gibt. Sofern also nicht mehr nachvollziehbar ist, um wen es sich handelt, kann er Notizen auf dem Tablet/Smartphone hinterlegen, ohne die Einwilligung von Schulleitung, Eltern und Schülern zu benötigen.

BYOD **Darf ein Lehrer Protokolle von Konferenzen auf seinen privaten digitalen Geräten speichern?**

Grundsätzlich darf er seine eigenen Notizen speichern. Befinden sich darunter jedoch personenbezogene Daten, benötigt er auch hier wieder die Erlaubnis der Schulleitung.

BYOD **Muss ein Schulleiter die Nutzung der privaten digitalen Geräte in Konferenzen zum persönlichen Aufruf der Konferenzunterlagen in papierloser Form genehmigen?**

Ja! Da die Schulleitung die Verantwortung für die Einhaltung des Datenschutzes an der Schule trägt, muss sie die Nutzung privater Geräte erlauben (§ 89 Absatz 4 USchulO).

Regelkatalog für Schulleitungen

BYOD **Worauf muss der Schulleiter achten, wenn er die Nutzung der privaten Geräte der Lehrkräfte im Schulalltag akzeptiert?**

Er muss folgende Punkte beachten²⁾:

- Die Nutzung geschieht nur mit der Einwilligung der Schulleitung.
- Die Lehrer müssen zusichern, dass alle Vorschriften über den Datenschutz beachtet werden.
- Nur die Daten von Schülern, die von einem Lehrer selbst unterrichtet werden, dürfen von ihm erhoben werden.
- Die Kontrolle der Geräte muss wie bei dienstlichen Geräten möglich sein.

- Die Lehrer müssen sicherstellen, dass Dritte keinen Zugriff haben.
- Alle Daten sind mit einem Passwort zu schützen.
- Eine Löschung muss vorgenommen werden, sobald die Speicherung nicht mehr erforderlich ist.
- Externe Datensicherung muss regelmäßig durchgeführt werden.

Pflichten bei der Nutzung privater Geräte

BYOD Welche Pflichten hat eine Lehrkraft grundsätzlich zu beachten, wenn sie ihre privaten Geräte nutzt?

Die Lehrkraft muss sicherstellen, dass Dritte keinen Zugriff auf die schulischen Daten haben. Dafür muss sie die Daten mit sicheren Passwörtern schützen. Wenn das private Gerät noch von anderen Familienangehörigen verwendet wird, sollten sie verschiedene Benutzeroberflächen einrichten. Die Lehrkraft sollte außerdem regelmäßig nicht mehr erforderliche Daten am Ende des Schuljahres löschen und eine externe Datensicherung durch regelmäßige Backups gewährleisten.

Am einfachsten ist es, wenn sie für alle schulischen Daten einen USB-Stick mit hoher Speicherkapazität verwendet und diesen mit einem Passwort schützt. Wenn eine Kontrolle durch die Schulleitung ansteht, kann sie den USB-Stick einfach in die Schule bringen und kommt so ihrer Pflicht nach. Außerdem ist eine zusätzliche Sicherung auf einem weiteren USB-Stick oder einer externen Festplatte erforderlich.

Urheberrechtliche Aspekte

BYOD Neben den datenschutz- und arbeitsrechtlichen Aspekten könnten auch die urheberrechtlichen Aspekte Beachtung finden. Auf den privaten digitalen Geräten sind Apps oder sonstige Software unterschiedlicher Anbieter installiert, die zunächst nur zum privaten Gebrauch freigegeben sind. Darf die Lehrkraft diese im Unterricht einsetzen? Was muss sie beachten?

Natürlich muss der Lehrer die Allgemeinen Geschäftsbedingungen und evt. die Lizenzen für die verschiedenen Applikationen beachten. Hier kann von der Regel ausgegangen werden, dass kostenlose Apps im Zweifelsfall nur für den privaten Gebrauch und nicht im schulischen Bereich verwendet werden dürfen. Ausnahmen bilden solche Anwendungen, die ausschließlich für die Schule angeboten werden.

Möchte ein Lehrer Streaming-Dienste, wie z. B. Netflix oder Amazon Prime verwenden, sollte er auf jeden Fall in den AGB nachlesen, zu welchen Nutzungen er befugt ist.

Haftungsfragen

BYOD Wenn eine Lehrkraft ihre privaten digitalen Medien in der Schule nutzt, kann sie bei Beschädigung im schulischen Einsatz auf Regress seitens der Schule bauen?

Im Gesetz steht: „Werden in Ausübung oder infolge des Dienstes sonstige Gegenstände, die üblicherweise oder aus dienstlichem Grund im Dienst mitgeführt werden, durch einen Unfall beschädigt oder zerstört, so kann der Dienstherr dafür Ersatz leisten, sofern der Beamte oder die Beamtin den Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat“ (§ 54 LBeamtVG, § 70 LBG i.V.m. der VV zu § 70 LBG).

Problematisch dabei ist, dass private Endgeräte nicht unbedingt „üblicherweise oder aus dienstlichem Grund“ mitgeführt werden. Ist das Mitbringen im Sinne von „Bring Your Own Device“ angeordnet, wird die Lehrkraft sich auf diese Haftungsübernahme berufen können. Verwendet die Lehrkraft allerdings ihre Geräte aus eigenem Antrieb, ist es empfehlenswert, die Haftungsfrage vorher mit der Schulleitung zu klären.

Anmerkungen:

¹⁾ Der besseren Lesbarkeit willen benutzen wir bei Nennung der Schüler/ Schülerinnen und Lehrer/Lehrerinnen die männliche Form.

²⁾ Hierzu gibt es vom Landesbeauftragten für den Datenschutz Rheinland-Pfalz ein Webinar unter: www.datenschutz.rlp.de/fileadmin/lfdi/Videos/Webinare/Schuldatenschutz/Schuldatenschutz_02PrivEndgeraete.html



Rechtsanwältin Antonia Dufeu

ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz. Außerdem ist sie Co-Autorin der Handreichung „Schule.Medien.Recht.“ (Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Kultur RLP). Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet sie als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.

Übergreifende Schulordnung – Änderungsentwurf überzeugt noch nicht

Das Bildungsministerium hat sich das Ziel gesetzt, die Übergreifende Schulordnung „einfacher und verständlicher zu gestalten“. Dabei waren die Praxis häufiger Nachfragen und die unterschiedliche Handhabung der Regelungen Orientierungshilfen. Aus unserer Wahrnehmung sind die gesetzten Ziele nur unzureichend erreicht.

Verständliche Regelungen erforderlich

Auffallend ist, dass der Großteil der Veränderungen die Schulart der Realschule plus betrifft. Die bessere Vergleichbarkeit von Integrierten Gesamtschulen und Realschulen plus kann nicht das Hauptanliegen einer Überarbeitung sein. Die Bestimmungen zur Differenzierung, Unterrichtszeit und zu Arten und Inhalten von Zeugnissen sind durch Ergänzungen und Streichungen nicht „einfacher und verständlicher“ gestaltet worden.

Ein notwendiger Änderungsbedarf bestand und besteht aus unserer Sicht bei der Inklusion. Es reicht nicht aus, dass in der Übergreifenden Schulordnung lediglich der Begriff „integrativ“ durch den Begriff „inklusiv“ ersetzt wird. An Schwerpunktschulen ist die Handhabung der Zeugniserstellung für Schwerpunktschüler bezüglich der Arten und der Inhalte nicht eindeutig geklärt und führt häufig zu Nachfragen. Der Hinweis auf andere Schulordnungen kann nicht überzeugen. Lehrkräfte an den Realschulen plus wollen in der für ihre Tätigkeit maßgeblichen Schulordnung verständliche und umsetzbare Regelungen zu diesem Verwaltungsbereich finden.

Übergänge

Die Übergreifende Schulordnung regelt bis auf eine Ausnahme die Übergänge zu den anderen Schularten. Ein Schulwechsel von Schwerpunktschülern von einer Schwerpunktschule zu einer Förderschule und umgekehrt wird nicht in der Schulordnung erfasst. Solche Übergänge, die sich durch das Kindeswohl begründen lassen, müssen möglich sein und durch klare rechtliche Bestimmungen eröffnet werden.

Ordnungsmaßnahmen

Im Abschnitt 14 „Störung des Unterrichts“ sind keine Veränderungen vorgenommen worden. Dies verwundert, da gerade hier in der Praxis häufige Nachfragen in der Auslegung und Umsetzung der Bestimmungen erkennbar sind. Auf Missverständnis stößt beispielsweise bei vielen Eltern die Begrifflichkeit „schriftlicher Verweis“. Ebenso zeigt sich häufig, dass das schärfste Instrument einer Schule, der Schulausschluss, auf Dauer an Wirkung verliert, wenn die Aufnahme an einer anderen Schule nicht realisiert werden kann.

Noch einmal überarbeiten!

Eine Änderung der Übergreifenden Schulordnung ist auch aus unserer Sicht dringend geboten. Der vorgelegte Entwurf überzeugt nicht. Wir fordern eine nochmalige und weitergehende Überarbeitung der Übergreifenden Schulordnung.

Die Anmerkungen zu den einzelnen Paragraphen sind der Gesamtversion unserer Stellungnahme zu entnehmen, welche sich auf unserer Homepage befindet.



57. Ergänzung erschienen

Kurzübersicht über den Inhalt

VRB-HANDBUCH

Das VRB-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 32 Euro (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

VRB-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.



Aktualisiert werden das Inhaltsverzeichnis (1.1), die Adressen „Ministerium“ (1.11) und „Schulpsychologische Beratungszentren“ (1.13). Neu aufgenommen bzw. neu bearbeitet werden folgende Beiträge:

4.31 Unter „Teilzeit nach dem Sabbatjahrmmodell...“ versteht man eine Freistellung von der beruflichen Tätigkeit für die Dauer von einem Jahr. Allerdings muss man die Arbeitszeit, die während dieses Freistellungsjahrs ausfällt, im Voraus vollständig „ansparen“. Rainer Gierlich geht in der Aktualisierung seines Beitrages u. a. auf Fragen zu Beihilfe- und Pensionsansprüchen sowie zu Nebentätigkeiten ein.

4.36 Die Möglichkeit, prinzipiell Altersteilzeit anzutreten, endete am 31.12.2016. Speziell für Lehrkräfte verlängerte die Landesregierung jedoch die bestehende Altersteilzeitregelung, allerdings mit einer Abweichung: Voraussetzung für den Antritt der Altersteilzeit ist die Vollendung des 56. Lebensjahres (statt bisher 55. Lebensjahres). Hierdurch wurde der Verlängerung der Lebensarbeitszeit Rechnung getragen. Rainer Gierlich informiert in der Neufassung seines Beitrags „Altersteilzeit für beamtete Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz“ u. a. über Formen, Beantragung und Geltungsdauer der Neuregelung.

4.70 In seinem Beitrag „Ländertausch – Versetzungen von Lehrkräften zwischen den Bundesländern“ erläutert Gerhard Peifer die Möglichkeiten zur Versetzung in ein anderes Bundes-

land. Er geht dabei auf die Ziele des Lehreraustauschverfahrens ein und stellt den Verfahrensablauf dar. Abschließend erläutert er auch, worauf wechselwillige Lehrkräfte achten müssen.

5.3 Die Neufassung des Artikels „Zuschläge“ war in erster Linie notwendig geworden durch die gesetzliche Neuregelung des Zuschlags zur begrenzten Dienstfähigkeit. Rainer Gierlich hat darüber hinaus Änderungen bei dem Zuschlag nach Erreichen der Altersgrenze und beim Falter-Modell vorgenommen.

5.15 Im Rahmen der sogenannten Föderalismusreform (2006) erhielten die Länder das Recht, die Besoldung und Versorgung ihrer eigenen Beamten in alleiniger Verantwortung zu regeln. Es dauerte bis zum Jahre 2013, bis sich Rheinland-Pfalz ein landesspezifisches Beamtenversorgungsgesetz gab. Bereits zwei Jahre später erfolgte eine partielle Neufassung durch das Neunte Landesgesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, die ab dem 25.6.2015 gültig ist: Die Pensionsaltersgrenzen wurden angehoben, was sich auch auf die Höhe der Versorgungsabschläge bei vorzeitiger Pensionierung auswirkte. Vor diesem Hintergrund hat Rainer Gierlich den Beitrag „Beamtenversorgung für Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz“ neu gefasst. Er beschreibt die wichtigsten Tatbestände, die bei der Pensionsberechnung eine Rolle spielen.

5.40/5.40.1 Aktualisiert werden die Steuerfragen-Inhaltsübersicht und die Steuerfragen-Vorbemerkungen. Darin verweist

Hartmut Ross darauf, dass in den nachfolgenden Kapiteln nützliche Hinweise zu den Aufwendungen gegeben werden, die bei Lehrkräften „berufstypisch“ sind und in anderen Kommentaren häufig „zu kurz kommen“.

5.40.2 In der Bearbeitung des Beitrags **„Steuerfragen: Aktuelle Informationen“** beschreibt Hartmut Ross interessante Neuerungen auf den Ebenen „Gesetzgebung“, „Verwaltung“ und „Rechtsprechung“ (z. B. Aufwendungen Arbeitszimmer).

5.40.3 Der Beitrag **„Werbungskosten: Allgemeine Grundsätze“** wird von Hartmut Ross im Licht der aktuellen Rechtsprechung aktualisiert.

5.40.4 Das gilt auch für die Neubearbeitung des Beitrags **„ABC der Werbungskosten“**. Aktualisiert werden die Buchstaben „H–K“ und „M–P“. Stichworte sind u. a. Internet, Klassenfahrt, Museum, Musikinstrumente und Pensionierung.

6.1 In der Überarbeitung seines Beitrages **„Elternmitwirkung“** aktualisiert Wilfried Rausch nicht nur die Rechtsgrundlagen. Er

baut die Kapitel über die individuellen und die kollektiven Elternrechte zu Handlungs- und Verfahrens-Handreichungen im Schulalltag aus. Zu den individuellen Elternrechten gehören z. B. die Wahl der Schullaufbahn, das Beratungs- und das Informationsrecht sowie individuelle Mitwirkungsrechte.

20 Die Seiten des VRB-Kapitels 20 (u. a. Anschriften Personalvertretungen und Vorstände) werden kostenlos aktualisiert.

Wegen konzeptioneller Umstrukturierung bzw. geplanter Neufassung werden entnommen:

„Sonstige Bezüge: Vermögenswirksame Leistungen...“ (5.5), „Rechtsfragen der Leistungsmessung und -beurteilung“ (9.2) und „Schulaufnahme von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf“ (14.20)

Der Beitrag „Altersteilzeit für beamtete Lehrkräfte in RLP“ (4.35) wird entnommen, weil das hier beschriebene Altersteilzeitmodell (alte Form) für Lehrkräfte seit dem Schuljahr 2015/16 keine Relevanz mehr besitzt.

► **VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 10. JANUAR 2017**

Gute Vorsätze für 2018 auch in der Schulpolitik?

Verband Reale Bildung (VRB) fordert mehr Bildungsgerechtigkeit

Der Verband Reale Bildung (VRB) beklagt die fehlende Flexibilität bei der Finanzierung der Schulen. „Wenn Ungleiches gleich behandelt wird, dann führt dies zu einer Ungerechtigkeit. Für den Bereich der Schulen bedeutet dies, dass sich die Bildungsfinanzierung vom Gießkannenprinzip verabschieden muss“, erklärt VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler.

Die Herausforderungen der Realschule plus sind im Schulartenvergleich besonders hoch. Die heterogene Schülerschaft erfordert eine bessere personelle Ausstattung mit Lehrkräften. Die Klassengröße muss sich an den Bedingungen orientieren, die von Schule zu Schule unterschiedlich schwierig sind. Notwendig sei eine bedarfsorientierte Ressourcensteuerung, so der VRB. Die Unterrichtssituation an den einzelnen Schulen sei nicht vergleichbar. „Es gibt Brennpunktschulen, es gibt Schulen mit einem unterschiedlich hohen Anteil an Zuwandererkindern und Kindern mit Migrationshintergrund. Die Integrationsaufgabe an der Realschule plus erfordert folglich mehr pädagogische und fachliche Individualisierung. Dies gilt ebenso für die Erfüllung des Inklusionsauftrages“, erklärt Lichtenthäler. Der VRB fordert, die Klassen wirksam zu verkleinern und den Schulen einen entlastenden Personalzuschlag zuzuweisen. Indikatoren, die zu einer höheren Bildungsgerechtigkeit beitragen, sollten entwickelt werden und verbindlich greifen.

Dass die Klassenmesszahlen in den 5. und 6. Klassen der Realschule plus günstiger sind als an anderen Schularten, zeige, dass die Landesregierung anerkenne, dass differenzierte Regelungen erforderlich sind, sagt der VRB-Landeschef. Bedauerlicherweise gebe es nach der Orientierungsstufe aber wieder eine Erhöhung

der Klassengröße auf bis zu 30 Schülern. Diese sei weder systemkonform noch sachlich vertretbar, so der Verband. Die Landesregierung sollte daher eine verstärkte Umsetzung der Bildungsgerechtigkeit auf die Liste ihrer Neujahrsvorsätze nehmen, fordert der VRB.

HINTERGRUND

Reale Bildung ist attraktiv, denn sie öffnet zahlreiche Wege und Alternativen. Die schulische und berufliche Laufbahn ist daher nicht einseitig festgelegt, sondern abhängig von Begabung, Interessen, Leistung und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler. Das Schulsystem in Rheinland-Pfalz muss diese Durchlässigkeit gewährleisten und erhöhen.

Die Erfahrungen mit der neuen Schulstruktur zeigen, dass die Reale Bildung sowohl für die Realschule, für die Realschule plus als auch für die Integrierte Gesamtschule weiter ausgebaut werden muss. Hier setzt der VRB als Interessenverband seinen schul- und verbandspolitischen Schwerpunkt.



► STUDIE DER UNI TÜBINGEN

Verändern Hausaufgaben die Persönlichkeit?

Wer seine Hausaufgaben sorgfältig erledigt, profitiert möglicherweise nicht nur von besserer schulischer Leistung: Schülerinnen und Schüler, die ihre Hausaufgaben sorgfältig bearbeiten, weisen zudem eine günstigere Entwicklung der generellen Gewissenhaftigkeit auf als diejenigen, die sich bei ihren Hausaufgaben nur wenig anstrengen. Somit scheint die Schule nicht nur zum Lernen und zum Wissenszuwachs beizutragen, sondern auch die Persönlichkeit nachhaltig zu verändern, haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Tübingen in einer Studie herausgefunden.

„Die Frage, ob die Hausaufgaben erledigung auch zur Entwicklung von Gewissenhaftigkeit beitragen kann, kommt in Diskussionen zur Rolle von Hausaufgaben bislang völlig zu kurz“, bemängelt Ulrich Trautwein, Direktor des Hector-Instituts für Empirische Bildungsforschung an der Universität Tübingen. „Wir müssen genauer darüber nachdenken, welche Förderwirkung wir uns von Hausaufgaben versprechen und wie sie gewährleistet werden kann.“

Wü/Quelle: Pressemitteilung der Universität Tübingen v. 29.9.2017

Link:

www.uni-tuebingen.de/fakultaeten/wirtschafts-und-sozialwissenschaftliche-fakultaet/faecher/hector-institut-fuer-empirische-bildungsforschung/institut.html

► FUNDSACHE HESSEN

Lehrkräfte stellen Überlastungsanzeigen

„Die Lehrer an Frankfurts Gesamtschulen stehen an der Grenze der Belastung: An elf von 15 Schulen haben die Kollegien sogenannte Überlastungsanzeigen ans Kultusministerium gestellt. Sie können die Arbeit nicht mehr bewältigen. Dies berichten Personalräte aus Frankfurt. „Ich habe eine Klasse mit 27 Schülern“, erzählt Caro Franz, Lehrerin an der Carlo-Mierendorff-Schule in Preungesheim. „Darunter ist ein Hochbegabter, ein Schüler mit geistig-emotionaler Störung, ein Autist, drei Lernhilfeschüler, ein Schüler mit sozial-emotionaler Störung und ein Flüchtlingskind.“ Meist steht sie alleine vor der Klasse – und muss und will allen Schülern gerecht werden.“

Es sind die Anforderungen der Inklusion, die die Lehrer an Frankfurts Gesamtschulen verzweifeln lassen. „Wir“, berichtet Horst Menje, ebenfalls Carlo-Mierendorff-Schule, „haben in den 90er-Jahren auch Inklusion angeboten. Es gab zwei Förderschüler je Klasse und immer zwei Lehrer, die die Klasse gemeinsam unterrichtet haben. Heute gibt es fünf Förderschüler, doch der Förderlehrer kommt nur noch stundenweise.“ Für die Klassenlehrer bedeutet dies, den Unterricht in mehreren Versionen vorzubereiten, für jedes Leistungsniveau eine. Dazu die „wildern“ Schüler besonders beaufsichtigen, mit der Folge, dass die normalen, unauffälligen Kinder nur wenig von ihrem Lehrer haben.“



Bei 26 Unterrichtsstunden bedeutet dies – mit der Vor- und Nachbereitung, mit der Korrektur von Klausuren, Beratungsgesprächen mit Eltern und Schülern, Entwickeln von Förderplänen, mit Klassen- und Schulkonferenzen, mit der Abstimmung mit den Förderlehrern und Sozialarbeitern – eine Arbeitswoche von 60 Stunden.“

Anmerkung: Das kommt uns auch in Rheinland-Pfalz bekannt vor ...

Wü/Quelle: „Frankfurter Gesamtschullehrer sind am Rand ihrer Kräfte“ In: Frankfurter Neue Presse, 26.10.2017 (Auszug)

► UMFRAGEERGEBNIS

An 1.800 deutschen Schulen fehlt der Schulleiter

Rund 1.800 Rektorenstellen sind an deutschen Schulen derzeit nicht besetzt. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der „WirtschaftsWoche“ unter allen 16 Schul- und Kultusministerien der Bundesländer.

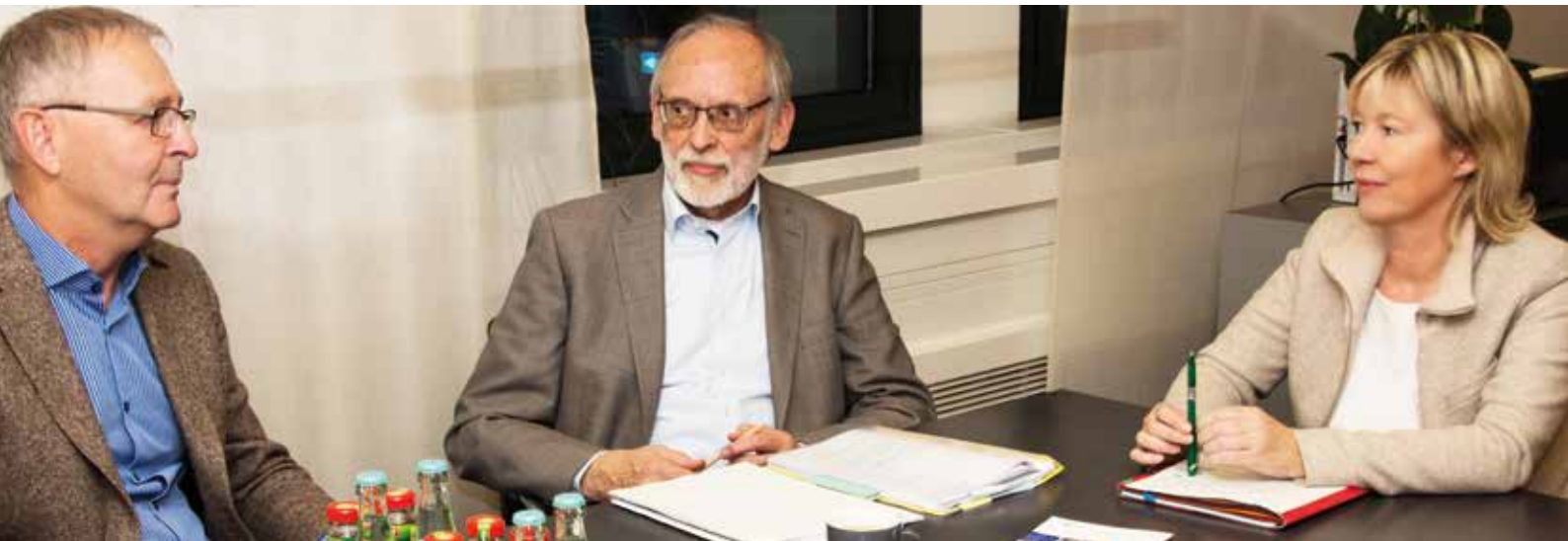
Am gravierendsten sind die Probleme demnach in Nordrhein-Westfalen. Von 5.106 Schulleiterstellen sind dort 784 vakant. Das entspricht einer Quote von 15 Prozent. Je nach Schulform ist die Situation noch dramatischer. So haben derzeit nur 194 der 311 Hauptschulen in NRW einen Schulleiter, das entspricht 38 Prozent. Das Düsseldorfer Kultusministerium bittet um Zeit: „Dieses Thema hat die neue Landesregierung von der Vorgängerregierung geerbt.“ Eine höhere Besoldung für Schulleiter soll Abhilfe schaffen.

Hr/ Quelle: „WirtschaftsWoche“ 10.11.17



„Ich konnte viel mitnehmen!“

Im Gespräch mit Finanzministerin Doris Ahnen



Wir lassen die frühere Bildungsministerin Doris Ahnen aus der Perspektive einer Finanzministerin auf schul- und bildungspolitische Aspekte blicken. Das Gespräch führten Bernd Karst und Wolfgang Wünschel im Dezember 2017.

Doris Ahnen ist seit ihrer Studentenzeit politisch aktiv. Die Mittlere Bleiche 61 in Mainz war ihre zweite Arbeitsstätte nach der Universität Mainz. Sie begann dort 1991 als Leiterin des Ministerbüros. Zehn Jahre später berief Ministerpräsident Kurt Beck die damals 37jährige SPD-Politikerin als Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend in sein Kabinett. Das Ministerium änderte mehrmals seinen Namen. Nach 23 Jahren Bildung und Kultur wechselte Doris Ahnen 2014 ins Finanzressort. Das Ministerium in der Kaiser-Friedrich-Straße 5 liegt nur wenige Meter vom Bildungsministerium entfernt, aber Funktion und Aufgaben haben sich grundlegend geändert. Das erklärt Finanzministerin Doris Ahnen im Gespräch gegenüber „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“.

RBiRP: Die Eingangshalle des Finanzministeriums strahlt Ruhe aus. Im Vergleich zum stark frequentierten Bildungsministerium, Anlaufstelle für Elternvertretungen, Personalräte, Verbände und Gewerkschaften, scheint hier nicht viel los zu sein.

Doris Ahnen: Weniger Außenbesuche sagen nichts über das Volumen der Arbeit aus und im Übrigen leide ich im Finanzministerium nicht an Vereinsamung. (lacht)

Was haben Sie aus dem Bildungsministerium mitgenommen?

» *Ich war gerne an der Weiterentwicklung von Bildung beteiligt.*

Ich war gerne für Schulen und Hochschulen verantwortlich, ich war gerne an der Weiterentwicklung von Bildung beteiligt. Ich konnte viel mitnehmen aus meiner Erfahrung im Bildungsministerium: Das Denken in größeren Strukturen, die Kenntnis von Abläufen, die Einschätzung bei der Umsetzung von Prozessen. Ich bin froh, dass ich vor dem Finanzministerium für ein großes Fachressort tätig gewesen bin. Die langjährigen Erfahrungen ermöglichen mir einen besseren Blick. Sie waren ein großer persönlicher Gewinn.



»Ich bin für eine Aufhebung des Kooperationsverbots. Einen Einfluss des Bundes auf die Schulstruktur muss man nicht befürchten.

Im Bundestagswahlkampf haben schul- und bildungspolitische Aspekte eine herausragende Rolle gespielt, obwohl Schulbildung nach dem Grundgesetz Ländersache ist. Fast alle Parteien haben eine Aufweichung oder sogar eine Aufhebung des sog. Kooperationsverbots ins Spiel gebracht. Sollte das auch die länderspezifischen Schulstrukturen berühren?

Im Jahre 2007 brachten Sie die Schulstrukturreform auf den Weg. Kernpunkte waren damals die Einführung der Realschule plus ab 2009 sowie die Einrichtung der Realschule plus mit Fachoberschule an ausgewählten Standorten ab 2011. Würden Sie rückblickend sagen: Die Anstöße waren richtig?

Ja – die Schulstrukturreform knüpft an Traditionen an und sie berücksichtigt zugleich Möglichkeiten der Weiterentwicklung. Eine starke Realschule plus liegt mit Blick auf den Arbeitsmarkt auch im Interesse der Wirtschaft. Deshalb werden sich aus diesem Bereich weitere positive Impulse entwickeln.

Befürchten Ihre Kabinettskolleginnen und -kollegen eine Bevorzugung bildungspolitischer Anliegen?

Das Finanzministerium ist ein Querschnittsministerium. Die mögliche Erwartung, dass ich als Finanzministerin aufgrund meiner langjährigen bildungspolitischen Verantwortung eine dadurch bedingte Ausgabenverlagerung vornehme, müsste ich zurückweisen. Man attestiert mir durchaus, die Dinge objektiv zu sehen. Aber klar ist auch: Die Bildungspolitik ist und bleibt ein Haushaltschwerpunkt.

» Wir haben beim Schulsanierungsprogramm einen überproportionalen Anteil für Rheinland-Pfalz aushandeln können.

Hinsichtlich des Bildungsbereichs sind die Beziehungen zwischen Bund und Ländern mit Blick auf die Kulturhoheit der Länder und das so genannte Kooperationsverbot kompliziert. Es gibt bereits vereinzelt Kooperationsregelungen. Zusätzlich zum Infrastrukturprogramm des Bundes beispielsweise wurde kürzlich ein Schulsanierungsprogramm auf den Weg gebracht. Das rheinland-pfälzische Kabinett hat es kommunalfreundlich umgesetzt und einen hohen Fördersatz festgelegt. Bemerkenswert ist, dass Rheinland-Pfalz mit 256,6 Millionen Euro einen überproportionalen Anteil aushandeln konnte. Sie werden zur Förderung von Schulinfrastrukturinvestitionen in finanzschwachen Kommunen eingesetzt.

Was verstehen Sie unter kommunalfreundlich?

Das Konzept zur Umsetzung einschließlich der regionalen Aufteilung der Mittel haben wir mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen. Es werden einerseits viele Kommunen profitieren, andererseits werden Mittel dort konzentriert, wo der Bedarf besonders hoch ist.

HINTERGRUND

Kultur- und Bildungshoheit der Länder

Bildung ist in Deutschland Sache der Bundesländer. Nach dem Grundgesetz liegen die staatlichen Aufgaben und Kompetenzen für die Kultur- und Bildungspolitik in ihren Händen (Art. 30 GG). Die Länder organisieren ihre Zusammenarbeit vor allem über die Kultusministerkonferenz (KMK). Sie ist ein Zusammenschluss der Bildungs- und Forschungsminister. Die Runde wurde 1948 gegründet. Heute sitzen dort die Kultusminister aller 16 Bundesländer an einem Tisch und beraten über überregionale Fragen der Bildung, Hochschulen, Forschung und Kultur. Das gilt etwa für gemeinsame Standards bei Lehrplänen und Schulabschlüssen. Die Zusammenarbeit des Gremiums gestaltet sich schwierig. Beschlüsse und Abkommen müssen einstimmig gebilligt werden. Ihre Rechtsgültigkeit bedarf der zusätzlichen Verabschiedung durch die jeweiligen Landesparlamente.

Quelle: www.mdr.de/damals/archiv/hintergrund-bildungsfoederalismus102.html

Kooperationsverbot

Das so genannte „Kooperationsverbot“ ist durch die am 1.9.2006 in Kraft getretene Föderalismusreform I eingeführt worden. Der Begriff leitet sich aus dem geänderten Artikel 104b Abs. 1 Grundgesetz (GG) ab, der Bundesfinanzhilfen in Bereichen, in denen die Länder die alleinige Gesetzgebungskompetenz haben, ausschließt. Nachdem durch die Reform die Zuständigkeiten für den Bildungsbereich fast vollständig auf die Länder übergegangen sind, sind die Einflussmöglichkeiten des Bundes begrenzt worden.

Quelle: www.cesifo-group.de/de/ifoHome/facts/Glossar/05-Bildung/Kooperationsverbot.html

dadurch gezielt in wichtigen Bereichen, z.B. der Digitalisierung und dem Ausbau der Ganztagschule, unterstützen kann.

» *Wir haben die Besoldungssituation im Blick.*

Typisch Föderalismus ist auch: Die Länder und der Bund können die Besoldung ihrer Beamtinnen und Beamten frei festsetzen. Damit sind Beamtengehälter auch immer Manövriermasse, wenn gespart werden soll. Die rhein-

land-pfälzischen Beamten stehen im Ländervergleich am schlechtesten da...

Es stimmt objektiv, bei der Besoldung stehen wir im Ländervergleich im hinteren Drittel. Aber wir haben in den Jahren 2015 bis 2018 viermal das Ergebnis der Tarifverhandlungen übernommen. Ich kann versichern: Wir haben die Besoldungssituation im Blick.

Fotos: Annika Herbel und Wolfgang Wünschel

Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik

Pinnwand

► RICHTLINIE WEITERENTWICKELT Ökonomische Bildung

Wirtschaftswissen wird an den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz fächerübergreifend vermittelt. Grundlage ist die Richtlinie „Ökonomische Bildung“. Diese wurde jetzt umfassend überarbeitet und den Schulen zugeleitet. Die Lehrkräfte sollen bei der Umsetzung der ökonomischen Bildung im konkreten Unterrichtsgeschehen unterstützt werden. Handreichungen und entsprechende Fortbildungen würden angeboten. Außerdem stünde mit dem Programm „Ökonomische Bildung Online“ ein internetgestütztes Qualifizierungsangebot mit Blockseminaren zur Verfügung.

Bildungsministerin Dr. Hubig und Wirtschaftsminister Dr. Wissing äußern sich in einer gemein-

samen Presseerklärung: „Ökonomische Bildung hilft dabei, Gesellschaft zu verstehen und zu gestalten. Dabei geht es nicht nur um theoretisches Grundwissen, sondern um die Fähigkeit, die sozialen, politischen, technischen, ökologischen und ethischen Dimensionen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und Abläufe mitzudenken. Die fächerübergreifende Reflexion von wirtschaftlichen Prozessen und deren Auswirkungen leistet außerdem einen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler“, unterstrich Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig.

Für Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing ist Wirtschaftswissen ein wichtiger Bestandteil der Allgemeinbildung. „Schülerinnen und Schüler



nehmen auch in jungen Jahren bereits aktiv am Wirtschaftsleben teil. Aus diesem Grund müssen sie frühzeitig wissen, wie unsere Wirtschaft funktioniert. Noch dazu ist dieses Wissen eine wichtige Grundlage für eine gezielte und passende Berufsauswahl. Die ökonomische Bildung an Schulen zukünftig stärker in den Mittelpunkt zu rücken, ist daher der richtige Weg“, so Wissing.

Die Frage bleibt, ob die schlichte Fortschreibung der Richtlinie der richtige Weg ist, die ökonomische Bildung tatsächlich stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

Wü/Quelle: Pressedienst BM und MWVLW vom 26.10.2017

► FUNDSACHE Mädchen unterschätzen ihre Mathefähigkeiten

Berlin. Mädchen schätzen ihre Fähigkeiten in Mathematik schon in der fünften Klasse schlechter ein als Jungen. Dagegen halten sich viele Jungen in diesem Alter in Mathe für begabter, als es die Noten rechtfertigen. Das geht aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hervor. Mädchen bescheinigen sich demnach eher sprachliche Fähigkeiten. Die Un-

tersuchung basiert auf repräsentativen Daten des Nationalen Bildungspanels. Die unterschiedliche Selbsteinschätzung zwischen Schülerinnen und Schülern bleibt im Fach Mathematik während der gesamten Schulzeit bestehen. Laut DIW studieren Frauen mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer deshalb auch weitaus seltener als Männer, weil sie ihre mathematischen Fähigkei-

ten schon sehr früh in ihrer Schulzeit unterschätzen und deshalb Präferenzen für andere Fächer entwickeln. Frauen sind in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) in Deutschland stark unterrepräsentiert.

RZ Kreis Altenkirchen vom Donnerstag, 9. November 2017, Seite 1 (0 Views)

► BUCHBESPRECHUNG VON KARL-HEINZ SUNDHEIMER

„Der Franziskus-Code“

In seinem neuen Buch beschreibt Wolfgang Redwanz den sogenannten „Franziskus-Code“, den er in der Öko- und Sozialenzyklika *Laudato si'* von Papst Franziskus grundgelegt sieht. Aus Sicht des Autors kommt es bei der Beurteilung dieses päpstlichen Lehrschreibens bei Kritikern häufig zu Missverständnissen, da die westlichen Industrieländer auf der einen Seite und die Schwellen- und Entwicklungsländer auf der anderen Seite ein sehr unterschiedliches Verständnis von globalen Zusammenhängen und Konflikten haben.

Das Buch ist lesenswert, weil es sich sowohl mit der begrifflichen Definition von Sozialenzykliken, als auch mit der Geschichte und Bedeutung dieser päpstlichen Lehrschreiben befasst. Dabei nähert es sich den wissenschaftlichen und theologischen Themen aus der Sicht des interessierten Laien.

Im Buch besonders gelungen ist die durchgehende Fokussierung auf die letzte Sozialenzyklika *Laudato si'* von Papst Franziskus, die zu Recht auch als Umweltzyklika gesehen werden kann. Der Verlag bezeichnet sie im Klappentext als „Schrei der gequälten Erde“. Sie sei ein Weckruf, eine harte Provokation, aber auch ein Hoffnungsschimmer. Die hier behandelten Kern- und Konfliktthemen spielten auch eine zentrale Rolle in den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene, was die Relevanz dieser Themen für die politischen Entscheidungen in unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft der nächsten Jahre zeigt.

Redwanz setzt sich in seinem Buch durchaus kritisch mit Haltungen der Kirche, aber auch der Medien und der Politik in den Fragen der Umwelt- und Sozialpolitik auseinander. Diese müssen zusammenge-



sehen werden und zu Strukturveränderungen führen.

Der Autor geht als langjähriger Pädagoge und Fachleiter in einem Exkurs auf die Grundwerte in *Laudato si'* und der heutigen Politikdidaktik ein. Er weist zum Beispiel auf die Übereinstimmung des Basiskonzeptes „Gemeinwohl“ und die möglichen Analogien zur christlichen Sozialethik hin.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet, ist das Buch für Lehrerinnen und Lehrer interessant, die die Fächer Religion, Sozialkunde, Wirtschaft und Verwaltung, Hauswirt-

schaft und Soziales, Erdkunde, Wirtschaft oder Politik/Gesellschaftslehre unterrichten.

In den Lehrplänen für katholische Religion hat die Beschäftigung mit der Öko- und Sozialenzyklika *Laudato si'* bereits Eingang gefunden. So etwa in Rheinland-Pfalz in den Lehrplanempfehlungen für die Klassenstufe 9. Für die Lehrpläne der anderen oben genannten Fächer könnte das noch eine Anregung sein.

Fazit: Ein anregendes Buch für kirchennahe und kirchenferne Gläubige, Konfessionslose, Agnostiker und Atheisten. Sie werden mit dem Konzept der ganzheitlichen Ökologie, die Papst Franziskus in seiner Enzyklika entwickelt, konfrontiert. Und für alle, die lediglich an gesellschaftlichen und politischen Fragen interessiert sind, handelt es sich ebenfalls um eine empfehlenswerte Lektüre.

Wolfgang Redwanz: „Der Franziskus-Code“ – in der Öko- und Sozialenzyklika *Laudato si'*

Verlag tredition ISBN 978-3-7439-5560-8; 14,99 € broschiert, 21,99 € fester Einband; demnächst auch als E-Book

Karl-Heinz Sundheimer, geb. 1951, Studium der Germanistik, Sozialwissenschaft und Wirtschaftskunde war zunächst zehn Jahre tätig als Realschullehrer an der Albert Schweitzer Realschule Mayen, danach 27 Jahre als Schulleiter an der Realschule Adenau. Er ist seit dem Studienenseminar Mitglied des VRB, früher VDR, war Mitglied im Landesvorstand, führte einige Jahre den Bezirksverband Koblenz und arbeitete 20 Jahre im Bezirkspersonalrat, 8 Jahre als Vorsitzender.



Wolfgang Redwanz, geb. 1944, Studium der Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaft war zunächst tätig als Realschullehrer in Koblenz, dann als Fachleiter für Sozialkunde am dortigen Studienseminar, als Schulleiter an der Clemens-Brentano-Realschule in Koblenz und schließlich als Abteilungsdirektor für Schulen bei der Bezirksregierung Koblenz bzw. der Nachfolgebehörde Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Koblenz.

Erster Platz für „Kaleidoskop“ der St.-Katharina-Realschule in Landstuhl

Saskia Zimmermann und Katharina Bitz überbringen VRB-Sonderpreis

Die Schülerzeitung „Kaleidoskop“ der St.-Katharina-Realschule in Landstuhl belegte beim diesjährigen Schülerzeitungswettbewerb in der Kategorie „Realschule plus/IGS ohne Oberstufe“ den ersten Platz und gewann damit auch den Sonderpreis des Verbands Reale Bildung in Höhe von 100 Euro. Das Redaktionsteam unter der Leitung von Eva Ringwald und Frank Bodensohn setzte sich damit gegen insgesamt 86 Mitbewerber durch. Saskia Zimmermann und Katharina Bitz überbrachten den Preis und sprachen mit der Redaktion.

Mit dem Thema der prämierten Ausgabe „Gemeinschaftssinn, Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt“ formulieren die Herausgeber ihren Wunsch für die eigene Schulgemeinschaft und für die ganze Welt. „Uns war es wichtig, ein positives Zeichen gegen die negativ konnotierten Ereignisse in den aktuellen politischen Zusammenhängen zu setzen.“, so die AG-Leiterin Eva Ringwald.

Im Gespräch beeindruckten die Schülerinnen und Schüler des Redaktionsteams mit ihrer Begeisterung, welche sie in ihre Arbeit mit der Schülerzeitung investieren. Der Schüler Hendrik Grant erzählt: „Ich bin immer so stolz darauf, wenn ich am Ende etwas Fertiges in der Hand halte und meinen Artikel in der Ausgabe entdecke.“ Anders als die Redaktionen anderer Schulen möchten die Schülerinnen und Schüler der St.-Katharina-Realschule nicht von einem Printmedium abweichen und vorerst keine Onlineversion herausgeben. Zu schön sei das Gefühl, etwas Festes in der Hand zu halten.

Auch Konrektorin Karin Wagner-Schramm ist auf die gedruckte Version stolz. „Eine gedruckte Schülerzeitung ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Auch ist es für uns besonders toll, dass sich so viele Schülerinnen und



Die Kaleidoskop-Redaktion mit Konrektorin Karin Wagner-Schramm (li.), Eva Ringwald (6. v. li.), Chefredakteur Elias Heist (vorne re.) und der VRB-Bezirksvorsitzenden Saskia Zimmermann (re.)

Schüler einbringen, denn gerade heute besitzen Lesen und Schreiben für Kinder und Jugendliche oftmals keine große Attraktivität mehr.“ Das merkt auch das Redaktionsteam, das sich für mehr Nachwuchs in der Arbeitsgemeinschaft einsetzt. Das Preisgeld kommt aus diesem Grund sehr gelegen. Es soll in die Nachwuchsgewinnung investiert werden.

Nicht nur die Kompetenzen Schreiben und Lesen werden von den Schülerinnen und Schülern in ihrer Arbeit mit der Schülerzeitung gefordert, sondern auch das wirtschaftliche Denken. So macht sich das Redaktionsteam beispielsweise Gedanken um die ständige Optimierung von Vertriebswegen. Auf diese Weise findet eine Form der Berufsorientierung statt. Nicht wenige Redaktionsmitglieder könnten sich vorstellen, später in einem größeren Verlag zumindest als freier Mitarbeiter zu arbeiten. Andere finden das Layouten spannender und setzen sich mit Grafikdesign als berufliche Perspektive auseinander.

Kurzinterview mit Chefredakteur Elias Heist (10. Klasse):

Was ist die Aufgabe eines Chefredakteurs?

Ich zähle zu meinen Aufgaben, Schülerinnen und Schüler zu motivieren. Aber auch bei der Auswahl der Themen habe ich ein besonderes Mitspracherecht.

Was ist das Besondere an einer Schülerzeitung?

Sie ist die Verbindung zwischen Lehrern und Schüler. Wir gehen auf Dinge ein, die uns beschäftigen und geben den Lehrern so einen wirklichen Einblick in unsere Welt.

Warum sollte man sich für eine Schülerzeitung engagieren?

Es macht mir große Freude, neue Inhalte zu recherchieren und Themen, die mich interessieren, auf Papier zu bringen. Als kleinen Lohn erhält man eine positive Bemerkung auf dem Zeugnis. Eine solche Sonderaktivität macht sich in Bewerbungen besonders gut.



Foto: Katharina Bitz

Ziel einer schulischen Projektfahrt:

INSEL DES EWIGEN FRÜHLINGS



„Insel des ewigen Frühlings“ – nur zum Baden ist Teneriffa viel zu schade

Erdkunde-Projektgruppe der Rochus-Realschule plus Bingen mit Fachoberschule besteigt Spaniens höchsten Berg

Teneriffa wird als „Insel des ewigen Frühlings“ bezeichnet. Sie ist mit rund 2.000 Quadratkilometern die größte der sieben kanarischen Hauptinseln. Die etwa 900.000 Einwohner sind in der Mehrzahl Nachkommen der spanischen Kolonisatoren und der Guanchen, den Ureinwohnern der Insel. Auf Teneriffa herrschen ganzjährig angenehm warme Temperaturen. Kein Wunder, dass Teneriffa jährlich etwa fünf Millionen Touristen anzieht. Für die meisten Urlauber stehen Sonne, Meer und Strand im Mittelpunkt ihrer Reise. Die 24 Schülerinnen und Schüler der Rochus-Realschule plus Bingen mit Fachoberschule setzen in den zwölf Tagen ihrer Erdkunde-Exkursion andere Schwerpunkte.

Lehrreiches Programm

Realschulkonrektor Dieter Schmitt, der Initiator und Leiter der alljährlich stattfindenden Erdkunde-Exkursion, hat ein Programm zusammengestellt, das kaum ein Besucher dieser Insel in diesem Gesamtumfang bewältigen würde. Ausgangspunkt der Tagestouren ist der Ort Adeje im Süden der Insel. Von dort aus

starten seine organisierten Exkursionen in den Teide-Nationalpark und in die Mondlandschaft Paisaje Lunar, ins Orotavatal, ins Anagagebirge, in die Masca-Schlucht oder in die längste Lavahöhle Europas „Cueva del Viento“.

Vielfalt und Abwechslung lassen keine Langeweile aufkommen. Bei einer Delfin- und Walbeobachtungsfahrt sichten die Schülerinnen und Schüler bis zu acht Meter lange Wale, die ihr Boot in unmittelbarer Nähe begleiten. Teneriffa eignet sich wie kaum ein anderer Ort auf dieser Erde zu nächtlichen Sternbeobachtungen. Die Teide-Region bietet nachts einen extrem dunklen und transparenten Himmel. Ähnliche Verhältnisse gibt es sonst nur in Chile und auf Hawaii. Eine Besichtigung des weltweit größten Sonnenobservatoriums am Teide-Nationalpark ermöglicht himmlische Eindrücke. Auf einer Bananenplantage erfahren die Jugendlichen, dass jährlich über 136.000 Tonnen Bananen allein in Teneriffa angebaut werden. Der Loro Parque bei Puerto de la Cruz beherbergt die größte Papageiensammlung der Welt. In ihm erleben die Dreizehn- bis Siebzehnjährigen eine vielfältige Tierwelt, darunter Schwertwale, Delfine und Seelöwen, die akrobatische Kunststücke vorführen.

Dieter Schmitt war schon vorab davon überzeugt, dass sein Schülerteam von den Herausforderungen dieser Reise begeistert sein würde. Schließlich wissen die meisten Teilnehmer aus den Klassen 7 bis 10, welche Ansprüche eine Erdkunde-Exkursion stellt. Viele waren bereits auf früheren Touren dabei: in Südtirol, Norwegen oder an der Nordsee.

Etwas Kletterei ermöglicht tolle Ausblicke

Zwei Programmpunkte werden in besonderer Erinnerung bleiben: Der Teide und die Masca-Schlucht. Die Wanderung auf den Teide-Gipfel kostet Kraft und Überwindung. Für jene Schülerinnen und

Bild oben: Wanderung durch die Masca-Schlucht

Schüler, die den beschwerlichen Aufstieg auf sich nehmen, ist das Gipfelerlebnis auf 3.718 Metern im wahrsten Sinne des Wortes ein Höhepunkt. Auf der Wanderung in der Masca-Schlucht führt der Weg teilweise mitten durch Bäche. Hier müssen die Jugendlichen aufpassen, dass sie auf den nassen Steinen nicht ausrutschen. Hin und wieder kommt es auch vor, dass größere Felsbrocken den Weg versperren. Mit etwas Kletterei sind diese dann kein unüberwindbares Problem. Die Schlucht weitet sich immer mehr und endet an einem Steinstrand am Meer. Ein Boot bringt die Schülerinnen und Schüler aus der Bucht heraus entlang der „Los Gigantes“. Übersetzt heißen sie: die Riesen. Felsen dieser Steilküste fallen bis zu 450 Meter senkrecht ins Meer ab.

Schüler ziehen positives Fazit

Thomas, Zehntklässler und Teilnehmer bereits früherer Erdkunde-Exkursionen, zieht ein wertschätzendes Fazit. „Der Rochus-Realschule Bingen verdanken wir nachhaltige Erlebnisse und Eindrücke“, resümiert er. Er hatte wie viele andere Mitreisende für die Teilnahme an diesem Projekt gespart und gejobbt.

FRAGEN AN DEN INITIATOR UND ORGANISATOR

RBiRP: Herr Schmitt, wie oft führen Sie solche Projektfahrten durch? Gibt es auch andere Ziele?

Dieter Schmitt: Erdkunde-Exkursionen gehören seit nunmehr 16 Jahren zum Profil der Rochus-Realschule plus Bingen mit Fachoberschule. Vor zwei Jahren waren wir in Norwegen, im vergangenen Jahr, 2016, war Südtirol unser Projektziel. Während der diesjährigen Tour auf Teneriffa thematisierten wir die Lernbereiche Vulkanismus, Vulkaninsel, subtropische Vegetationsstufen und subtropisches Klima. Im nächsten Jahr steht die Nordsee auf dem Projektprogramm. Dort warten dann andere erdkundliche Schwerpunkte: Küstenschutz, Wattenmeer, Marschland und die Geest sowie der Aufbau verschiedener Nordseehäfen.

Solche Projektfahrten können nicht alle Eltern finanzieren...

Die zwölf tägige Fahrt kostete für Flüge, Programm, Eintritte und eine all-inclusive-

Hotelverpflegung etwa 800 Euro pro Teilnehmer. Die meisten Jugendlichen konnten einen Großteil dieses Betrages jedoch im Laufe des Jahres selbst erwirtschaften. Sie erhielten Geldgeschenke und verzichteten auf sonstige Präsente, sie übernahmen kleinere Jobs oder erzielten gemeinsame Gewinne bei Kuchen- und Bratwurstverkäufen an Schulfesten. Die Fahrten nach Südtirol oder an die Nordsee kosten demgegenüber etwa 300 Euro pro Teilnehmer. Im Übrigen reden wir über Projektfahrten. Klassenfahrten unterliegen natürlich anderen Kriterien.

Mit Blick auf das Programm bedeuten Ihre Projektfahrten eher Anstrengung als Erholung.

Anstrengungsbereitschaft halte ich für ein wichtiges Erziehungsziel. Ohnehin kennen alle Schülerinnen und Schüler im Voraus die an sie gerichteten Anforderungen. Die Teilnahme an einer Erdkunde-Exkursion ist geknüpft an die Bereitschaft, das volle Programm mitzumachen. Darüber hinaus findet vor der Fahrt wöchentlich eine einstündige Arbeitsgemeinschaft statt, in der sich die Schülerinnen und Schüler thematisch vorbereiten. Auf den Exkursionen selbst halten sie Kurzreferate. Somit werden Motivation, Erwartung und Leistungswille gestärkt. Unterwegs sprechen uns häufig Menschen mit der Feststellung an, dass unsere Kinder und Jugendlichen auffällig interessiert sind. Auch solche wertschätzenden Rückmeldungen motivieren zu weiteren Projektplanungen.

Text und Fotos: Bernd Karst



Exkursionen in die Mondlandschaft Paisaje Lunar (Bild oben) und in den Teide-Nationalpark (Bildmitte), Gipfelerlebnis auf dem Teide (Bild unten)



Wir sind dabei – Unser Weg in die virtuelle Welt

Unser Alltag ist heute von digitalen Medien und neuen Technologien geprägt. Mit der Digitalstrategie „Rheinland-Pfalz digital“ will die Landesregierung Digitalisierung so gestalten, dass sie für alle Generationen und für alle Regionen im Land nutzbar und lohnend ist. Dabei geht es darum, möglichst allen Menschen einen guten und sicheren Zugang zu dieser Entwicklung zu ermöglichen. Die Digitalisierung bietet viele Chancen, auch zur Gestaltung des demographischen Wandels und für ein gutes Leben im Alter.



Lebenslanges Lernen fördern: Sie haben sich für unsere Zeitschrift in dem gemeinsamen Anliegen, lebenslanges Lernen zu fördern, um das Banner der „Deutschen Gesellschaft für Wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium“ (DGWF) versammelt (von links): Dr. Konrad Faber, Geschäftsführer „Virtueller Campus RLP“ (VCRP), Meike Schmidt, pädagogische Mitarbeiterin VCRP, Dr. Margot Klinkner, Zentralstelle für Fernstudien an Hochschulen (ZFH – Landesgruppe RLP und Saarland), Catherina Hein, DGWF, die ein Netzwerk für wissenschaftliche Weiterbildung Älterer unterhält, sowie Adrian Dietrich vom „Distance & Independent Studies Center“ (DISC) an der TU Kaiserslautern.

Konkrete Erleichterungen für den Alltag

Die Abschlussveranstaltung der Demografiewoche 2017 setzte einen Impuls für mehr Teilhabe älterer Menschen an den digitalen Möglichkeiten. Unter dem Titel „Digital vernetzt im Alter: Ich bin dabei!“ geht es darum, über Chancen und Risiken zu informieren, Sicherheitsfragen zu klären, Vertrauen zu bilden und das Zutrauen in die eigenen Möglichkeiten zu stärken. In vier ausgewählten Themenbereichen wurden ganz konkrete Erleichterungen für den Alltag vorgestellt. „Onlineshopping – Onlinebanking“, „Kommunikation und virtuelles soziales Miteinander“, „Sicherheit bei neuen Medien“ und „Vernetzung im ländlichen Räumen“. Es ging darum, dass die Teilnehmer ins Gespräch kamen und ihre persönlichen Erfahrungen einbrachten. Das gelang.

Aufgebaut war auch ein Markt der Möglichkeiten, der neben vielen Informationen auch die Gelegenheit bot, einzelne Medien und Anwendungen auszuprobieren. RBiRP konzentriert sich in seiner Berichterstattung auf die Bereiche „Verbraucherschutz“ sowie „Wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudien“.

Land und Leute digital vernetzen

Demografieministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler sieht im digitalen Wandel einen Mega-Trend, „der alle Lebensbereiche beeinflusst, den wir nicht werden anhalten können. Wir müssen uns ihm aber auch nicht ohnmächtig ergeben. Wir haben hier genauso wie beim demographischen Wandel die Chance, ihn zu gestalten.“ Die Landesregierung wolle digitale Lösungen vorantreiben. Im Mittelpunkt stehe der Nutzen für den Bürger. Rheinland-Pfalz werde Land und Leute digital vernetzen und dafür bis zum Jahr 2020 fast 125 Millionen Euro investieren.

Seniorenstudium oder Seniorenkolleg

Katharina Hein (Universität Leipzig, vom Sprecherrat der Bundesarbeitsgemeinschaft wissenschaftliche Weiterbildung Älterer, einer AG der DGWF) vertrat bei der Veranstaltung die rund 50 Hochschulen, die in Deutschland ein Senioren-Studium oder ein Seniorenkolleg anbieten. „Es gibt deutschlandweit ungefähr 40.000 Gasthörer. Es gibt allerdings kein einheitliches Format eines Studiums. Es gibt zum Beispiel ein Gasthörer-Studium in den regulären Veranstaltungen an der Universität. Es gibt aber auch die Möglichkeit der Teilnahme an einem sogenannten Seniorenkolleg. Dort werden Vorlesungen organisiert, die speziell für die-

sen Adressatenkreis ausgerichtet sind. Viele Universitäten, wie zum Beispiel die Universität Leipzig, bieten beide Formate an.“

➔ **Link:** www.dgwf.net

Im Ruhestand nicht in die Geruchsbarkeit zurückziehen

Dr. Margot Klinkner von der ZFH schildert mit Blick auf Rheinland-Pfalz: „Menschen, die sich nicht von vornherein beim Eintreten in den Ruhestand in die Geruchsbarkeit zurückziehen möchten, können sich an unsere Landesorganisation wenden. Weiterbildungsmöglichkeiten kann unsere Zentralstelle für Fernstudien in Koblenz anbieten. Wir arbeiten mit Fachhochschulen in drei Bundesländern zusammen. Wir sind speziell auf Fachhochschulen ausgerichtet und bieten lebensbegleitende Angebote an, die man neben anderen Verpflichtungen sehr gut im Blended Learning-Format absolvieren kann. Wir haben Materialien, die eigens fürs Fernstudium aufbereitet sind.“

Wir haben auch das ZWW (Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung) der Universität Mainz an Bord. Das ZWW hat zum Beispiel ein Programm „Studieren 50 plus“ aufgelegt. Es passt für Menschen, die sich nicht wirklich zur Ruhe setzen und sich weiterbilden wollen.“

➔ **Links:** www.zfh.de
www.zww.uni-mainz.de

Blended Learning bietet Vorteile beim berufs begleitenden Studieren

Dr. Konrad Faber und Meike Schmidt (VCRP) kommen vom Virtuellen Campus Rheinland-Pfalz mit Sitz in Kaiserslautern. Der VCRP ist eine gemeinsame wissenschaftliche Einrichtung aller zwölf Hochschulen in Rheinland-Pfalz. Diese sind versammelt in der Landeshochschulkonferenz. Für die ist der Virtuelle Campus als wissenschaftliche Einrichtung tätig. „Wir unterstützen die Hochschulen mit einer Online-Lernplattform bei der Integration von digitalen Medien in die Lehre. Wir bieten Schulungen an, Beratung und Service, wie man seine Veranstaltungen zum Beispiel im Blended-Learning-Format verpacken kann. Das geschieht über die Lernplattformen OLAT (Online Learning and Training).“ Dr. Faber sieht im Blended Learning ein wichtiges Szenario, weil es vor allem beim berufs begleitenden Studieren Vorteile bietet. „Es gibt in Rheinland-Pfalz eine Reihe von Projekten, die sich gerade um die Entwicklung von Formaten im Hinblick auf die Öffnung von Hochschulen für nicht traditionelle Zielgruppen (z. B. ohne Abitur) kümmern.“

➔ **Links:** www.vcrp.de
www.uni-kl.de/eteaching/lernplattform

Fotos: Wolfgang Wünschel



Das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) der Universität Mainz stellte auf der Veranstaltung die aktuelle Broschüre der „PC- und Internet-Treffs für ältere Menschen in Rheinland-Pfalz“, vor, die vom Demografieministerium gefördert wird. Die Treffs bieten Beratung, Begleitung und Hilfe bei den alltäglichen Fragen im Umgang mit neuen Medien. In mehr als 60 regionalen Treffs in Rheinland-Pfalz werden die Hilfesuchenden von gleichaltrigen ehrenamtlichen Internet-Tutorinnen und -Tutoren beim Einstieg in die digitale Welt unterstützt.



VERBRAUCHERZENTRALE

Hilfestellung für alle Altersstufen – Barbara Steinhöfel ist Referentin für den Bereich Telekommunikation /Digitale Medien bei der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz. Diese stellt Angebote für Verbraucher aller Altersgruppen bereit. „Wir gehen auch in Familieninstitutionen und wir kommen an die Schulen. Und dann bieten wir auch Verschiedenes für Senioren an. Wir sind eingestellt auf das Thema Digitalisierung und Medienkompetenz für alle Altersklassen.“



Zum einen sind das Kurse und Vorträge. Wir arbeiten eng zusammen mit „Silver Surfer“ und bieten auch Kurse für aktive Internetnutzer in unseren Beratungsstellen an. Wir beraten auch zu den Themen Mobilfunk oder Telefonvertragswechsel. Einzelberatungen können auch via Skype stattfinden. Da muss der Ratsuchende auch nicht unbedingt in die Beratungsstelle kommen, wenn er schon ein wenig internetaffin ist.“

➔ **Links:** www.verbraucherzentrale-rlp.de
www.silversurfer-rlp.de



Bezirk Koblenz

► BEZIRKSVERSAMMLUNG

Rechtssicherheit im Schulalltag

Im November 2017 veranstaltete der Bezirksverband in Koblenz eine offene Bezirksversammlung zum Thema „Rechtssicherheit im Schulalltag“. Beate Voigtländer, Referatsleiterin für Realschulen plus, und Justiziar Thomas Caspers von der ADD Außenstelle Koblenz beantworteten zahlreiche Fragen.



Im ersten Teil der gut besuchten Veranstaltung berichtete Bezirksvorsitzender Benjamin Bajraktari über die Aktivitäten des Bezirksverbandes. Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmer über die Stärkung der Delegiertenarbeit im Bezirk. Im zweiten Teil lag das besondere Augenmerk auf dem Thema „Rechtssicherheit im Schulalltag – Ihre Fragen aus der Schule“.

Der Bezirksverband Koblenz erhält zunehmend Anfragen, die den Kolleginnen und Kollegen Rechtssicherheit geben sollen, und bot mit dieser Veranstaltung interessierten Lehrkräften eine Plattform an, in der sie ihre rechtlichen Fragen aus der Schule durch kompetente Ansprechpartner aus der ADD-Außenstelle Schulaufsicht Koblenz beantworten lassen konn-

ten. Referatsleiterin Beate Voigtländer und Rechtsexperte Thomas Caspers stellten sich den zahlreichen Fragen des aufmerksamen und interessierten Publikums. Die Anfragen – u. a. zur Aufsichtspflicht, zum Medienrecht, zur Notengebung, zur Elternmitwirkung, zur Teilzeitbeschäftigung und zur Elternzeit – deckten das dienst- und schulrechtliche Spektrum ab.

Das Resümee zur Veranstaltung fiel äußerst positiv aus. Auch im neuen Jahr wird der Bezirksverband Koblenz seinen Mitgliedern eine aktuelle und praxisnahe Veranstaltung anbieten.

Fotos: Claus Brier



Christian Theisen
christian.theisen@vrb-rlp.de

„Der Lehrberuf war schon immer mein Traumberuf!“

Beate Voigtländer ist Leiterin des Referats 35 Schulaufsicht, Schulberatung und Schulentwicklung für Realschulen plus an der Außenstelle Schulaufsicht Koblenz. Mit ihr führten Mitglieder des Bezirksvorstandes ein Gespräch mit unterschiedlichen Fragestellungen, die sich nicht nur auf ihre Funktion als Schulaufsichtsbeamtin beschränkten. Das Gespräch führten Bengjamin Bajraktari, Nicole Weiß-Urbach (li.) und Eva Schlegel (re.).



Das Interview erscheint in zwei Teilen. Im ersten Teil schildert sie ihren beruflichen Werdegang und beschreibt ihre Aufgaben in der ADD. Wir erfahren, was ihr dabei Freude macht und welchen Führungsstil sie pflegt.

RBiRP: Wie sah Ihr beruflicher Werdegang aus?

Beate Voigtländer: Ich habe zunächst die Fächer Deutsch und Erdkunde für das Lehramt an Grund- und Hauptschule studiert und war Lehramtsanwärterin an der Hauptschule in Remagen. Meine Erweiterungsprüfung im Fach Musik legte ich zwei Jahre später ab. Über die Grund- und Hauptschule Petersackerhof in Oberdiebach führte mich mein Weg als Schulleiterin nach Oberwesel. Seit 2012 bin ich Referentin an der ADD Außenstelle Schulaufsicht Koblenz.

Was hat Sie bewogen, die Lebendigkeit und die Vielfalt des Schullebens gegen die Tätigkeit in der Schulaufsicht einzutauschen?

Unsere Arbeit in der Schulaufsicht ist ebenso lebendig, allerdings auf andere Art und Weise. Man muss vieles unter einen Hut bringen, Entwicklungen weiterbringen, Probleme lösen und vieles mehr. Ich versuche, Schulaufsicht im Sinne unserer Schulen positiv zu gestalten. Manchmal ist es eine Herausforderung, pädagogische

Ziele, Probleme und Entwicklungen mit den gesetzten Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Aber gerade diese Wege zu finden, macht mir Freude.

Vermissen Sie die Arbeit an einer Schule?

Ich vermisse die Schule, denn Lehrerin zu werden war schon immer mein Wunsch. Der Lehrberuf war mein Traumberuf.

Was gehört im Einzelnen zu Ihrem Aufgabenbereich?

Grundsätzlich zählt zu meinem Aufgabenbereich, dass ich mehr führen, harmonisieren, organisieren und strukturieren muss. Darüber hinaus bin ich zuständig für die Koordinierung der Arbeitsbereiche innerhalb des Referates. Die inhaltliche Arbeit bezieht sich auf die Personalplanung des Bezirks, auf Statistik und Einstellungsverfahren.

Ich verrete unser Referat nach außen und arbeite eng mit den Referaten im Bildungsministerium und in der ADD Trier und der Außenstelle Neustadt zusammen.

Die Betreuung der Schulen in der Region Bad Kreuznach habe ich glücklicherweise behalten, ebenso zwei Schulen aus dem Rhein-Lahn-Kreis.

Was bereitet Ihnen Freude?

Ich lerne sehr viele Schulgemeinschaften

kennen und schätzen. Mir ist es wichtig, zu allen Menschen, mit denen ich arbeite, eine gute Beziehung zu pflegen; denn das ist die Basis für eine gelingende Zusammenarbeit. Ich bin beeindruckt von der Arbeit und dem Engagement der Menschen an den Schulen und es tut mir gut, mit diesen kompetenten Menschen zusammenzuarbeiten. Der Lehrberuf verdient in meinen Augen Anerkennung und Respekt. Er ist ein Beruf, der jede Wertschätzung verdient.

Schafft der Titel „Schulaufsicht“ nicht mehr Distanz als Nähe?

Zu meinem Führungsstil gehört, dass man „auf Augenhöhe“ Probleme löst. Ich akzeptiere, dass Schulleiter hin und wieder eine andere Meinung haben, weil sie bestimmte Sachverhalte aus einer anderen Perspektive betrachten. Wichtig ist mir, dass wir das Beste für die Schulen erreichen.

Das Interview wird fortgesetzt. Im nächsten Heft berichtet Beate Voigtländer, wie sie die Qualitätsarbeit der Schulen einschätzt und worin sie die Stärken der Realschule plus sieht.

Foto: VRB



► „LORD OF THE BOARD“

Erfolgreiche Smartboard-Schulung speziell für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter

Ende November lud der VRB-Bezirksverband die Examenskandidatinnen und -kandidaten des Studienseminars in Koblenz zu einer kostenlosen Smartboard-Schulung ein. Es war bereits die zweite Veranstaltung dieser Art. Sie fand an der Clemens Brentano-/Overberg Realschule plus statt.

Bezirksvorsitzender Bengjamin Bajraktari begrüßte gemeinsam mit Nicole Weiß-Urbach und Christian Theisen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die gerade in der „heißen Phase“ ihrer Ausbildung steckten.

Perspektiven – Forderungen – Ziele

Allerhand Wissenswertes rund um die Verbandsarbeit, über die bildungspolitischen Forderungen und Ziele des VRB sowie über das Einstellungsverfahren nach dem Vorbereitungsdienst und die damit verbundene aktuelle Stellensituation erfuhren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Bengjamin Bajraktari, der auch im Anschluss an die Veranstaltung noch viele Fragen individuell und mit viel Zeit für jedes Anliegen beantwortete.

Mit dem Medium vertraut gemacht

Nicole Weiß-Urbach, die als Lehrerin an der „Clemi“ ein Heimspiel hatte, führte mit den jungen Nachwuchslehrkräften die Smartboard-Schulung durch. Sowohl Anfänger als auch Fortgeschrittene kamen dabei auf ihre Kosten und lernten den einen oder anderen Kniff und Trick rund um dieses Medium kennen. Für einige war es sogar das erste Mal, dass sie überhaupt an einem Smartboard arbeiteten.



Am Ende der Veranstaltung waren sich Vorstandsmitglieder und Teilnehmer einig: Das war eine rundum informative und lohnenswerte Veranstaltung.



Fotos: Christian Theisen



Bezirk Neustadt

► VRB-FORTBILDUNG FÜR NEUGEWÄHLTE PERSONALRÄTE

Beteiligungsrechte, Pflichten und Geschäftsführung

Der Bezirksvorstand Neustadt lud zur ersten Personalräteschulung nach der Wahl ein. Mehr als 60 Personalräte kamen nach Mutterstadt, um sich über zentrale Themen der Personalratsarbeit zu informieren und zahlreiche Fragen aus ihrem schulischen Umfeld zu stellen.



Interessiert zeigten sich die Anwesenden an den Berichten der Personalratsarbeit in Haupt- und Bezirkspersonalrat. Michael Eich stellte die Tätigkeit des Hauptpersonalrats umfassend dar und beantwortete

in diesem Zusammenhang viele Fragen, die die Teilnehmer bewegten.

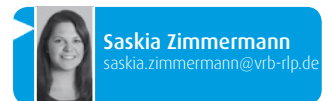
Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf den zentralen Aufgaben, Rechten und Pflichten sowie der Geschäftsführung des Personalrats. Dabei gingen die Referenten in ihren Ausführungen auf folgende Schwerpunkte ein: Mitbestimmung und Beteiligung (Saskia Zimmermann-2.v.li.), das Vierteljahresgespräch (Katharina Bitzre.), Bildung des Vorstands und dessen Aufgaben (Regina Bollinger-3.v.re.), die Sitzungen und deren Niederschriften (Martin Radigk-2.v.re.) sowie den Jahresplan der ÖPR-Arbeit (Christoph Schneider-li.).

Im Anschluss an die Vorträge konnte man sich nach individueller Interessenslage an einem Table Talk zu verschiedenen Schwerpunkten zusammenfinden. So wurden zum Beispiel Themen im Bereich der IGS oder für neu gewählte Personalräte, aber auch für Ganztagschulen, zur Personalversammlung oder zum Gebot der

vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Schulleitung angesprochen. Ziel dabei war es, einen Erfahrungsaustausch anzuregen, individuelle Fragen und Anliegen zu sammeln und gezielt zu beantworten. Dabei konnten auch Anregungen für die weitere Verbandsarbeit mitgenommen werden.

Die nächste Personalräteschulung wird am 22. Februar stattfinden und sich mit dem Schwerpunkt Gliederungsplan beschäftigen. Um sowohl den erfahrenen als auch den erstmals gewählten Personalräten möglichst gerecht zu werden, sind verschiedene Workshops vorgesehen.

Fotos: Wolfgang Wünschel



► VRB VOR ORT

Studienseminar Wallertheim hat Arbeit aufgenommen

Im rheinhessischen Wallertheim befindet sich seit August 2017 ein neues Studienseminar für das Lehramt an Realschulen plus. Wallertheim liegt zentral im Einzugsgebiet des Seminars zwischen Bingen und Bobenheim-Roxheim. Der Bezirksvorstand Neustadt besuchte die Ausbildungsgruppe und die Seminarleitung in Wallertheim, lernte die neuen Örtlichkeiten kennen und stellte sich den Fragen der Lehramtsanwärter.



Helle und offene Räume, eine gut bestückte Bibliothek, bewegliche Wände und eine Ecke mit Konstruktions- und Hängesesseln. Das waren die ersten räumlichen Eindrücke der VRB-Vertreter vor Ort.

Alles wirkt noch neu

Hier und da fehlen noch Bilder. Aber Lehrende und Lernende haben sich bereits eingelebt. Für eine lange Eingewöhnungsphase bleibt auch keine Zeit, denn für die Umzugs-Anwärter aus Oberdiebach geht die Ausbildung ohne Unterbrechung weiter.

Seminarleitung und VRB-Team als Gesprächspartner

Auch die Seminarleitung – Howe Biemann (3. v. re.) und Dieter Jäger (2. v. li.) – bekam keine Pause. Die Mitglieder des Bezirksvorstands Neustadt überbrachten Glück- und Erfolgswünsche und boten die Unterstützung des VRB an.

Die vielfältigen Fragen der Referendare wurden beantwortet. Die BPR-Mitglieder Martin Radigk (re.) und Bengjamine Bajraktari (li.) konnten in zahlreichen persönlichen Gesprächen Ratschläge in Bezug auf das nahende Ausbildungsende mit auf den Weg geben. Die Personalräte kamen mit ihren Themen insbesondere auf Saskia Zimmermann (Bezirksvorsitzende und Mitglied im HPR-Vorstand – 2. v. li.) zu. Zur gleichen Zeit waren Heidi Becker (2. v. re.) und Michelle Lindner mit den Seminarvertretern im Gespräch.

Termin Tipps



Am 2. März können sich am Vorbereitungsdienst interessierte Personen von 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr in ungezwungener Atmosphäre im Seminar Wallertheim informieren und dabei auch das Seminarpersonal kennenlernen.

Das nächste Treffen ist für die Ausbildungsgruppe geplant, die am 1. August 2018 eingestellt wird.

Fotos: Michelle Lindner



Saskia Zimmermann
saskia.zimmermann@vrb-rlp.de

VRB auf Spurensuche: Die Zahlensymbolik im Dom zu Speyer

Jeder der 30 Teilnehmer kennt den Dom von vielen privaten oder auch schulischen Exkursionen und Begehungen. Aber eine solche Fülle von Informationen, die Franz Dudenhöffer – kompetenter Begleiter durch den Dom – bei einer Führung im Herbst anbot, brachte die Gruppe des VRB Rheinhessen-Pfalz zum Staunen.



Schwerpunkt Zahlensymbolik

Herr Dudenhöffer war über viele Jahre hinweg Vorsitzender des Speyrer Kunstvereins und ist damit mit „seinem“ Dom höchst vertraut. Er führte auf dem bekannten Weg um und durch den Dom (Außenbeichtigung, Kreuzweg, Chor, Krypta und Kirchenschiff) zu immer neuen Perspektiven. Den Schwerpunkt legte er auf die Zahlensymbolik, die der architektonischen und bautechnischen Ausgestaltung des Domes inne liegen. Die zwölf Pfeilerpaare des Mittelschiffs stehen beispielsweise für die zwölf Apostel, das Fundament der Kirche.

Die Schraudolph-Fresken

Ein weiteres Erlebnis war der Aufstieg in den Kaisersaal. Der 90 Stufen über der Vorhalle gelegenen Kaisersaal beherbergt neun monumentale Fresken des „Nazareners“ Johann Baptist Schraudolph, die

ehemals an den Wänden des Querhauses zu sehen waren. Im Zuge der großen Domrestaurierung wurden sie Mitte des 20. Jahrhunderts von dort entfernt und zunächst verwahrt. 2012 kamen sie zurück in den Dom, in den dafür eigens völlig neu gestalteten Kaisersaal. Die Bilder zeigen Szenen aus dem Leben des Bernhard von Clairvaux, des Erzmärtyrers Stephanus und des Papstes Stephan I, dessen Kopfreliquie im Dom verehrt wird. Kernstück ist die „Marienkrönung“, die bis 1957 in der Apsis des Chorraums angebracht war und eine Grundfläche von 70 Quadratmetern besitzt.

Aussichtsplattform im Südwestturm

Die Organisatoren der Veranstaltung, Klaus Hirsch und Gudrun Deck, begleiteten den weiteren Aufstieg mit 214 Stufen zur Turmspitze des Südwestturms. Hier befindet sich in rund 60 Metern Höhe eine

Aussichtsplattform. Der Gruppe bot sich bei guter Fernsicht ein einzigartiger Rundblick über die Stadt Speyer, den Rhein und die Rheinebene.

Ein gemütlicher Ausklang im nahegelegenen „Domnapf“ rundete die besondere Begehung „unseres“ Speyrer Doms ab.

*Text: Klaus Hirsch
Foto: Wolfgang Wünschel*

► VRB IM HISTORISCHEN MUSEUM

Mythos Löwenherz: König – Ritter – Gefangener



Fast vierzig VRB-Mitglieder – aufgeteilt in zwei Gruppen – waren im Historischen Museum in Speyer dem Mythos Löwenherz auf der Spur. Zum ersten Mal in Europa befasst sich eine Ausstellung mit dem Leben und Wirken von Richard Löwenherz. 180 Exponate, filigrane Kunstschätze, kunstvolle Miniaturen, prachtvolle Handschriften und archäologische Fundstücke können von den Besuchern bestaunt werden. Selbst die Queen hat eine edle Statue, Richard zu Pferd, für die Ausstellung zur Verfügung gestellt.

Anhand aufwendiger Animationen kann der 3. Kreuzzug, an dem Richard schon bald nach seiner Krönung 1189 teilnahm, von den Besuchern nachvollzogen werden. Auf diesem Kreuzzug, den Richard als wagemutiger Ritter anführte, entstand der Mythos Löwenherz. Er führte nicht nur an, sondern ging auch Zweikämpfe unter Einsatz seines Lebens ein. Aber er scheute auch nicht vor Massakern, z. B. in Acon, zurück und erhob Machtansprüche. Damit schuf er sich viele Feinde. Dies führte auf dem Rückzug zu seiner Gefangennahme in Österreich durch Leopold V. und damit auch zu seinem Aufenthalt auf dem Trifels. Sein Lösegeld betrug 100.000 Mark Silber, etwa 23 Tonnen, das entsprach etwa seinem dreifachen Staatshaushalt.

Die Jahre nach seiner Freilassung sind geprägt von Auseinandersetzungen mit seinem einstigen Verbündeten, dem französischen König Philipp II. Bei der Belagerung einer Burg in Frankreich wird Richard von einem Armbrustpfeil getroffen und stirbt einige Tage

später, am 6. April 1199, in den Armen seiner Mutter Eleonore von Aquitanien. Auch das Bleikästchen, in dem jahrhundertlang sein Herz in der Kathedrale von Rouen aufbewahrt wurde, ist in der Ausstellung zu sehen.

Nach dem eindrucksvollen Rundgang durch die Ausstellung fand ein gemeinsamer Austausch zur Ausstellung im nahegelegenen Domhof statt. Einig waren sich die Teilnehmer, dass die Präsentation durchaus auch die Schattenseiten des Mythos Löwenherz beleuchtet.

Fotos: Klaus Schall und Wolfgang Wünschel





Bezirk Trier

► BEZIRKSVERSAMMLUNG

„Nie aufgeben und motiviert bleiben“

hieß es auf der Bezirksversammlung des Bezirks Trier. Anfang November trafen sich interessierte Kolleginnen und Kollegen im Seehotel in Kell am See, um gemeinsam mit dem Mental- und Motivationstrainer Holger Jungandreas herauszuarbeiten, wie man den Herausforderungen des Schulalltags motiviert entgegentreten kann.

Bezirksvorsitzender Christoph Krier griff in seiner Begrüßung der Delegierten und interessierten Kolleginnen und Kollegen die Ergebnisse der Personalratswahlen 2017 sowie die Zusammensetzung der Stufenvertretungen auf. Hierbei hob er hervor, dass der VRB im HPR im Vorstand vertreten ist und im BPR mit Erwin Schneider den Vorsitzenden stellt. Zugleich stellte er klar, dass der VRB energisch für die Qualität der Realschule plus und für bessere Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte kämpfe.

Zu Beginn seiner Ausführungen erklärte Holger Jungandreas, dass die Motivation eines jeden einzelnen von dessen „Selbstliebe“ ausgehe und von ihr abhängig sei. Nur wenn man dies erkenne, könne man das Ziel „Nie aufgeben und motiviert bleiben“ erreichen.

Hat man dies für sich erkannt, dann muss man sich der „sieben Stützen der Motivation“ bedienen, um das eigene Motivationsziel zu erreichen.

Die sieben Stützen

Die erste Stütze ist die der Wiederholungen im Handeln. Routine und Rituale, wie wir sie im Schulalltag nutzen, müssen konsequent eingehalten und durchgeführt werden. Die Wiederholungen müssen mit positiven Bildern (2. Stütze) und bestärkenden Gefühlen (3. Stütze) ergänzt werden, um sich im Handeln und Denken des Einzelnen zu verankern. Das sei aus der Entwicklungspsychologie bewiesen. Die vierte Stütze ist die des Glaubens an sich selbst und an das eigene Ziel. Hat man sein Ziel klar definiert und stets

vor Augen, stellt sich die Motivation fast von alleine ein. Man muss sich selbst und andere vom Ziel überzeugen und dabei so tun als ob (5. Stütze) es selbstverständlich sei. In diesem Sinne zu agieren und dementsprechend ins Handeln zu kommen, umfasst die 6. Stütze. Wenn das Ziel nur ein geistiges Konstrukt bleibt und man nicht handelt, kann das Ziel nie erreicht werden.

Schließlich muss die letzte Stütze der Eigenmotivation, nämlich der Wille, nie aufzugeben, vorhanden sein, um sein Vorhaben zu erreichen.

Der Wille spielt eine entscheidende Rolle

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten nicht nur theoretische Informationen zur Selbstmotivation, sondern konnten durch praktische Übungen erfahren, wie schlechte Stimmung die eigene Kraft schwinden lässt und wie negative Gedanken, die in einem Raum vorhanden sind, das Handeln und die Stärke eines Einzelnen derart beeinflussen, dass die eigene Motivation und Willensstärke schwindet und das Vorhaben scheitert.

Doch auch der umgekehrte Effekt lässt sich wunderbar herbeiführen: Sind alle motiviert und tragen eine positive Grundstimmung in sich, kann man alles schaffen und das angestrebte Ziel erreichen.



Holger Jungandreas visualisiert das Stufen-system der Eigenmotivation

Fotos: Holger Schwab



Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de

► ERSTE VRB-PERSONALRÄTEFORTBILDUNG NACH DEN NEUWAHLEN

Grundlagen der Personalratsarbeit



Der Einladung der Bezirksverbände Koblenz und Trier zu einer Fortbildung der Örtlichen Personalräte folgten im November zahlreiche Personalratsmitglieder an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen. Der Schwerpunkt der Fortbildungsveranstaltung lag darin, wesentliche Aspekte der Personalratsarbeit am Anfang einer neuen Wahlperiode darzustellen und zu vertiefen. Die Schulung führten Nicole Weiß-Urbach, Anna Becker, Wolfgang Seebach, Benjamin Bajraktari, Timo Lichtenthäler und Erwin Schneider durch.

Personalratssitzungen

Anna Becker stellte in ihrem Beitrag den Rechtsrahmen dar, der bei Einberufung und Durchführungen von Sitzungen und Gesprächen zu beachten ist. Sie erklärte, dass an den Sitzungen in erster Linie nur die gewählten Mitglieder teilnehmen dürfen, und erläuterte, wer beratend durch den/die Vorsitzende(n) eingeladen werden kann. So sei es zum Beispiel ratsam, zu einem Vierteljahresgespräch alle Schulleitungsmitglieder und auch die Gleichstellungsbeauftragte einzuladen. Anna Becker betonte, dass alle Sitzungen schriftlich zu dokumentieren seien, damit alle Beschlüsse jederzeit nachgelesen werden können. Für neu gewählte Örtliche Personalräte sei es auch wichtig, sich auf der Grundlage der Dokumentationen auf bereits in den vorangegangenen Amtszeiten getroffene Beschlüsse berufen zu können. Während einer praktischen Übungsphase konnten die Teilnehmer sich austauschen und eine simulierte ÖPR-Sitzung durchführen.

Personalversammlung

Die Vorgehensweise bei der Personalversammlung wurde von Nicole Weiß-Urbach erläutert. In der Regel fände die erste Personalversammlung im auf die Wahl folgenden Jahr statt, danach mindestens einmal pro Kalenderjahr. Sie gäbe den Kolleginnen und Kollegen einer Schule die Möglichkeit des Austausches und der Weiterentwicklung. Das Einladungsrecht liege beim Personalrat. Die Schulleitung werde ebenfalls eingeladen und könne teilnehmen.

Personalräteschulung

Save the date

21. Feb. 2018 in Koblenz
22. Feb. 2018 in Mutterstadt
28. Feb. 2018 in Kell am See



Rechte und Pflichten des Örtlichen Personalrates

Neben den regelmäßigen Treffen des Personalrates und den Tätigkeiten im Laufe des Schuljahres wurde den Zuhörern eine Übersicht über weitere Rechte und Pflichten gegeben. Wolfgang Seebach schilderte unter anderem, dass die Freistellung der ÖPR-Mitglieder über die Formel der Mindestfreistellung hinaus durch eine Dienstvereinbarung erhöht werden könne. Der Personalrat sei fortlaufend und umfassend durch die Dienststellenleitung zu unterrichten. Die Basis hierfür sei das Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Schulleitung und Personalrat. Dabei gelte die Verschwiegenheitspflicht auch über das Ausscheiden aus dem Amt hinaus.

Der ÖPR-Jahresplan

Der ÖPR-Jahresplan, der von Benjamin Bajraktari vorgestellt wurde, zeigte in einer Übersicht vor allem neu gewählten Personalratsmitgliedern, welche Tätigkeiten im Laufe des Jahres anfallen. Die Organisation lasse sich nach Bajraktari für die örtlichen Personalräte anhand eines strukturierten Ablaufes deutlich vereinfachen, um die zahlreichen Aufgabenfelder verantwortungsvoll zu meistern.

Berichte aus BPR und HPR

Die Teilnehmer wurden durch Erwin Schneider, er ist Vorsitzender des Bezirkspersonalrats Realschulen plus, kurz über die neuesten Handreichungen der ADD informiert. Gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden und HPR-Mitglied Timo Lichtenthäler betonte er, dass man im Rahmen der Stufenvertretung regelmäßig zu Gesprächen mit den Verantwortlichen der ADD und dem Bildungsministerium zusammenkäme.

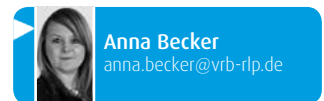
Erwin Schneider und Timo Lichtenthäler verdeutlichten, dass die Umsetzung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) nach wie vor schwierig sei und das Bildungsministerium bzw. die ADD nun die „selbstverantwortliche Schule“ voranbringe.

Timo Lichtenthäler berichtete schwerpunktmäßig aus dem HPR Realschulen plus. Er informierte über die bisher stattgefundenen Wechselprüfungen, die damit verbundene höhere Besoldung sowie von dem Gespräch mit der Bildungsministerin Dr. Hubig. Er gab darüber hinaus einen Überblick über wesentliche Veränderungen von Vorschriften: Die Übergreifende Schulordnung werde derzeit überarbeitet. Der Hauptpersonalrat habe insbesondere solche Regelungen kritisiert, die Mehrbelastungen der Lehrkräfte erwarten ließen.

Fragerunde aus dem ÖPR-Alltag

Zum Schluss beantwortete der Bezirksvorsitzende des Bezirkes Koblenz, Benjamin Bajraktari, den ÖPR-Mitgliedern aktuelle Fragen aus dem Schulalltag und gab hilfreiche Tipps für die Arbeit im ÖPR.

Fotos: Anna Becker, Wolfgang Seebach



► ADVENTSKAFFEE DER PENIONÄRE

Es fehlen Ressourcen und Unterstützungsangebote



In bewährter Tradition trafen sich auch 2017 die Pensionärinnen und Pensionäre des Bezirks Trier in Mertesdorf, um sich über die aktuellsten Entwicklungen in der rheinland-pfälzischen Schulpolitik auszutauschen. An Kritik fehlte es dabei nicht.



Getreu dem Weihnachtslied „Leise rieselt der Schnee“ wurden viele der Pensionärinnen und Pensionäre im Bezirk Trier Mitte Dezember vom Wintereinbruch überrascht, was zur Folge hatte, dass der Teilnehmerkreis – (v. links) Christoph Krier, Wolfgang Seebach, Birgitt Maczuck, Hermann Erschens, Gerhard Klein und Rainer Graupner – einem vertrauten Familientreffen glich.

Foto: VRB

Bezirksvorsitzender Christoph Krier und Wolfgang Seebach (Mitglied des Bezirksvorstandes) begrüßten die Anwesenden und stellten sich den Fragen der ehemaligen Kollegin und Kollegen. Diskutiert wurde über das unzureichende Ressourcenmanagement seitens des Bildungsministeriums und über die Herausforderungen, denen sich die Kolleginnen und Kollegen tagtäglich ausgesetzt sehen. „Sie können das nicht alles schaffen. Und erst recht nicht, wenn Schulleitungsstellen vakant sind, das Besetzungsverfahren sich in die Länge zieht und die Führung fehlt“, konstatiert Gerhard Klein. Zugleich legt er den Fokus auf die FOS und die Probleme, denen sich Monostandorte ausgesetzt sehen. „Hier muss gegengesteuert werden!“, fordert er.

Birgitt Maczuck berichtet den Anwesenden von ihren Erfahrungen, die sie mit der Sprachförderung in der Grundschule sammelt und kritisiert, dass die Integration, die nur über die Sprache erfolgen kann, in der Grundschule zu kurz komme. „Wenn das Stundenkontingent für den Schüler aufgebraucht ist, ist Schluss mit der Sprachförderung. Und dann heißt es abwarten, bis der Wechsel zur weiterführenden Schule erfolgt.“ Bis dahin ist das Erlernete in Vergessenheit geraten, da kein Üben und Anwenden in einer kleinen Lerngruppe erfolgte.

Die Teilnehmer sehen in der aktuellen Bildungspolitik eher ein Verwalten und vermissen Initiativen in Richtung Leistung und Leistungsbereitschaft. „Die Gesellschaft und die täglichen Herausforderungen haben sich gewandelt, wir Lehrer müssen darauf reagieren, doch leider fehlen uns ausreichend Ressourcen und Unterstützungsangebote dazu.“, hält Christoph Krier fest. „Wir benötigen mehr Lehrkräfte und ein multiprofessionelles Team, das hier Hand in Hand arbeitet – sowohl für die Kolleginnen und Kollegen als auch für die Schülerinnen und Schüler.“

Der Bezirksvorsitzende dankte den Anwesenden für ihr Kommen und den regen Austausch, aus dem Impulse für die Weiterarbeit des VRB hervorgingen.



„Für die Lösung unserer gemeinsamen Aufgaben brauchen wir Teamgeist und Solidarität“

Trauer um den ehemaligen Landesvorsitzenden Karl-Heinz Dahlke

Im Mai 1990 wählte ihn die Hauptversammlung zum VDR-Landesvorsitzenden. Der Schulleiter der Erich-Kästner-Realschule Hermeskeil mit einst zeitweise bis zu 1.200 Schülerinnen und Schülern war politisch auch als Stadtbürgermeister seiner Heimatstadt engagiert. Aber weniger die Kommunalpolitik, sondern vielmehr die Schule sei seine Berufung, erklärte er immer wieder. Ehefrau Uschi ergänzte dann, dass er auch die Politik „gern gemacht“ habe: „Er war ein Vollblutpolitiker!“, sagte sie, und unterstrich damit die Wertschätzung, die Karl-Heinz Dahlke partei- und verbandsübergreifend entgegengebracht wurde.

Karl-Heinz Dahlke übernahm quasi aus dem Stand den Landesvorsitz des VDR und amtierte von 1990 bis 1993. Seine schulpolitische Souveränität und Uner-schrockenheit basierte auf einer langjährigen kommunalpolitischen Erfahrung. Was ihn darüber hinaus jedoch gleichermaßen auszeichnete, war sein Sachverstand und pragmatischer Weitblick. „Wir haben uns an den Realitäten zu orientieren“, erklärte



Karl-Heinz Dahlke im „Trierischen Volksfreund“ am 1. Juli 2007, dem Tag seines 70. Geburtstages. Hier in der Presse nahm er nochmals Rückblick auf die vielfältigen Entwicklungen seiner Realschule Hermeskeil. Die zählte im Bereich des Fremdsprachenunterrichts, des Computereinsatzes und des Berufswahlunterrichtes zu den „Vorreitern“ der Realschulen in Rheinland-Pfalz.

In einem Gespräch, das wir in einer Ausgabe von „VDR-aktuell“ 1990 veröffentlich-

ten, sagte Karl-Heinz Dahlke: „Wir dürfen nicht wegsehen und untätig geschehen lassen, was uns missfällt. Wenn wir Lebensbereiche mitgestalten und weiterentwickeln wollen, dann finden wir in Parteien und Interessenverbänden die besten Einflusschancen. Wir sind allein schwach, vereint aber mächtig oder doch mindestens geschützt. Für die Lösung unserer gemeinsamen Aufgaben brauchen wir Teamgeist und Solidarität.“ Auf die Frage nach dem individuellen zeitlichen Aufwand und der hohen Verantwortung antwortete Karl-Heinz Dahlke entspannt und gelassen: „Arbeit erdrückt mich nicht, sie macht mir auch Freude. Mitgestalten zu können, auf welcher Ebene auch immer, kann ein Teil Lebenserfüllung bedeuten.“

Karl-Heinz Dahlke verstarb am 30. Oktober 2017, wenige Monate nach Vollendung seines 80. Geburtstages. Wir behalten unseren ehemaligen Landesvorsitzenden in dankbarer Erinnerung.

Bernd Karst (Foto: VRB-Archiv)

Ministerialrat a.D. Gerhard Weuthen verstorben

Am 25. Februar 2017 feierte Ministerialrat a.D. Gerhard Weuthen – von 1963 bis 1980 Referent für die Realschulen im Kultusministerium Rheinland-Pfalz – seinen 100. Geburtstag. Georg Stenner, sein Nachfolger im Amt, würdigte am Anfang dieses Jahres in dieser Zeitschrift seine Lebensleistung und die von ihm verantworteten Weichenstellungen für die Realschule, die bis in die Gegenwart reichen. Nun ist er am 20. November 2017 in Köln verstorben.

Sein Tod bietet noch einmal Anlass, auf sein Wirken hinzuweisen und es zu wür-



digen, auch wenn es heute in den Realschulen des Landes sicherlich nicht mehr sehr viele gibt, die sich an ihn erinnern. Gerhard Weuthen hatte immer das Wohl der ihm – wenn auch in seinem Amt nur indirekt – anvertrauten Schülerinnen und Schüler im Blick. Diese innere Einstellung hat ihn bei seinem Handeln als Realschulreferent geleitet. Er verdient es, sich an ihn zu erinnern.

Georg Stenner (Foto: privat)



Bezirk Trier

85. Geburtstag

Josef Hilgers 19. Februar

80. Geburtstag

Horst F. Catrein 10. März

79. Geburtstag

Friedrich Tesch 3. März

78. Geburtstag

Ingrid Praus 17. Januar

77. Geburtstag

Klaus Nober 12. Januar
Herbert Pies 1. März

76. Geburtstag

Ruprecht Matuschek 24. Februar

75. Geburtstag

Jürgen Mayer 20. Januar

73. Geburtstag

Mechthild Büttner 10. Februar

71. Geburtstag

Manfred Schäfer 16. März

70. Geburtstag

Torsten Bialas 7. März
Harald Geißler 1. März
Anna Maria Klasen 19. Februar

Bezirk Koblenz

88. Geburtstag

Gabriele Rodenstock 19. März

86. Geburtstag

Charlotte
Hüsch-Ripplinger 2. März

80. Geburtstag

Wilfried Kälicke 14. März
Dieter Seidenberg 12. Januar

79. Geburtstag

Ernst Pobloth 31. März

78. Geburtstag

Ludwig Chmela 3. März
Helmut Kollig 28. März

77. Geburtstag

Evelyn Czybulka 10. März

74. Geburtstag

Gerwig Adam 13. Februar
Ursula Giesen 24. Februar
Klaus Ginter 26. März
Dieter Zorbach 28. Februar

73. Geburtstag

Traute Backes 27. Januar
Detlef Heep 5. Februar

72. Geburtstag

Hannelore Griesel 22. Februar
Hans-Peter Wüst 17. März
Irmtraud Schneider 20. März

71. Geburtstag

Margret Hess 1. Januar

70. Geburtstag

Constanze Kemnitz 24. Januar

Bezirk Neustadt

95. Geburtstag

Dr. Hermann Bierbaum 7. März

85. Geburtstag

Norbert Freiermuth 25. Januar
Berthold Hauck 23. Januar

83. Geburtstag

Rainer Jung 17. Februar

82. Geburtstag

Gerhard Sattel 15. Februar
Roland Speitel 14. Januar
Kunibert Stanko 26. März

81. Geburtstag

Rudolf Klöckner 8. Januar

80. Geburtstag

Werner Lugenbühl 21. Februar
Frank Peter Mutzbauer 27. Januar
Nordfrid Schiller 12. Februar
Bernd Werdich 26. Januar

79. Geburtstag

Georg Stenner 18. Januar

78. Geburtstag

Reinhard Kermann 22. Februar

77. Geburtstag

Edeltraut Bäuerlein 21. März
Axel Hübler 16. Februar
Klaus-Jürgen Pohlitz 3. Februar

76. Geburtstag

Heidemarie Stappert 8. Februar

75. Geburtstag

Karl-Heinz Heblich 2. Februar
Bernd Holler 16. Februar
Gudrun Lorenz 20. Januar

74. Geburtstag

Dietmar Gottlieb 13. März
Heinz Mahlerwein 5. Februar
Hartmut Petrus 21. Januar

73. Geburtstag

Peter Willenbacher 7. Februar

71. Geburtstag

Jürgen Braun 5. Februar

70. Geburtstag

Klaus Hirsch 24. Februar
Diether Klockner 28. Januar

Haben wir jemanden vergessen? Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind dankbar für Ihren Hinweis.

Vorschau auf das nächste Heft

In der kommenden Ausgabe ...

- berichten wir über die Ergebnisse des VRB-Fachkongresses 2018,
- interviewen wir den neuen DL-Präsidenten Heinz-Peter Meidinger,
- informieren wir über ein OVG-Urteil zu Maßstäben bei der Lehrerbeurteilung,
- erfahren Sie, mit welchen Fragen sich Bildungsministerin a. D. Vera Reiß beschäftigt,
- blicken wir auf die Ergebnisse der VDR-Bundesversammlung in Mainz,
- berichten wir über die Veranstaltungen und Seminare der Bezirksverbände,
- stellen wir eine Kollegin vor, die Haikus faszinierend findet.

Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Timo Lichtenthäler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41 / 9 11 72 84
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12 / 965 73 31
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister

Martin Radigk
Nachtigallenweg 55
67346 Speyer
Tel: 0 62 32 / 4 04 44
Fax: 0 62 32 / 1 21 33 18
schatzmeister@vrb-rlp.de

Redaktion

Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de
5.000 Stück, flyeralarm GmbH, Würzburg

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.

► DBB SENIORENVERTRETUNG

Aktualisierung des Ratgebers: „Leitfaden rund um den Pflegefall“



Zum 1. Januar 2017 sind aufgrund der Pflege-stärkungsgesetze grundlegende Änderungen des Pflegerechts in Kraft getreten. Neben der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs stellt das neue Begutachtungsverfahren die wesentliche Neuregelung dar. Egal, ob Pflegebedürftigkeit unvermittelt eintritt oder sich langsam ankündigt, Betroffene und ihre Angehörigen stehen vor einer Vielzahl von Fragen und zu treffenden Entscheidungen.

Der Ratgeber gibt einen Überblick über die wesentlichen Regelungen und Leistungen der Pflegeversicherung. Diverse Musterschreiben und Checklisten sollen helfen, die zu-stehenden Leistungen optimal zu nutzen.

**Bezugsadresse: Verlag: DBB Verlag GmbH • ISBN/ISSN: 978-3-87863-212-2
5,- Euro inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten**



Anzeige

Einer für Alle.

Werben Sie für Ihre Fachgewerkschaft ...
... und der dbb belohnt Sie mit einem Wertscheck und verlost unter allen Werbern zusätzlich einen attraktiven Sonderpreis.
(Aktionsschluss: 28. Februar 2019)

dbb
WERBEAKTION
2018

Infos:
www.dbb.de/mitgliederwerbung
Telefon: 030. 4081 - 40
Fax: 030. 4081 - 5599
E-Mail: werbeaktion@dbb.de

dbb
beamtenbund
und tarifunion

Friedrichstraße 169
10117 Berlin



KlarText!

Selbstverantwortliche Schule in Rheinland-Pfalz

**Mehr Budgetverantwortung! Mehr Personalverantwortung!
Mehr Qualitätsverantwortung! Und mehr Unterricht!?**

Die Selbstverantwortung an rheinland-pfälzischen Schulen soll weiter ausgebaut werden. Die Landesregierung hat mit dem Schulversuch „Mehr Selbstverantwortung an rheinland-pfälzischen Schulen“ erprobt, inwiefern den Schulen mehr Verantwortung in den Bereichen Budgetverwaltung, Personalauswahl und Einsatz von Verwaltungskräften übertragen werden kann. Aktuell läuft die Auswertung in einer sogenannten Transferphase. Zieht Mainz nicht die richtigen Schlüsse aus dem Schulversuch, bleiben die Schulen sich weitgehend selbst überlassen und verkümmern. Der VRB wehrt sich u. a. gegen die Abwälzung der Personalgewinnung an die Schulen bei gleichzeitiger Kürzung der Entlastungsregelungen.

Mehr Personalverantwortung und Entwicklungsverpflichtungen

Die selbstverantwortlichen Schulen, so wurde das zumindest im Rahmen des Schulversuchs gehandhabt, sind infolge einer erweiterten Budgetverantwortung befugt, Lehrkräfte zur Neueinstellung der ADD vorzuschlagen. Mittels Ausschreibungen und schulinternen Auswahlverfahren sollen Lehrkräfte für die Einstellung in unbefristete Dienst- und Beschäftigungsverhältnisse selbstständig ausgewählt werden. Indem die Schulen auf diesem Weg „passende“ Lehrkräfte einstellen können, soll auch die pädagogische Weiterentwicklung der Schule befördert werden. Die selbstverantwortlichen Schulen müssen sich verpflichten, die pädagogische Weiterentwicklung in zwei Bereichen der nachfolgenden Auswahl voranzutreiben:

1. Leistungsförderung und -feststellung,
2. Unterrichtsentwicklung,
3. Stärkung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern;
4. Individuelle Förderung: Steigerung von Fördererfolgen, Entwicklung und Vertiefung von Inklusionskonzepten

Neu einzustellende Verwaltungskräfte sollen administrative Aufgaben übernehmen, um so die Schulleitung und die Lehrkräfte im Schulalltag zu entlasten, damit diese sich verstärkt der pädagogischen Weiterentwicklung der Schule widmen können.

Kürzung der Schulleitungspauschale zur Finanzierung von Verwaltungskräften

Spätestens hier beginnen die Widersprüche! Um die Verwaltungskräfte zu finanzieren, deren Auswahl, Einstellung und Einarbeitung wohl ebenfalls den Schulleitungen überlassen bleibt, soll die Schulleitungspauschale um acht Stunden gekürzt werden. An großen Systemen führt das zu Kürzungen um 22 %, an kleinen Schulen sogar um 44 %. Die selbstverantwortlichen Schulen haben demgegenüber einen Mehraufwand zu betreiben, um die Budgetverwaltung, die Personalgewinnung und die pädagogische Weiterentwicklung umzusetzen. Alle aufgeführten Verantwortungsbereiche gehen zudem mit umfassenden Dokumentationsverpflichtungen einher, was zu zusätzlichen Belastungen führt. Da bleiben auch durch den Einsatz von Verwaltungskräften keine Spielräume für Kürzungen der Schulleitungspauschalen.

Die Landesregierung vertritt bislang den Standpunkt, alle rheinland-pfälzischen Schulen könnten ohne zusätzliche Ressourcen zu selbstverantwortlichen Schulen werden. In der Konsequenz müssten die Schulleitungsmitglieder wieder mehr unterrichten. Benachteiligt wird vor allem die Realschule plus, die schon jetzt im Vergleich zu anderen Schularten weniger Stunden für besondere Aufgaben und auch eine geringere Schulleitungspauschale zugebilligt bekommt.

ÖPR-Beteiligung erfordert höhere Entlastung

Die Schulleitungspauschale, das hat der VRB bereits gegenüber Ministerin Dr. Hubig deutlich gemacht, ist angesichts der vielfältigen Anforderungen an die Schulleitungen von Realschulen plus (u.a. Öffentlichkeitsarbeit, Inklusion, Migration) ohnehin nicht mehr zeitgemäß. Falls tatsächlich die im Koalitionsvertrag als Ziel fixierte Stärkung der Realschule plus erreicht werden soll, dann sind Kürzungen kontraproduktiv. Da auch auf den örtlichen Personalrat (öPR) zusätzliche Rechte und Pflichten infolge der selbstverantwortlichen Schule zukommen, muss die Frage nach dessen Entlastung neu gestellt werden.

Konkurrenzdruck wird sich verschärfen

Der Konkurrenzdruck der Schulen untereinander wird sich hinsichtlich der Personalgewinnung verschärfen, das ist zumindest zu befürchten. Angesichts des bundesweiten Wettbewerbs um Lehrkräfte besteht die Gefahr, dass es auf dem freien Markt kaum noch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen gibt. Es ist leider Tatsache, dass Rheinland-Pfalz das bundesweite Schlusslicht bei der Lehrkräftebesoldung ist und zudem die Anforderungen an Lehrkräfte beständig steigert – als Arbeitgeber wird Rheinland-Pfalz insgesamt immer unattraktiver. Und in dieser unvorteilhaften Gemengelage sollen die Schulen die Verantwortung für die Personalgewinnung übernehmen?

Zukünftige Aufgabe der Schulaufsicht unklar

Wenn die Schulen für die Personalgewinnung weitestgehend selbst verantwortlich sind, was wird dann künftig die Aufgabe der Schulaufsicht bzw. der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) sein? Wird die ADD endlich die Beratungslücke in Sachen Schulentwicklung und Schulqualitätsarbeit schließen, welche die Auflösung der Agentur für Qualitätssicherung (AQS) gerissen hat? Wird die ADD die Schulen wieder besser unterstützen und beraten? Oder wird man in Mainz der Versuchung nachgeben, auch hier Stellen einzusparen?

tion (ADD) sein? Wird die ADD endlich die Beratungslücke in Sachen Schulentwicklung und Schulqualitätsarbeit schließen, welche die Auflösung der Agentur für Qualitätssicherung (AQS) gerissen hat? Wird die ADD die Schulen wieder besser unterstützen und beraten? Oder wird man in Mainz der Versuchung nachgeben, auch hier Stellen einzusparen?

KlarText: Viele Fragen sind noch offen. Kommt die „selbstverantwortliche“ Schule mit den skizzierten, Fehlentwicklungen, führt sie zu Mehrbelastungen und bringt nicht den behaupteten Nutzen. Dem rheinland-pfälzischen Bildungssystem droht eine hausgemachte Krise. Die Landesregierung wie auch die im Landtag vertretenen Parteien fordern allesamt mit mehr oder weniger unterschiedlichen Positionierungen mehr Selbstverantwortung bzw. Freiheit für die Schulen. Sie verschließen die Augen davor, dass selbstverantwortliche Schule zu einer sich selbst überlassenen und überforderten Schule wird, wenn man ihr einerseits die Personalgewinnung überträgt und ihr andererseits die dafür erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen verweigert. Man muss kein Prophet sein, um zu prognostizieren, dass in Rheinland-Pfalz in wenigen Jahren noch weniger qualifizierte Lehrkräfte bereit sein werden, die Verantwortung für die Leitung einer Schule zu übernehmen.




Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de

FEEDBACK

AN DIE REDAKTION

Gut, dass es den KlarText gibt.

Michael Eich legt den Finger in „Wunden“,

die seit Jahren schwelen. Die Überschrift spricht für sich „Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz:

Wir vermissen echte Wertschätzung.“ In den meisten Berufen hat der Druck in den letzten Jahren zugenommen. Die Krankheitszahlen sprechen für sich. Aber blickt man auf den Lehrerberuf, vor allem auch auf die Lehrkräfte in der Realschule plus, dann lässt sich konstatieren, dass deren Belastung exponentiell gewachsen ist. Und zugleich wird der Druck des Dienstherrn weiter kontinuierlich erhöht. Die Betroffenen wissen, wovon ich rede.

Michael Eich hat Kernpunkte thematisiert. Meine persönliche Rückschau auf 40 Jahre Schuldienst führt zur Feststellung, dass sich vieles geändert hat. Leider nicht zum Positiven für die Lehrkräfte. Sie sind anscheinend unbegrenzt belastbar, ohne dass dies bislang honoriert wird.

Wann endlich wird man die Lehrkräfte und Schulen in Ruhe ihre Arbeit tun lassen? Wann endlich wird man ihre Arbeitszeit an die Belastungen angleichen, Ausgleichstatbestände schaffen und die Besoldung anpassen?

(Hanns Peters, Trier)

Mir sind die Haikus aufgefallen. Ich mag sie. Das Spannende an den Haikus ist das Spiel mit der festen Struktur und der Freiheit, sie zu erweitern. Wie im richtigen Leben! Inzwischen ist das kreative Schreiben auch im Deutschunterricht beliebt.

Isolde Muskat-Besseling, Coesfeld

Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

..... Name Vorname Geb.-Datum E-Mail
..... Straße PLZ und Wohnort Telefon/Fax/Mobil-Nr.	
..... Dienstbezeichnung Schule Prüfungsfächer	

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar voraussichtlich bis zum
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert werden.

..... Bankleitzahl Name der Bank Kontonummer
..... (sofern bekannt) IBAN BIC	
..... Ort Datum Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der jeweiligen Besoldung und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst, zuletzt am 1. Januar 2016.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		18,50
A 15		17,50
A 14		15,-
A 13		14,-
A 12	oder darunter	13,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
TV-L	Vollbeschäftigung	12,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	9,-
Pensionäre		7,-
Lehramtsanwärter		3,-



Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.

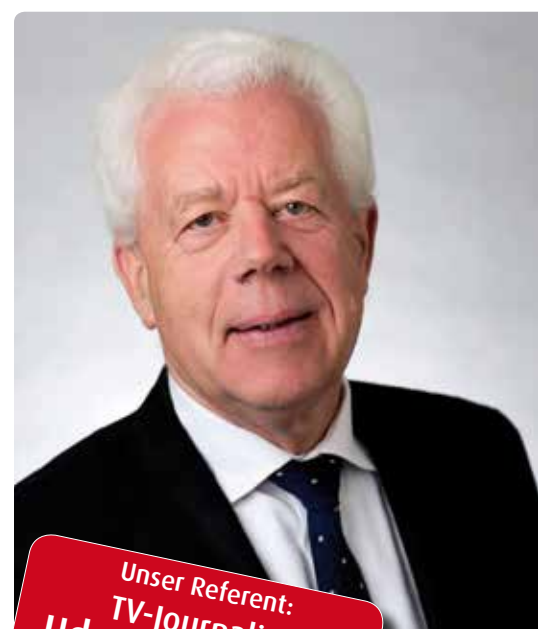


Schule im europäischen Kontext – stehen wir vor einem Bildungsexit?

Donnerstag, 8. März 2018 • Fridtjof-Nansen-Akademie am neuen Standort: Neuer Markt 3 • 55218 Ingelheim

Programm

- 8.30 Uhr Stehkafee und Schulbuchausstellung
- 9.30 Uhr Begrüßung und Einführung
- 10.15 Uhr Vorstellung der Arbeitskreise in einer Talkrunde
- 11.00 Uhr **Arbeitskreise**
- Zukunftschancen
 - Politische Bildung
 - Multikultur und Integration
 - Sprache und Sprachvermittlung
 - Wertewandel und Erziehung
- 12.30 Uhr Mittagsimbiss
- 13.30 Uhr „Stehen wir vor einem Bildungsexit?“
Rede des Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler
- 14.00 Uhr Fachvortrag von Udo van Kampen mit anschließender Fragerunde
- 15.30 Uhr Resümee und Schlusswort



Unser Referent:
TV-Journalist
Udo van Kampen

Die Veranstaltung wird vom PL unter der Nr. 18ST010401 anerkannt.

Bis zum 26. Februar anmelden!

- **E-Mail** heidi.becker@vrb-rlp.de
- **Fax** 0 67 21 / 96 35 66

facebook.com
VRB RLP



www.vrb-rlp.de